Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapier Nr. 10

Frank Deppe / Michael Felder

Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG)

FEG am Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und Philosophie
der Philipps-Universität Marburg

FEG Studien

Nr. 1: Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung,
(September 1992) UKB 20 DM

Nr. 2: Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe
(September 1993) UKB 25 DM

FEG Arbeitspapiere

Nr. 1: Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen,
(Februar 1990) UKB 10 DM *(vergriffen)*

Nr. 2: Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration,
(Mai 1990) UKB 6 DM *(vergriffen)*

Nr. 3: Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten,
(Januar 1991) UKB 7 DM *(vergriffen)*

Nr. 4: Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92,
(März 1991) UKB 10 DM

Nr. 5: Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik,
(August 1991) UKB 7 DM

Nr. 6: Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik,
(März 1992) UKB 12 DM

Nr. 7: Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen,
(Januar 1993) UKB 15 DM

Nr. 8: Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI,
(Januar 1993) UKB 13 DM

Nr. 9: Frank Deppe/Klaus Peter Weiner, The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe,
(Marburg/Lahn 1992)

FEG: Leiter Prof. Dr. F. Deppe; Redaktion Arbeitspapiere und Studien: F. Deppe, A. Bultemeier
Bestellungen an FEG,
Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg,
Wilhelm-Röpke-Straße 6, Block G, 35032 Marburg

Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Arbeitspapier
der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)
Nr. 10

Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG)

Frank Deppe:

Von der "Europhorie" zur Erosion -
Anmerkungen zur Post-Maastricht-Krise der EG

Michael Felder:

Die Krise des EG-Systems und Perspektiven
seiner Weiterentwicklung in den neunziger Jahren

Marburg 1993

ISBN 3-8185-0141-6
Redaktionelle Bearbeitung: Anja Bultemeier
FEG am Institut für Politikwissenschaft
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der
Philipps-Universität Marburg
Wilhelm-Röpke-Str. 6
35032 Marburg

Frank Deppe

Von der "Europhorie" zur Erosion - Anmerkungen zur Post-Maastricht Krise der EG

1. Zum Begriff der EG-Krise 7

   1.1. Krisen der Europapolitik - historische Skizze 7
   1.2. Den Haag (1969) und das Scheitern der WWU 8
   1.3. Kohärenz der Gemeinschaftsinteressen 10
   1.4. Variablen der Krisenanalyse 11
   1.5. Der "Sprung nach vorne" - EG-Dynamik in den 80er Jahren 14

2. Der Umbruch vom "Fordismus" zum "Postfordismus" 15

   2.1. Ökonomie: Globalisierung und Finanzmärkte 16
   2.2. Nationalstaat: Zur Politik der weltmarktorientierten Modernisierung 18
   2.3. Gesellschaftlicher Strukturwandel 20

3. Schattenseiten der weltmarktorientierten Modernisierung 21

   3.1. Globale Risiken und Spaltungen 21
   3.2. Der Wandel zur post-industriellen Dienstleistungsgesellschaft 23
   3.3. Private und öffentliche Verschuldung 24
   3.4. Die Renaissance der sozialen Frage und die Gewerkschaften 25

4. "Europhorie" - Die "goldenen Achtziger" 27

   4.1. Das Binnenmarkt-Projekt 27
   4.2. Die veränderten weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen 28
   4.3. Erste Zwischenbilanz 32

5. Die Binnenstruktur der Integration 34

   5.1. Ökonomische Verflechtung und EWS 34
   5.2. Die EG als "Policy Maker" 37

6. "Maastricht" - Kontinuität und Umbruch 41

6.1. Die "Maastricht"-Strategie 41
6.2. Zur Phänomenologie der Post-Maastricht-Krise der EG 44
6.3. Die Tiefenstruktur der Post-Maastricht-Krise 50
6.4. Wege aus der Krise? 55

Michael Felder

Die Krise des EG-Systems und Perspektiven seiner Weiterentwicklung in den neunziger Jahren

1. Die Krise der EG in der Debatte um Maastricht 63

2. Die wechselseitige Verschärfung von nationalen und europäischen Krisenprozessen 67

3. Strukturen und Charakter des EG-Systems in der integrationstheoretischen Debatte 70

4. Perspektiven der Integration in den neunziger Jahren 75

Literaturverzeichnis 83

Frank Deppe

Von der "Europhorie" zur Erosion - Anmerkungen zur Post-Maastricht-Krise der EG

1. Zum Begriff der "EG-Krise"

Krisen der europäischen Politik haben schon lange den Charakter des Exzeptionellen - daher auch die Aura des Katastrophischen - eingebüßt. Der Wechsel zwischen "Blüte"-perioden auf der einen und Stagnations- bzw. Rezessionsperioden auf der anderen Seite erfolgte seit den 50er Jahren fast mit der Gesetzmäßigkeit eines Konjunkturzyklus. "Eurosklerose" und "Europhorie" liegen oftmals nahe beieinander. Nicht wenige Beobachter, die der Gedankenwelt einer föderalistischen Europapolitik verbunden sind, haben bis in die Gegenwart die Geschichte der EWG/EG stets mit kritischer Distanz verfolgt. Da - über eine lange Zeit - deren Stabilität und Dynamik wesentlich durch ökonomische Prozesse (Wachstum, Verflechtung, Direktinvestitionen, Weltmarktkonkurrenz usw.) bestimmt war, haben sie die Krisen der Europapolitik (als Reflex der Selbstbehauptung oder gar des Kompetenz- und Souveränitätszuwachses der Nationalstaaten) als das periodische Aufbrechen eines "Grundwiderspruchs" im EG-Prozeß gedeutet: als Erosion bzw. Fragmentierung eines gemeinschaftlichen (politischen) Willens, der in letzter Instanz eben doch nicht - so der grundlegende Einwand gegen das funktionalistische Axiom vom Primat der Ökonomie - durch ökonomische Transnationalisierung und Interdependenz erzeugt werden kann.

1.1. Krisen der Europapolitik - historische Skizze

Rekapitulieren wir kurz die wichtigsten Etappen dieses Krisenprozesse bis in die 70er Jahre:

- Der 30. August 1954 war für Konrad Adenauer ein "schwarzer Tag" (1). Das Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) war am Votum der französischen Nationalversammlung gescheitert; damit war zugleich der Vertragsentwurf über eine weiterreichende politische Zusammenarbeit ("Europäische Politische Gemeinschaft", EPG) nichtig geworden. *Politische* Interessensdivergenzen waren letztlich für den Abbruch dieses Weges zur Politischen Union ausschlaggebend: die Rekonstruktion bundesdeutscher Souveränität in den Bahnen der Westintegration; das französische Streben nach einer Führungsposition in der europäischen und internationalen Politik (bei gleichzeitigen Niederlagen in Kolonialkriegen sowie einer Dauerkrise der IV. Republik); die immer deutlicher werdende US-amerikanische Hegemonie im Kontext der sich verhärtenden Fronten des Kalten Krieges waren nur einige jener partikularen Interessenskomplexe, die letztlich den Weg zur Reduktion der Europapläne auf die Wirtschaftsgemeinschaft (seit 1958) sowie auf die Rolle der NATO als atlantisches Sicherheitsbündnis (unter Führung der USA) ebneten.

---

1 Vgl. K. Adenauer, Erinnerungen, 1953-1965, Frankfurt und Hamburg 1968, S. 283 ff.

- Die EWG-Krise Mitte der 60er Jahre wurde weder durch eine ökonomische Krise noch durch direkte Rückschläge der EWG-Politik ausgelöst (2); denn die in den Römischen Verträgen fixierten Ziele (vor allem im Hinblick auf die Zollunion, die Agrarpolitik, die Assoziierung der ehemaligen französischen Kolonien und die gemeinsame Handelspolitik) wurden schneller erreicht als ursprünglich vorgesehen. Der Konflikt - symbolisiert in der Politik des "leeren Stuhles", die die französische Regierung bis zum "Luxemburger Kompromiß" 1965/66 praktizierte - resultierte aus dem Scheitern des De Gaulle'schen Projektes, über die Achse Bonn-Paris (Deutsch-Französischer Freundschaftsvertrag, 1963) die politische Zusammenarbeit der EWG-Staaten zu erweitern und zu institutionalisieren (Fouchet-Pläne I und II). Ziel dieser Politik war zum einen die Emanzipation der Westeuropäer von der US-amerikanischen Hegemonie, was noch durch den - durch Frankreich erzwungenen - Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien im Januar 1963 unterstrichen wurde. Zum anderen sollte auf diesem Wege - so die Intention von Charles de Gaulle - aber auch der Ausbau supranationaler Kompetenzen der EWG-Kommission (wie er in dieser Zeit von dem westdeutschen Präsidenten der Kommission, Walter Hallstein, betrieben wurde) sowie der Übergang zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik blockiert werden (3). Dagegen formierte sich in der BRD - vor allem nach der Ablösung von Konrad Adenauer durch Ludwig Erhard im Amt des Bundeskanzlers - ein parteiübergreifender Block von "Atlantikern", der die "Gaullisten" um Franz Josef Strauß (4) in die Schranken wies und so De Gaulle's enttäuschten Rückzug aus dem EWG-Ministerrat provozierte.

1.2. Den Haag (1969) und das WWU-Projekt

Anfang der 70er Jahre schien ein "europäischer Neubeginn" bevorzustehen. Seit der Haager Gipfelkonferenz (1969) waren neue Initiativen zur Erweiterung und Vertiefung der Integration unternommen worden. Bis zum Jahre 1973 traten Großbritannien, Irland und Dänemark der EG bei; die Anfänge der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) auf dem Gebiet der Außenpolitik wurden vereinbart. 1972 wurde die Einführung einer gemeinsamen Regionalpolitik (Regionalfonds) sowie einer gemeinsamen Politik in den Bereichen Soziales, Industrie, Wissenschaft und Technologie, Energie und Umwelt beschlossen.

Das Kernstück der neuen EG-Dynamik bildeten freilich die Beschlüsse des Ministerrates vom März 1971 über die stufenweise Einführung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Diese sahen zunächst eine Verengung der Bandbreiten der Wechselkurse der EWG-Währungen ("Schlange") sowie weitere Maßnahmen der währungspolitischen Kooperation vor, um danach - in einer zweiten Stufe, die schon 1974 beginnen sollte - die Wirtschaftspolitik zu harmonisieren (5). Bis zum Beginn des Jahres 1974 waren allerdings die Hoffnungen, die sich auf diese Projekte gerichtet hatten, weitgehend enttäuscht. Es begann eine Krisenpriode bzw. jene viel beklagte Phase der

---

2 "Die Gemeinschaftskrise von 1965 unterscheidet sich ... qualitativ von Krisen der üblichen Art, weil sie sich nicht an wirtschaftspolitischen Meinungsverschiendenheiten entzündet hat, sondern vielmehr an dem besonderen institutionellen System und den Verfahrensregeln, wie sie sich seit 1951 allmählich entwickelt haben und deren Bejahung das sine qua non der Gemeinschaft gewesen ist". L. N. Lindberg, Spannungen im Integrationsprozeß, in: B. Kohler (Hrsg.), Erfolge und Krisen der Integration, Köln 1970, S. 67 ff., hier S. 71.

3 Vgl. dazu u.a. W. Hallstein, Der unvollendete Bundesstaat, Düsseldorf und Wien 1969, bes. S. 20 ff.

4 Vgl. dazu F. J. Strauß, Erinnerungen, Berlin 1991, bes. S. 455 ff.

5 Vgl. die Dokumentation von R. Hellmann, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Baden-Baden 1972.

"Eurosklerose", die P. Venturini im Blick auf den europäischen "Sozialraum" folgendermaßen zusammenfaßte: "Die immer hartnäckigere Krise, die Erfordernisse des internationalen Wettbewerbs, die zweite Erweiterung der Gemeinschaft und das als Folge davon zunehmende soziale Gefälle in der Gemeinschaft, das veränderte Verhalten, die neuen politischen Mehrheitsverhältnisse und die Zuspitzung der Debatte über Flexibilität haben die weitere Arbeit auf diesem Weg (i.e., Aufbau einer "Sozialunion", F.D.) lahmgelegt" (6).

Die Determinanten dieser Krise waren überwiegend ökonomischer Natur (7). Auf der einen Seite erhöhte sich mit dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton-Woods (zugleich Ausdruck der erodierenden Hegemonie der USA in der Nachkriegsordnung) der Druck auf die Europäer, sich durch eine gemeinsame Währungspolitik gegen die mit dem Verfall des US-Dollar verbundenen Risiken zu schützen. Auf der anderen Seite machte die sog. "Ölkrise", dann aber vor allem die Weltwirtschaftskrise 1974/75 alle Projekte zunichte, die auf eine Vertiefung der Integration ausgerichtet waren.

Die "Renationalisierung" der Politik war die Folge einer Aufwertung der nationalstaatlichen Interventions- und Schutzfunktionen im Bereich der Außenwirtschaftspolitik (Protektionismus) wie der Innenpolitik, wo zunächst einmal infolge des massiven Anstiegs der Arbeitslosigkeit sozialpolitischer Regulierungsbedarf entstand. Außerdem wirkte bis zur Mitte der 70er Jahre der Aufschwung der Klassenkämpfe in Westeuropa sowie der Machtzuwachs von Gewerkschaften und Linksparteien zugunsten dieser Renationalisierung, denn die Arbeiterbewegung forderte in erster Linie den Ausbau von Instrumenten des (keynesianischen) Interventions- und Sozialstaates (mit der Konzentration auf die Erweiterung der Wirtschaftsdemokratie und auf eine nationale Beschäftigungspolitik). Bis zur zweiten Weltwirtschaftskrise 1980/82 war diese Politik und Programmatik jedoch ebenfalls gescheitert. Die Krise der westeuropäischen Arbeiterbewegung - vor allem der Gewerkschaften - war insofern eine wesentliche Voraussetzung für den Siegeszug des Neokonservatismus und Neoliberalismus, der seit dem Ende der 70er Jahre in den westlichen Metropolen des Kapitals begann und sich in den 80er Jahren als hegemoniales Projekt behauptete.

Trotz der immer wiederkehrenden "Krisen" hat sich die EWG/EG als ein erstaunlich stabiles und letztlich auch entwicklungsfähiges Gebilde erwiesen (8). Westeuropa ist aus-

---

6 P. Venturini, Ein europäischer Sozialraum für 1992, Luxemburg 1989, S. 21.

7 Selbstverständlich waren dabei auch wesentliche Elemente der *politischen* Architektur Europas berührt. Mit der Währungskrise (Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems) und der sich abzeichnenden Niederlage der USA im Vietnam-Krieg kündigte sich schon die Tendenz zu einer "Multipolarisierung" der weltwirtschaftlichen und -politischen Machtstrukturen (innerhalb der kapitalistischen Welt) an; mit der "Koexistenzpolitik" und namentlich der westdeutschen "Ostpolitik" unter Willy Brandt lockerte sich die Spannung der Ost-West-Konfrontation und erweiterte sich das politische Gewicht der BRD in der gesamteuropäischen Politik. Mit dem Nahostkrieg von 1973 und der nachfolgenden "Ölkrise" zeichneten sich nicht allein strategische Differenzen zwischen den USA und Westeuropa ab, sondern auch neue Dimensionen des Nord-Süd-Konfliktes und der Bedeutung der Rohstoffe (und Rohstoffpreise) für die kapitalistische Weltwirtschaft.

8 Aus einer systemtheoretischen Perspektive erscheint so die "Krise" als Normalität. L. N. Lindberg, Spannungen ..., a.a.O., S. 70, formulierte 1965: "Vor nicht langer Zeit habe ich geschrieben, daß die Europäische Gemeinschaft ein Krisensystem ist, daß der Fortschritt der Integration nicht zu einer Verringerung der Konflikte und Spannungen führt, sondern sie im Gegenteil weiterbestehen läßt und wahrscheinlich sogar noch verschärft. Dies würde selbst dann zutreffen, wenn die an dem Unternehmen beteiligten Partner weder derart verschiedene Ziele in grundlegenden außenpolitischen Fragen verfolgen würden, noch einen so völlig verschiedenen politischen Stil zeigten". D. Läufer, Krisen in den Europäischen und Atlantischen Organisationen, Berlin 1974, hielt es - nach einer empirisch vergleichenden Untersuchungen von 8 politischen Krisen (von der EVG-Krise 1954 bis zum Austritt Frankreichs aus der Militärorganisation der NATO im Jahre 1966) - eher für "wahrscheinlich, daß die Hauptursache für das Entstehen von Krisen, d.h. politischer Dissens zwischen Organisationsmitgliedern über organisationsinterne Probleme, mit fortschreitendem

wärtigen Beobachtern ein "Rätsel" geblieben, weil es längst über die ökonomischen Machtressourcen verfügt, um die Rolle eines dominanten Machtblocks in der Weltpolitik zu spielen (9), aber stets von neuem daran scheitert, einen politischen Überbau (im Sinne der Politischen Union) zu schaffen (10). Die bisherigen Krisen waren niemals Existenzkrisen, in denen sich der Kernbestand der Marktintegration sowie die Grundstruktur gemeinschaftlicher Interessen (der herrschenden politischen Blöcke sowie der Bourgeoisie) zugunsten einer Nationalisierung von Ökonomie und Politik aufgelöst haben. Den beteiligten Akteuren erschienen die Kosten des Ausstiegs stets höher als die Kosten der Stagnation bzw. der zwischenstaatlichen Kompromißbildung.

Die Krisen der 50er und der 60er Jahre waren überwiegend durch Interessensdivergenzen über die zwischenstaatlichen Machtbeziehungen sowie über die Bedeutung der atlantischen Beziehungen (i.e., der US-Hegemonie) für die europäische Einigung bestimmt. Die EG-Krise der 70er Jahre hingegen muß als eine Entwicklungskrise begriffen werden, in der der Widerspruch zwischen ökonomischer Verflechtung (auf der Basis der erfolgreich durchgeführten Zollunion) und der fortbestehenden ungleichen Entwicklung der beteiligten *National*ökonomien letztlich zugunsten der Selbstbehauptung nationalstaatlicher Souveränität und Kompetenz aufgelöst wurde. Der "spill-over" von der Zollunion zur Wirtschafts- und Währungsunion, den die Funktionalisten als quasi-naturgesetzlichen Handlungsimperativ unterstellt hatten, fand nicht statt (11). Die Bestands- und Entwicklungsfähigkeit der EWG/EG erwies sich gerade darin, daß sie nicht allein gegen Zerfallsdruck resistent blieb, sondern stets auch "partielle Lösungsformen" des "Widerspruchs zwischen Internationalisierung und Nationalstaat" zur Verfügung stellte (12).

1.3. Kohärenz der Gemeinschaftsinteressen

Die Möglichkeit solcher Lösungsformen lag letzten Endes darin begründet, daß der EG-Prozeß seinerseits auf das Fundament gemeinschaftlicher Interessen der beteiligten staatlichen wie nicht-staatlichen Akteure (Regierungen und privates Kapital) begründet ist. Das dominante Interesse umschließt das gemeinschaftliche Ziel: Wachstum und

---

Integrationsprozeß und damit implizite wachsendem Zwang zu Souveränitätsverzichten der Mitgliedstaaten an Bedeutung gewinnen" (S. 340).

9 So z.B. L. Thurow, Head to Head, New York 1992.

10 Vg. P. Kennedy, The Rise and the Fall of the Great Powers,, New York 1987, S. 488; D. Calleo, Die Zukunft der westlichen Allianz, Stuttgart 1989, S. 262: "Politikwissenschaftler haben es Europa niemals verziehen, daß es nicht die Integrationstheorien bestätigt hat".

11 Insofern richtete sich marxistisch orientierte Analysen dieser Periode vor allem auf diese Blockade.Vgl. dazu u.a. F. Deppe, Westeuropäische Integration als Krisenprozeß, in: ders. (Hrsg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976, S. 9 ff.; K. Busch, Die Krise der Europäischen Gemeinschaft, Köln-Frankfurt 1978, S. 197/8, faßte die Ursachen der Krise so zusammen: "Die Zollunion konnte in der EG trotz der ungleichen nationalen Entwicklungsniveaus durchgesetzt werden, weil sie prinzipiell bei einer Verschiebung der Konkurrenzposition der Mitgliedsländer untereinander die Möglichkeit zu Wechselkurskorrekturen offenhält. In der Wirtschafts- und Währungsunion wird den einzelnen Nationen dieser Schutz in Gestalt der Wechselkurse genommen, die WWU setzt deshalb eine gleiche ökonomische Entwicklung voraus, soll sie nicht auf Kosten der sich schwächer entwickelnden nationalen Kapitale realisiert werden. Da eine gleichmäßige Kapitalakkumulation ... in der EG nicht herstellbar ist, kann eine Wirtschafts- und Währungsunion nur noch durch außerökonomischen Zwang, durch den politisch-militärischen Druck einer imperialistischen Führungsmacht durchgesetzt werden. Beim momentanen und absehbaren Kräfteverhältnis in der EG verfügt aber kein Mitgliedsland, auch nicht die BRD, über das Machtpotential, das für eine zwangsweise Integration Europas notwendig wäre". Zur Kritik dieser Position vgl. neuerdings M. Bonder, B. Röttger, G. Ziebura, Deutschland in einer neuen Weltordnung, Opladen 1992, S. 107/8.

12 So A. Statz, Grundelemente einer politökonomischen Theorie der westeuropäischen Integration, Frankfurt/Main 1979, bes. S. 215 ff.

Modernisierung (nach dem Krieg: zunächst Rekonstruktion) der kapitalistischen Wirtschaftssysteme durch (transnationale) Markterweiterung. Nach dem Krieg handelte es sich - unter der Voraussetzung der US-amerikanischen Hegemonie mit dem Dollar als Weltgeld (Bretton Woods) und der Förderung des internationalen Freihandels durch das GATT - um die Verallgemeinerung des fordistischen Wachstumsmodells des metropolitanen Kapitalismus. Markterweiterung und -liberalisierung auf der einen und nationaler Keynesianismus (insbesondere beim Aufbau eines nationalen "Wohlfahrtsstaates", der die modernen Wachstumskapitale und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung - unter Einschluß der Gewerkschaften - zu einem politisch-sozialen "Block" verband und so als Instrument zur "Pazifizierung" des Klassengegensatzes wirkte) schlossen sich daher nicht aus (13). Von dieser Grundkonstellation leiteten sich weitere gemeinsame Interessen ab: das Interesse an einer friedlichen Beziehung zwischen den Mitgliedstaaten (das nach den beiden Weltkriegen einen besonders hohen politischen und symbolischen Stellenwert hatte), das Interesse an der Abwehr der "kommunistischen Bedrohung" nach innen und außen (14), und schließlich das Interesse an einer langfristigen Verbesserung der Konkurrenzposition der europäischen Wirtschaft auf dem kapitalistischen Weltmarkt (in der "Gründerphase" bezog sich dieses Interesse vor allem auf das Aufholen gegenüber der Dominanzposition des US-Kapitalismus).

Der Grad der Kohärenz dieser Interessen der am Integrationsprozeß beteiligten Akteure kann zugleich als Indikator für dessen Stabilität und Dynamik gelten. Dennoch verfolgen die Akteure innerhalb dieses Rahmens stets auch partikulare ökonomische und politische Interessen. Dabei spielen nicht allein die unterschiedliche Größe und die relative Machtposition der Mitgliedstaaten, sondern auch das ungleiche sozialökonomische Entwicklungsniveau sowie spezifische nationale Traditionen der politischen Kultur eine Rolle. Hinzu kommt, daß die Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Wirtschaft einerseits mit der Markterweiterung und Verflechtung Tendenzen zu einer Nivellierung, andererseits jedoch Tendenzen der sozialökonomischen Differenzierung, Spaltung und Instabilität reproduziert, die ihrerseits besondere nationale Interventions- und Regulationsinstrumente erfordern.

1.4. Variablen der Krisenanalyse

Kohärenz bedeutet deshalb nicht, daß die Gemeinschaftsinteressen die partikularen Interessen Schritt um Schritt substituieren. Sie realisiert sich vielmehr stets in einer Komplementaritätsbeziehung (15) bzw. in je spezifischen Modi ihrer Verknüpfung. Diese bilden zugleich den Raum, innerhalb dessen sich - seit der Gründung der EWG/EG - immer wieder die politischen Debatten bewegen, die die Tagesordnung der Integrationspolitik bzw. der Europapolitik bewegen: 1. die Debatte zwischen "Europäern" und "Atlantikern", die sowohl die Beziehungen zu den USA als auch die

---

13 Vgl. dazu u.a. R. Gilpin, The Political Economy of International Relations, Princeton 1987, S. 60 ff.

14 Auch in der "heißen" Phase des "Kalten Krieges" in den 50er Jahren - also auch im Vorfeld der Römischen Verträge von 1958 - spielten die Klassenauseinandersetzungen in Westeuropa eine zentrale Rolle für die Formulierung und Implementierung europapolitischer Strategien. Sie waren mit der Hegemonie eines christlich-demokratischen, politischen Blocks von "Volksparteien" verbunden, die in der Europapolitik freilich in der Regel auf die Unterstützung durch die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften zählen konnte. Heftige Gegner der EGKS- und EWG-Politik waren in dieser Zeit die Kommunistischen Parteien. Zur Vorgeschichte der Integrationspolitik vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis 1958 vgl. auch W. Loth, Der Weg nach Europa, Göttingen 1990.

15 Auf die *Komplementarität* der Interessen in internationalen Regimen hat zuerst aufmerksam gemacht R. O. Keohane, Beyond Hegemony, Princeton 1984, bes. S. 133 ff.

Rolle der EWG/EG in der Systemkonkurrenz und der Weltpolitik zum Gegenstand hatte; 2. die Debatte zwischen Befürwortern der intergouvernementalen Kooperation und der Supranationalität; 3. die Debatte zwischen den Anhängern der Vertiefung und der Erweiterung der EG (16), und 4. die Debatte zwischen den Anhängern des (neoklassischen) Marktliberalismus und der (keynesianischen) politischen bzw. sozialpolitischen Regulation.

Wie diese Debatten geführt werden, ob sie den Grundbestand der gemeinschaftlichen Interessen infragestellen, welche "partiellen Lösungsformen" bzw. Kompromißbildungen oder "Paketlösungen" aus dem Konflikt divergierender Interessen hervorgehen, ob die Europapolitik eher im Lichte der Krise, Stagnation, der "Sklerose" erscheint oder aber dynamisch sich in die Richtung wirtschaftlicher und politischer Integration fortentwickelt - dies wiederum hängt wesentlich von Bestimmungsfaktoren (Variablen) ab, die im historischen Prozeß der EG-Integration keineswegs statisch bzw. gleichförmig wirken. Dabei lassen sich grob zwei Gruppen solcher Variablen unterschieden:

1.1. Grad der ökonomischen Verflechtung im EG-Markt (Handel mit Waren und Dienstleistungen, Kapitalmärkte, Direktinvestitionen, transnationale Kapitalkonzentration).

1.2. Regulationsdichte und -kapazität des "EG-Systems" unter Einschluß seiner finanziellen Ressourcen.

1.3. Grad der Angleichung der gesellschaftlichen Strukturen sowie der sozialstaatlichen Regulationsformen (17) und Herausbildung einer "Europäischen Identität" - vor allem bei den wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen und kulturellen "Eliten".

Während sich vermittels dieser Variablen die Entwicklung einer Infrastruktur (eines inneren "Netzes") der Integration - in der Zielrichtung der Verstärkung von Kohärenz und transnationaler Kommunikation (18) - analytisch fassen läßt, werden über die folgende Gruppe von Variablen Prozesse bezeichnet, in denen sich nicht allein die ungleichmäßige Entwicklung sondern auch Konfliktpotentiale verdichten, die ihrerseits Kohärenz abschwächen und in Grenzsituationen sogar den Grundbestand der Gemeinschaftsinteressen infrage stellen können:

2.1. Der zyklische Verlauf des globalen, regionalen und nationalen Wirtschaftswachstums (Konjunktur und Krise). Er strukturiert sowohl die Intensität der Konkurrenzverhältnisse auf den Märkten, als auch - vor allem in Zeiten der Rezession - die Reichweite der nationalstaatlichen Regulation (Staatsfinanzen, Sozialausgaben, Forschungs- und Entwicklungspolitik usw.).

2.2. Der Intensitätsgrad und die Form der innen- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Sie artikulieren sich sowohl in der Regulation der Klassenbeziehungen als auch in der Schärfe der Konfrontation zwischen politischen Blöcken, die um die Beherrschung der staatlichen Machtapparate konkurrieren (Rechts-Links-Polarisierung in der Politik).

---

16 Vgl. dazu O. Holman and K. van der Pijl, Restructuring the Ruling Class and European Unification, University of Amsterdam, Department of International Relations, Working Papers No. 28. December 1992, S. 20.

17 Vgl. dazu die sozialhistorisch vergleichende Studie von H. Kaelble, Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft, München 1987.

18 Vgl. dazu K. W. Deutsch, Der Nationalismus und seine Alternativen, München 1972.

2.3. Der Intensitätsgrad weltpolitischer Konfliktkonstellationen, die mittelbar oder unmittelbar die außen- und sicherheitspolitischen Interessen und Handlungskompentenzen der Mitgliedstaaten berühren.

2.4. Die Veränderung der politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten.

Die Krise der EWG/EG in der ersten Hälfte der 70er Jahre, die das Jahrzehnt der "Eurosklerose" einleitete, war wesentlich durch zwei Faktoren bestimmt: auf der einen Seite durch den krisenhaften Verlauf des Wirtschaftswachstums (Weltwirtschaftskrise 1974/75); auf der anderen Seite durch den Aufschwung der Klassenkämpfe und der Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der Gewerkschaften (19) und der Linksparteien. Die Krise manifestierte sich im Scheitern des Projektes zur Vertiefung der Integration (Wirtschafts- und Währungsunion) sowie des Ausbaus supranationaler Kompetenzen. Die Renationalisierung der Politik wurde noch dadurch gefördert, daß im politischen System der EG selbst weder hinreichende Ressourcen noch Regulationsinstrumente zur Verfügung standen, um angemessen - d.h. im Sinne einer gemeinschaftlichen Politik - auf die ökonomischen Krisenprozesse zu reagieren.

Schließlich schwächte auch die Spaltung der "Eliten", vor allem die antikapitalistische Radikalisierung eines beträchtlichen Teils der kulturellen und akademischen Intellektuellen, das Projekt der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas. Dieser Antikapitalismus reflektierte sich nicht allein in der Ablehnung der EWG als eines "monopolkapitalistischen Projektes", sondern auch in der im Kern nationalen Perspektive einer sozialistischen Veränderung (z.B. "Sozialismus in den Farben Frankreichs", "British Road to Socialism"; selbst der sog. "Eurokommunismus" enthielt zwar eine positive Bewertung der europäischen Integration, er konzentrierte sich freilich - vor allem in Italien - auf macht- und gesellschaftspolitische Veränderungen im eigenen Lande).

Gleichwohl bewegte sich diese Krise immer noch im Rahmen der relativen Stabilität jener Interessenkonstellation, die das Projekt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begründet hatte: Wirtschaftswachstum und demzufolge "Wohlstand" waren mehr denn je zuvor auf transnationale Märkte angewiesen; der Druck, der sowohl von den amerikanischen transnationalen Konzernen (20) als auch von der Krise der USA Anfang der 70er Jahre ausging, verstärkte noch das Bewußtsein von der notwendigen Kooperation der Westeuropäer; trotz der Koexistenzpolitik in den Ost-West-Beziehungen wirkten die relative Stabilisierung in den RGW-Staaten sowie die außenpolitischen Erfolge der Sowjetunion als ein Faktor, der den antikommunistischen Konsens bei der Mehrheit der politischen und wirtschaftlichen Eliten im Westen Europas noch verstärkte. Mit der Verwirklichung der Zollunion und der gemeinsamen Handelspolitik - aber auch der, stets heftig umstrittenen, gemeinsamen Agrarpolitik - war ein Niveau der Verflechtung erreicht, das - vor allem im Interesse der exportorientierten Fraktionen des Industriekapitals - nicht infragegestellt werden konnte.

Als "partielle Lösungsform" der Krise bot sich daher nicht allein die Erweiterung der EG (und ihres Marktes), sondern auch eine intergouvernementale Kooperation an, die auf die Bewahrung des Grundbestandes und der bis dahin erreichten Fortschritte der Integration gerichtet war. Dabei wurde - sowohl über die Anfänge der Europäischen Politischen Zu-

---

19 Vgl. dazu F. Deppe/ K. P. Weiner (Hrsg.), Binnenmarkt '92. Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa, Hamburg 1991, bes. S. 33 ff.

20 Vgl. dazu J.J. Servan-Schreiber, Die amerikanische Herausforderung, Reinbek bei Hamburg 1970.

sammenarbeit (EPZ) als auch über die deutsch-französische Initiative zur Errichtung des Europäischen Währungssystems (EWS) im Jahre 1979 - schließlich doch die Position der "Europäer" gegenüber der der "Atlantiker" gestärkt. Als dann Anfang der 80er Jahre die USA unter Präsident Reagan ihre Anstrengungen auf die Wiedergewinnung ihrer Führungsposition in der Weltwirtschaft und -politik richteten, war es gerade das Gefühl einer tiefen Ohnmacht, das die Anrufung der europäischen Identität sowie einer neuen Initiative zur Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas hervorbrachte (21).

1.5. Der "Sprung nach vorne" - EG-Dynamik in den 80er Jahren

Die neue Dynamik des EG-Prozesses in der zweiten Hälfte der 80er Jahre - von der Verabschiedung des "Weißbuches zur Vollendung des Binnenmarktes" (1985) bis zu den Vereinbarungen von Maastricht (Dezember 1991) - war eine Reaktion sowohl auf die Befürchtungen vor einer Abwertung der weltpolitischen Rolle Westeuropas (im Kontext der "Supermacht"-Beziehungen) als auch auf die Herausforderungen der weltwirtschaftlichen Konkurrenz. Von 1982 bis 1985 war in den meisten EG-Staaten - vor allem aber in der BRD - das Wachstum des Bruttosozialproduktes, der Investitionen sowie der Beschäftigung deutlich hinter der Entwicklung in den USA und insbesondere in Japan (sowie dem gesamten ostasiatischen bzw. pazifischen Raum) zurückgeblieben. Angesichts dieser Asynchronität erhöhte sich der Druck auf die nationalen Regierungen wie auf die EG-Politik, die Revitalisierung und Modernisierung der westeuropäischen Wirtschaft - orientiert am Maßstab der fortgeschrittensten Produktivität und Innovationsfähigkeit, der immer deutlich durch den global expandierenden japanischen Kapitalismus vorgegeben wurde - als vorrangiges Projekt der Wirtschafts- wie der EG-Politik insgesamt zu verfolgen.

Der "Sprung nach vorn", der mit der Ratifizierung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) bis 1987 unternommen wurde, erfolgte so unter diesem äußeren Druck. Die Binnenmarkt-Politik sollte die Voraussetzungen für Modernisierung, Wachstum und damit für die Verbesserung der Position des westeuropäischen Kapitals auf dem Weltmarkt schaffen. Sie orientierte sich wesentlich auf die folgenden Ziele:

- Beseitigung noch bestehender Hindernisse für den freien Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskraft, um (u.a. auch durch eine Harmonisierung der nationalen Steuersysteme und -sätze) Kosten zu reduzieren und Wachstum sowie Beschäftigungszuwächse zu induzieren;
- Zurücknahme staatlicher "Monopole" im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe - insbesondere im Bereich der modernen Telekommunikationsindustrie mit dem Ziel, hier wie in anderen Bereichen konkurrenzfähige europäische Kapitalstrukturen (durch Fusion und Kooperation) zu schaffen;
- Erhalt und Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS), das - mit der DM als "Ankerwährung" - nicht allein für währungspolitische Stabilität innerhalb der EG, sondern vor allem für einzelstaatliche Haushaltsdisziplin mit dem Ziel der Inflationsbekämpfung sorgen soll.

---

21 Vgl. dazu z.B. P. Glotz, Manifest für eine neue europäische Linke, Berlin 1985; R. Debray, Die Weltmächte gegen Europa, Reinbek bei Hamburg 1986; E. Morin, Europa denken, Frankfurt/New York 1988.

- Schließlich sollten auch auf der EG-Ebene gemeinsame Projekte im Bereich der Forschungs- und Technologie-, der Umwelt- und der Infrastrukturpolitik realisiert werden (22).

Auf den ersten Blick mußte diese Politik als außerordentlich erfolgreich erscheinen - und der Glanz dieses Erfolges strahlte auch auf die beteiligten Akteure, vor allem auf die EG-Kommission und ihren Präsidenten Jacques Delors (23). Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums sowie die Verbesserung der Wettbewerbsposition des europäischen Kapitals auf den internationalen Märkten beförderten jenen "Euro-Optimismus", der auch die europäische Politik beflügelte. Zugleich verfielen die USA mehr und mehr in einen Zustand der Stagnation und Depression, der schließlich zur Wahlniederlage von George Bush führte. Der Pessimismus, der sich noch in der ersten Hälfte der 80er Jahre in Westeuropa festgefressen hatte, durchdrang fortan das wirtschaftliche, soziale und politische Klima in den USA, wo von nun an die EG mehr und mehr als eine "Superpower in the Making" angesehen wurde (24).

2. Der Umbruch vom "Fordismus" zum "Postfordismus"

Für einen angemessenen Begriff der gegenwärtigen EG-Krise scheint es allerdings notwendig, über diese eher phänomenologische Ebene der Analyse hinauszugehen. Die EG-Politik der 80er Jahre steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit jenem epochalen Umbruch, der als Transformationskrise von der "fordistischen" Formation des internationalen Nachkriegskapitalismus zu einem neuen, - noch unscharf als "postfordistisch" charakterisierten - Typus der Akkumulation und der Regulationsweise zu charakterisieren ist (25). Robert W. Cox hat die Erosion des "alten Blocks", der für die Nachkriegsperiode bestimmend war, folgendermaßen zusammengefaßt: "Der Gesellschaftsvertrag, der die ungeschriebene Verfassung des historischen Blocks des neoliberalen Staates gebildet hatte, wurde in allen entwickelten kapitalistischen Ländern in den Jahren nach 1974/75 gebrochen. Diese Jahre waren zugleich eine Schwelle in der Entwicklung der Klassenkämpfe. Regierungen verbündeten sich mit dem Kapital, um Bedingungen herzustellen, die von den Geschäftsleuten als günstig für die Wiederbelebung der Investitionen angesehen wurden, und sie drückten die Gewerkschaften in eine defensive Position. Von da an hörte der Tripartismus auf, die bestimmende Methode für die Regulierung der gesellschaftlichen Beziehungen der Produktion zu sein. Es bildete sich eine neue Struktur der Produktionsbeziehungen heraus, die dazu tendierte, die Arbeiterklasse in eine relativ gesicherte und geschützte Minderheit (einbezogen in korporatistische Regelungen auf

---

22 So vor allem die Prognosen des sog. "Cecchini-Berichtes", Europa '92, Baden-Baden 1988; vgl. auch K. Busch, Umbruch in Europa, Köln 1991; diese Ziele stimmten weitgehend mit den Forderungen überein, die seit Mitte der 80er Jahre von dem "European Round Table of Industrialists"(ERT) - einer pressure-group von Vertretern der führenden transnationalen Konzerne Westeuropas - gegenüber der EG-Entwicklung formuliert worden waren, vgl. dazu O. Holman und K. van der Pijl, Restructuring the Ruling Class..., a.a.O., S. 21 ff.

23 S. Hoffmann (Abschied von der Vergangenheit. Politik und Sicherheit der 90er Jahre, in: Europa-Archiv, Jg. 45/1990, Heft 20, S. 595 ff.) hatte Delors neben M. Gorbatschow und H. Kohl als einen der "Männer des Jahres" 1990 bezeichnet.

24 Vgl. L. Thurow, Head to Head, a.a.O.; D. Burstein, Weltmacht Europa, München 1991.

25 Aus der Fülle der Literatur vgl. u.a. J. Hirsch/ R. Roth, Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg 1986; J. Hirsch, Kapitalismus ohne Alternative, Hamburg 1989; K. Hübner, Theorie der Regulation, Berlin 1990; B. Mahnkopf (Hrsg.), Der gewendete Kapitalismus. Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster 1988; A. Demirovic u.a. (Hrsg.), Hegemonie und Staat, Münster 1992; K. Dörre, Die Gewerkschaften im Risikokapitalismus, in: F. Deppe u.a. (Hrsg.), Gewerkschaften im Umbruch, Köln 1989, S. 16 - 52.

der Unternehmensebene) und in eine fragmentierte und relativ ungeschützte Mehrheit von (nonestablished) Arbeitern zu polarisieren" (26).

2.1. Ökonomie: Globalisierung und Finanzmärkte

Wir beschränken uns hier auf die Skizzierung einiger Basistrends in Ökonomie, Politik und Gesellschaft, die für diese Transformationskrise, aber auch für die in den 80er Jahren zu beobachtende Revitalisierung der kapitalistischen Ökonomie in den Metropolen des Kapitals ("die goldenen Achtziger") charakteristisch sind.

Auf der wissenschaftlich-technischen Grundlage der Mikroelektronik ist auf dem Weltmarkt die "Schlacht" um die Märkte für die Hochtechnologie-Produkte sowie um die Rationalisierung der industriellen Produktion sowie des Dienstleistungssektors (durch die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien) zum wesentlichen strategischen Feld geworden, das sich mehr und mehr auf die entwickelten kapitalistischen Zentren der Triade in Nordamerika, Westeuropa und Ostasien (unter Einschluß der "neuindustrialisierten Tiger" Südkorea, Taiwan, Singapur, Hong Kong) konzentriert (27). Die wichtigsten Akteure, die den "neuen Akkumulationstyp" durchsetzen, sind die transnationalen Konzerne (TNK), deren Globalstrategien (28) durch eine starke Position auf regionalen "home markets" gestützt werden.

E.O. Czempiel bilanziert den Bedeutungszuwachs der TNK zu Beginn der 90er Jahre (und bezieht sich dabei auf die Ergebnisse des UNO-Berichtes über die TNK in der Weltwirtschaft aus dem Jahre 1988): "Alle TNK zusammen erzeugen rund ein Viertel der Weltproduktion von Industriegütern. Sie beherrschen vor allem den Welthandel. Fast der gesamte Außenhandel der Vereinigten Staaten und Großbritanniens wird von ihnen abgewickelt. Die Auslandsinvestitionen in der Welt sind zu fast 100 % in der Hand der TNK. Sie besitzen die meisten Weltwährungsreserven, dominieren damit das Währungssystem der Welt" (29).

Die weltmarktorientierte Modernisierung ist die dominante Strategie, die die komplexen Prozesse der ökonomischen - aber auch der sozialen und politischen - Entwicklungen seit dem Ende der 70er Jahre beherrscht und strukturiert. Sie durchdringt die Veränderungen

---

26 R. W. Cox, Production, Power and World Order, New York 1987, S. 281.

27 Vgl. F. Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz, Marburg 1991, S. 54 ff.; D. Brand, Konsequenzen der regionalen Blockbildung für die Welthandelsentwicklung, in: ifo-Schnelldienst, 12/1992, S. 10-23.

28 Vgl. u.a. R. Jungnickel, Unternehmensstrategien im Binnenmarkt, in: O.G. Mayer u.a. (Hrsg.), Der Europäische Binnenmarkt, Hamburg 1989, S. 77 ff., hier S. 85 ff.; im Blick auf die Studie von J. P. Womack u.a., Die zweite Revolution in der Automobilindustrie, Frankfurt 1992, hat P. Oehhlke (Zur gesellschaftspolitischen Ambivalenz der schlanken Produktionsstrategien, WSI-Mitteilungen, 2/1993, S. 97 ff., hier S. 101/102) die Managementformel des globalen "Traumunternehmens" folgendermaßen zusammengefaßt: "...die lokale Präsenz auf den regionalen Märkten (wird) mit weltweiten Beschaffungs-, Entwicklungs-, Vertriebs- und Finanzierungsmöglichkeiten kombiniert". Die Hauptmerkmale dieses Unternehmens sind:
"- ein integriertes Personalsystem, das Mitarbeiter der beteiligten Länderstandorte ohne Diskriminierung fördert;
- ein kontinuierlicher horizontaler Informationsfluß zwischen Fertigung, Zuliefersystemen, Produktentwicklung, Technologiebeschaffung und Vertrieb;
- eine koordinierte regionale Produktentwicklung, die Nischenprodukte für andere Regionen vorausschauend einbezieht;
- eine Internationalisierung des Gesellschaftskapitals zur Neutralisierung schwankender Währungsparitäten".

29 E. O. Czempiel, Weltpolitik im Umbruch, München 1991, S. 127; vgl. dazu auch R. Gilpin, The political economy ..., a.a.O., S. 231 ff.; United Nations Centre on Transnational Corporations, Transnational Corporations and World Development, New York 1988.

in den Machtstrukturen des internationalen Systems (Niedergang der USA, Aufstieg von Japan und Deutschland, der "späten Sieger") ebenso wie die Herausbildung einer "neuen Betriebsweise" ("lean production"). Diese erschließt nunmehr - auf der Basis eines hohen Niveaus der durch die modernen Technologien (die sowohl die Produktion durch "Roboterisierung" als auch den Dienstleistungssektor durch die Anwendung der modernen Kommunikations- und Datenverarbeitungstechnologien effektivieren) bedingten Produktivitätssteigerung - auch die "menschlichen Produktitivitätsreserven" nach japanischem Vorbild ("Toyotismus"). Die Gesamtkosten sollen so erheblich gesenkt werden (30).

Darüber hinaus wird die Dynamik der weltwirtschaftlichen Entwicklung durch die Transnationalisierung und Liberalisierung der Finanzmärkte bestimmt (31). Der Eurodollar-Markt, der sich seit der Mitte der 70er Jahre in der Folge des Zerfalls des Bretton-Woods-Systems sowie der ersten "Ölkrise" (1974) herausgebildet hatte und der dramatische Anstieg der Verschuldung der sog. "Dritten Welt" (32) waren nur ein Vorspiel für jene gewaltigen Verschiebungen im internationalen Geld- und Kreditsystem, die die 80er Jahre bestimmten. Die Formel vom "Kasino-Kapitalismus" (Susan Strange) reflektierte zunächst die zunehmende Verlagerung "unternehmerischer Aktivitäten ... von der Produktion von Waren und Dienstleistungen auf Finanzanlagen" (33) in den Metropolen des Kapitals. Die Spekulation auf Aktienkurse und Immobilienpreise, der spekulative Kauf und Verkauf großer Konzerne (vor allem in den USA) wurde zu einer einträglichen Quelle der Reichtumsvermehrung, die sich in der Kultur und Lebensweise der sog. "Yuppies" einen demonstrativen Ausdruck im Sinne der "conspicious consumption" (Thorstein Veblen) verschaffte (34). Auf den internationalen Finanzmärkten wurden solche spekulativen Transaktionen ergänzt durch Währungs- und Zinsspekulationen, bei denen die TNK, die Banken und Versicherungen, aber auch die Regierungen (vor allem angesichts der steigenden Haushaltsdefizite in den USA) gewaltige Geld- und Kreditmassen hin- und herschoben.

---

30 Aus der Fülle der neueren sozialwissenschaftlichen Literatur vgl. dazu u.a. J.P. Womack u.a., Die zweite Revolution in der Automobilindustrie, Frankfurt/ Main 1992; Hans-Böckler Stiftung/ IG Metall (Hrsg.), Lean Production. Kern einer neuen Unternehmenskultur und einer innovativen und sozialen Arbeitsorganisation?, Baden-Baden 1992; F. Deppe, Gestaltungskompetenz und Gegenmacht. Antworten auf die "Verschlankung" von Produktion und Gesellschaft, in: Sozialismus, 2/1993, S. 24 ff.; P. Oehlke, Zur gesellschaftspolitischen Ambivalenz der schlanken Produktionsstrategien, in: WSI-Mitteilungen, 2/1993, S. 97 ff.; in der neuen Studie von Paul Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1993, wird dagegen die Überlegenheit der neuen, japanischen Betriebsweise ausschließlich auf deren technische Dimensionen ("Robotik") zurückgeführt (S. 112 ff.).

31 Vgl. u.a. K. G. Zinn, Die neue Qualität des Finanzkapitals. Deregulierung und Informationstechnologien veränderten in den 80er Jahren den Finanzsektor der Industrieländer, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 19 (1993), Heft 1, S. 59 ff.

32 Vgl. dazu u.a. R. Gilpin, The political economy ..., a.a.O., S. 314 ff.

33 E. Altvater, Die Zukunft des Marktes, Münster 1991, S. 159.

34 "Keine dieser spekulativen Aktivitäten erzeugt neuen Reichtum, neue Arbeitsplätze (abgesehen von Heerscharen von Firmenanwälten), neue Produkte oder neue Technologie. Es sind Glücksspiele bisher unbekannten Ausmaßes, deren einziges spürbares Resultat in einer Umverteilung bereits existierenden Reichtums und von Macht zwischen einer winzigen Gruppe von Pokerern besteht. Die führenden Pokerspieler, die gleichzeitig die führenden Kapitalisten unserer Zeit sind, sind die Investmentbanker, von denen einige mehrere zehn Millionen im Jahr verdienen und mit Firmen handeln, deren Aktiva das Volksvermögen vieler Nationen übersteigen. Der Wirtschaftswissenschaftler Robert B. Reich bemerkt dazu: 'Selten zuvor haben so wenige so viel für so wenig Arbeit verdient. Niemals haben so wenige solch eine Macht darüber ausgeübt, wie die Stücke des amerikanischen Kuchens verteilt werden'". B. Ehrenreich, Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, München 1992, S. 262/3.

2.2. Nationalstaat: Zur Politik der weltmarktorientierten Modernisierung

Diese Umwälzungen in den ökonomischen Strukturen und in der Akkumulationsdynamik des transnationalen Kapitalismus haben zugleich erhebliche Rückwirkungen auf die Funktion - und damit den Grad der Souveränität - der Nationalstaaten nach innen und außen. Auf der einen Seite wurde mit der Globalisierung der Produktion von Waren und Dienstleistungen sowie der Finanzmärkte - nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und in der Folge der Erosion der hegemonialen Position der USA in der kapitalistischen Nachkriegsordnung (35) - die Kompetenz und Macht der nationalen Regierungen zur Kontrolle der Geld-, Zins- und Haushaltspolitik erheblich eingeschränkt (36). Oft kann sich der "entmachtete" Nationalstaat nur noch den Verhaltensanforderungen anpassen, die von den globalen Finanzmärkten und den transnationalen Konzernen vorgegeben werden (37). Damit zerbricht das Regulationsmodell des "keynesianischen" Staates, das die Formation des Fordismus gestützt hatte. Damit erodieren aber auch die Grundlagen jenes Gesellschaftsvertrages, der - vermittelt über die Institutionen des Sozialstaates sowie des Systems der Arbeitsbeziehungen - die Beziehungen von Kapital und Arbeit nach Maßgabe eines "Klassenkompromisses" reguliert und dabei sowohl die soziale Ungleichheit abgefedert als auch deren Politisierung in Klassenkämpfen "gezähmt" hatte.

In der Strategie der weltmarktorientierten Modernisierung kommt der Deregulierung zunächst die Aufgabe zu, von der Seite der Angebotsbedingungen her (Steuern, Geldwert- und Währungsstabilität, Sozialkosten, Löhne) die Konkurrenzbedingungen der TNK "zu Hause" wie auf dem Weltmarkt zu verbessern. Daraus folgt nach innen (in unterschiedlichen Varianten) eine Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik, die die Geldwertstabilität (Inflationsbekämpfung) sowie eine sparsame Haushaltspolitik der öffentlichen Körperschaften bei gleichzeitiger Steuersenkung für die Unternehmen und die Spitzeneinkommen zum obersten Ziel erhebt. Damit wird - bei einem seit der Weltwirtschaftskrise 1980-82 relativ hohen Sockel der Arbeitslosigkeit - der keynesianische Primat der Beschäftigungspolitik verabschiedet. Zusammen mit dem Um- bzw. Abbau des Sozialstaates sowie mit der Aufweichung von kollektivrechtlichen (Tarifverträge) sowie gesetzlichen Schutzregelungen (z.B. Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitszeiten) zielt diese Politik u.a. auf eine Schwächung der Gewerkschaften, die in den 70er Jahren über eine starke Verhandlungs- und Kampfkraft verfügt hatten. In dieser Zeit gestalteten sich "... die Trends der Einkommensverteilung und der Arbeitsbeziehungen günstig für die Arbeitnehmer wie für deren Repräsentanten. In anderen Worten, die Gewerkschaften konnten in Europa und selbst in den USA weitere Erfolge durchsetzen. Besondere Fortschritte gab es bei der Regelung von Beschäftigungsverhältnissen, bei der Ausdehnung der Gegenstandsbereiche von kollektiven Verhandlungen; hinzu kamen Verbesserungen auf

---

35 Vgl. dazu u.a. R. Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, FEG, Arbeitspapier Nr. 5, Marburg 1991; K. Hübner, Entwicklungskoordinaten der Weltwirtschaft, in: K. Fuchs u.a. (Hrsg.), Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik, Köln 1992, S. 41 ff., hier S. 42 ff.

36 In diesem Zusammenhang wird in der Regel auf das Scheitern der linkskeynesianischen Politik der französischen Regierungskoalition von Sozialisten und Kommunisten zwischen 1981 und 1983 hingewiesen vgl. z.B. R. W. Cox, Production, Power and World Politics, a.a.O., S. 306.

37 Vgl. u.a. M. Bonder u.a., Deutschland in einer neuen Weltära, a.a.O., S. 51.

dem Gebiet der gewerkschaftlichen Rechte und, in einigen Ländern, der industriellen Demokratie" (38).

Dennoch greift die These vom Verfall des Nationalstaates bzw. von der Entstaatlichung von Ökonomie und Gesellschaft unter dem Druck des "Sachzwanges Weltmarkt" zu kurz. Der Verlust an äußerer Souveränität sowie die Tendenz zur "Enthierarchisierung der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft" (39) erzwingt zugleich die Reorganisation der Staatsfunktionen, die sich im Zeichen der Vorherrschaft neokonservativer Kräfte und Ideologien nicht allein auf die klassischen Gewalt- und Ordnungsfunktionen (Sicherheit nach innen und außen) sowie auf die Förderung traditioneller Werte und Institutionen (vor allem der Familie) zurückzieht. Vielmehr hat unter dem Druck der weltmarktorientierten Modernisierung ein "industriepolitischer Wettlauf" zwischen den führenden Industriestaaten eingesetzt. Staatliche Förderungsprogramme setzen die Akzente im Bereich der Forschungspolitik auf den Gebieten der Mikroelektronik, der Telekommunikation, der Roboter-Produktion sowie der Biotechnologie (40). Das Vorbild des japanischen MITI-Kapitalismus, also einer staatsmonopolistischen Regulation von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, beeinflußt zunehmend auch die politischen Debatten in den USA sowie in Deutschland und der EG (41).

Robert Gilpin hatte schon bis zur Mitte der 80er Jahre einen strukturellen Wandel im Verhältnis von Ökonomie (Markt) und Politik (Staat) ausgemacht. Das "Regime des Freihandels", das sich unter der hegemonialen Führung der USA nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert hatte und damit die politischen Rahmenbedingungen für die Kompatibilität von nationalem Keynesianismus und transnationalem Freihandel (GATT) definiert hatte, tendiert zur Auflösung. In den internationalen wirtschaft***spolitischen*** Beziehungen verfestigt sich ein "neuer Protektionismus", dessen wichtigste Komponenten die "merkantilistische Konkurrenz", der "ökonomische Regionalismus" (42) sowie der "sektorale Protektionismus" bilden (43).

Die Globalisierung der Marktprozesse *und* die Repolitisierung der weltwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse gehen demzufolge Hand in Hand und werten - im Gegensatz zu allen idealistischen Konzeptionen von der tendenziellen Entstaatlichung der Ökonomie - den Nationalstaat *und* den Nationalismus (als ideologische Form) auf. "The diffusion of economic power and the reemergence of economic nationalism necessitate a very different international economic order from that of the Bretton Woods system. The ***reassertion of the state*** in economic affairs means a slowing, if not a reversal, of the postwar primacy of the market as a means of organizing economic relations... There has

---

38 G. Baglioni, Industrial Relations in Europe in the 80s, in: ders. /C. Crouch (Eds.), European Industrial Relations, London 1990, S. 2; vgl. auch die Länderanalysen in F. Deppe/ K.P. Weiner (Hrsg.), Binnenmarkt '92, a.a.O.

39 Vgl. dazu F. W. Scharpf, Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des 20. Jahrhunderts, in: PVS, 1991, S. 621 ff.

40 Vgl. dazu zuerst G. Junne, Der strukturpolitische Wettlauf zwischen den kapitalistischen Industriestaaten, in: PVS, 1984, S. 134 ff.; neuerdings M. Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, FEG-Studien, Nr. 1, Marburg 1992.

41 Für die USA vgl. dazu L. Thurow, Head to Head, a.a.O.; für Deutschland und die EG: K. Seitz, Die japanisch-amerikanische Herausforderung. Deutschlands Hochtechnologie-Industrien kämpfen ums Überleben, Bonn 1990.

42 Vgl. dazu neuerdings D. Brand, Konsequenzen der regionalen Blockbildung für die Welthandelsbeziehungen, in: ifo-schnelldienst, 12/ 1992, S. 10-23.

43 Vgl. dazu R. Gilpin, The Political Economy, a..a.O., S. 394 ff.; F. Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz, a.a.O., S. 61 ff.

and there will be a growing politization of the international economic order and an increase in policy competition. Government intervention in the areas of trade, money, and production has grown immensely despite the revival of neoconservatism and a rediscovery of the market in many countries. Deregulation at home appears to be accompanied frequently by increased protection of domestic markets and policy initiatives designed to promote nationalistic goals" (44).

2.3. Gesellschaftlicher Strukturwandel

Globalisierung und Deregulierung - als bestimmende ökonomische und gesellschaftspolitische Merkmale des Umbruchs vom Fordismus zum Postfordismus - gehen mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturveränderungen einher. Diese wirken auf die Berufs- und Sozialstruktur, die Lebensweise und Sozialisation, auf Bewußtseinsformen, Alltagskulturen und Werteorientierungen zurück. Mit der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungssektors (45) nimmt der Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtheit der Lohnabhängigen weiter ab. Damit verstärkt sich noch die bereits länger wirkende Tendenz zur Auflösung proletarischer Lebenswelten und Milieus, die gleichsam die soziale und kulturelle Infrastruktur der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung gebildet hatten (46). Im Beschäftigungssystem selbst vollzieht sich eine Differenzierung, bei der neben den Arbeitnehmern der altindustriellen Sektoren und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den sog. "Zukunftsindustrien" der High-Tech-Branchen neue hochqualifizierte Facharbeiter- Angestelltengruppen expandieren, während zugleich ein wachsender Teil - vor allem der weiblichen Lohnabhängigen - in den sog. Randsegmenten des Arbeitsmarktes sowie in den "ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen" marginalisiert wird (47).

Angesichts dieser Prozesse der Differenzierung von Lebenslagen und Interessen, aber auch angesichts der damit verbundenen Spaltungsprozesse (in bezug auf die Stabilität des Arbeitsplatzes, das "Normalarbeitsverhältnis", die Höhe des Einkommens, die Qualifikation usw.) vollzieht sich eine Erosion der gewerkschaftlichen Organisationsbasis. Diese manifestiert sich nicht allein in sinkenden bzw. stagnierenden Organisationsgraden, sondern auch in der zunehmenden Schwierigkeit, universalistische bzw. einheitliche "Klasseninteressen" zu artikulieren. Die "Krise der Gewerkschaften", die in den 80er Jahren in den Metropolen der Triade - wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung - allgemein wurde (48), wurde daher nicht allein durch die politischen und ideologischen Angriffe des Neokonservatismus auf die Macht und Programmatik der Arbeiterbewegung

---

44 R. Gilpin, The Political Economy, a.a.O., S. 406/7. Paul Kennedy hat in seinem neuen Werk "In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert", a.a.O., S. 177, die "Zukunft des Nationalstaates" folgendermaßen bestimmt: "Selbst wenn der Status und die Funktion des Staates durch transnationale Tendenzen untergraben wird, hat die Verlagerung der Autorität keinen adaequaten Ersatz geschaffen, der ihn als die Schlüsseleinheit in der Reaktion auf globale Veränderung ablösen könnte. Was der Nationalstaat tut und insbesondere, wie seine politische Führung handelt, um das Volk auf das 21. Jahrhundert vorzubereiten, behält seine zentrale Bedeutung, selbst wenn die traditionellen Instrumente der staatlichen Regierung ihre Unzulänglichkeit immer deutlicher zeigen. Die Zukunft des Nationalstaates mag in Frage stehen, aber paradoxerweise ist seine Existenz notwendig, um einige Antworten zu liefern".

45 Vgl. u.a. J. Bischoff/R. Detje, Massengesellschaft und Individualität, Hamburg 1989; H. Albach, Dienstleistungen in der modernen Industriegesellschaft, München 1989.

46 Vgl. dazu u.a. F. Deppe/K. Dörre, Klassenbildung und Massenklultur im 20. Jahrhundert, in: K. Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 726-771.

47 Vgl. u.a. W. Müller-Jentsch, Eine neue Topographie der Arbeit, in: Leviathan, 8/1987, S. 159 ff.

48 Vgl. dazu die Länderanalysen in F. Deppe/K.P.Weiner (Hrsg.), Binnenmarkt '92, a.a.O.

hervorgerufen. Sie ist selbst noch Produkt jenes sozialstrukturellen und kulturellen Wandels, der die Macht der Gewerkschaften - und damit die Basis des keynesianischen "Klassenkompromisses" - gleichsam "von unten" ausgehöhlt hat (49).

3. Schattenseiten der weltmarktorientierten Modernisierung

Bevor wir dazu übergehen, den Zusammenhang zwischen den globalen Strukturbrüchen im kapitalistischen Weltsystem und der Dynamisierung der EG-Integration in der zweiten Hälfte der 80er Jahre genauer zu beleuchten, sollen - ebenso skizzenhaft wie zuvor - einige der wichtigsten Widerspruchskomplexe benannt werden, die die Erosion der fordistischen Formation begleiten bzw. durch diese neu erzeugt und verstärkt werden. Die ideologische und politische Hegemonie des Neokonservatismus in den 80er Jahren war nicht allein die Folge der vorangegangenen Krise des Keynesianismus und der damit verbundenen Schwäche der politischen und gewerkschaftlichen Linken. Sie war zugleich Ausdruck der Belebung des Wirtschaftswachstums, der Zunahme der Beschäftigung und jenes Konsum- und Spekulationsrausches der 80er Jahre, dessen Kultur - zentriert um den "Yuppie"-Kult des "Geldmachens" und des damit verbundenen Luxuskonsums - sich als postmoderne Emanzipation des Exklusiven und der Individualität feiern ließ. Kritische Beobachter hingegen konstatieren einen Siegeszug des neo-amerikanischen Kulturmodells. Michel Albert bezeichnet die 80er Jahre als ein "Zeitalter der Leere": "Diese Vision der Welt, in der nur die Suche des Ego und des eigenen Interesses, die Ekstase der persönlichen Befreiung, die Obsession des Körpers und des Geschlechts bleibt und in der es eine Hyperinvestition des Privaten und folglich eine Demobilisierung des öffentlichen Raumes gibt" (50).

3.1. Globale Risiken und Spaltungen

Der postfordistische, transnationale Kapitalismus der 80er Jahre - des Jahrzehntes der neoliberalen Euphorie und der neokonservativen Hegemonie - erzeugte und reproduzierte strukturelle Brüche, Polarisierungen und Widersprüche, deren Bedeutung in Wissenschaft und Politik nur zeitverschoben registriert und erst zu Beginn der 90er Jahre als historisch neue Bedingungen für den Verlauf, vor allem aber für die Bewältigung von transnationalen Krisenprozessen erkannt wird. Die progressive Akkumulation von Risikofaktoren vollzog sich auf verschiedenen Ebenen:

- Die pessimistischen Prognosen über das weltweite Bevölkerungswachstum, die zunehmende Kluft zwischen armen und reichen Nationen bzw. Regionen, über das exponentielle Wachstum der Umwelt- und Naturzerstörung, die auf der Basis der Weltmodell-Analysen der 70er Jahre formuliert worden waren (51), haben sich weitgehend bestätigt. Der Präsident der Weltbank, Barber Conable, stellte 1988 fest: "Ein unerbittlicher Tatbestand der 80er Jahre ist, daß das Wachstum unzureichend war, die Armut weiter zunimmt und daß die Umwelt schlecht geschützt wird. Wenn kein

---

49 Vgl. dazu die Hinweise auf die "Abwicklung des 'Modell Deutschland'", bei M. Bonder u.a., Deutschland in einer neuen Weltära, a.a.O., S. 145 ff.

50 M. Albert, Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt/New York 1992, S. 195.

51 Vgl als Überblick J. Grün/D. Wiener, Global denken, vor Ort handeln. Weltmodelle von Global 2000 bis Hermann Kahn, Freiburg 1984.

Wandel eintritt, bleibt unsern Kindern durch die Realitäten eine friedliche, annehmbare und lebenswerte Welt vorenthalten" (52).

- Auf der Ebene der Weltwirtschaft und der Weltpolitik zeichnen sich ebenfalls tiefgreifende Veränderungen ab:

1. Die *zunehmende Differenzierung und Marginalisierung der Entwicklungsländer der ehemaligen "Dritten Welt"* (OPEC-Staaten; ostasiatische NICs; die in der Schuldenfalle gefangenen Staaten Lateinamerikas; die ärmsten Länder und Regionen, vor allem in Afrika). Der politische Bedeutungverlust der "Dritten Welt" und damit auch des "Nord-Süd-Gegensatzes" wird noch durch die Abkoppelung der am wenigsten entwickelten Armutsregionen der Weltgesellschaft vom Weltmarkt - bei gleichzeitiger Beschleunigung der demographischen Explosion (53) - verstärkt.

2. Die *Krise der "Zweiten Welt", des sozialistischen Staatensystems und der UdSSR.* Diese zeichnet sich seit dem Ende der 70er Jahre immer deutlicher ab: das Wirtschaftswachstum geht zurück, die Produktivität verfällt, die Versorgungsprobleme spitzen sich zu, politische Krisen wie die in Polen stärken die antikommunistische Opposition. Dazu nimmt die Verschuldung von den kapitalistischen Industriestaaten sowie die Abhängigkeit vom Weltmarkt zu. Das Reformprogramm der Gorbatschow'schen "Perestroika", das auf dem Eingeständnis der tiefen sozialökonomischen und politisch-moralischen Krise der Sowjetunion beruhte, nährte zunächst noch Hoffnungen auf die Erneuerungspotentiale der im Gefolge der Oktoberrevolution und des Zweiten Weltkrieges entstandenen Systeme.

3. Der *Niedergang der USA*, der ebenfalls bis Mitte der 80er Jahre noch durch die Scheinblüte des US-Kapitalismus in den ersten Jahren der Reagan-Präsidentschaft verschleiert wurde. Noch bevor Paul Kennedy im Jahre 1987 mit seinem Werk über den "Aufstieg und Niedergang der großen Mächte" in der amerikanischen Öffentlichkeit eine heftige "Decline-Debatte" auslöste, hatten Politikwissenschaftler (54) und Ökonomen auf den grundlegenden Wandel der Position des US-Kapitalismus in der Weltwirtschaft und -politik aufmerksam gemacht. Schon in den 70er Jahren hatte sich nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems eine "Umkehrung der Funktionen" durchgesetzt, "die der Dollar als Weltgeld einmal hatte: von einem Regulierungsmedium zu einem ausschließlich privaten Kapitalanlageobjekt" (55). Bis zur Mitte der 80er Jahre hatte sich eine geradezu dramatische Wende auf den internationalen Finanzmärkten vollzogen: "the United States became a debtor and Japan displaced it as the world's foremost creditor nation" (56).

Robert Gilpin hat das Ende der weltwirtschaftlichen Nachkriegsordnung auf diesen Zeitraum datiert: "In the mid-80s, the liberal international economy established at the end of the Second World War has been significantly transformed. The trend toward

---

52 Zit.n. F. Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz, a.a.O., S. 67; vgl. als neuere Analysen : Club of Rome, Die globale Revolution, Spiegel-Spezial, Hamburg 1991; E. Altvater, Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, Münster 1992; P. Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert,a.a.O.

53 "Die dramatischste Art, es auszudrücken, ist vielleicht diese: im Jahre 1950 war die Bevölkerung Afrikas nur halb so groß wie die Europas, bis 1985 hatte sie sie eingeholt (bei jeweils etwa 480 Millionen Menschen), und im Jahr 2025 erwartet man eine dreimal so hohe Bevölkerung wie die Europas (1,58 Milliarden im Gegensatz zu 512 Millionen)". P. Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, a.a.O., S. 40.

54 Vgl. z.B. R. O. Keohane, After Hegemony, Princeton 1984; ders. (Ed.), Neorealism and its Critics, New York 1986; D. P. Calleo, Beyond American Hegemony, New York 1987.

55 E. Altvater, Sachzwang Weltmarkt, Hamburg 1987, S. 239.

56 R. Gilpin, The Political Economy...,a.a.O., S. 314.

liberalization of trade has been reversed and the Bretton Woods principles of multilateralism and unconditioned Most-Favored Nation status are being displaced by bilateralism and discrimination. With the collaps of the system of fixed exchange rates, conflicting interests gave rise to insense clashes over exchange values and other monetary issues among the advanced economies. The displacement of the United States by Japan as the dominant financial power and the global debt problem have raised troubling questions about the leadership and stability of the world financial system" (57).

3.2. Der Wandel zur post-industriellen Dienstleistungsgesellschaft

Schließlich hat der Primat der weltmarktorientierten Modernisierung auch in den Binnenstrukturen der entwickelten, industriekapitalistischen Metropolen Widersprüche und Problemlagen reproduziert. Diese bringen ihrerseits neue Spannungsfelder im Verhältnis von ökonomischem Wachstum, der sozialen Differenzierung von Arbeitsverhältnissen und Lebenslagen sowie der politischen Regulation hervor. Wir unterscheiden auch hier sehr grob die Bereiche der Ökonomie, des Staates und der Gesellschaft.

Der Wandel der Wirtschafts- und Berufsstruktur zur "post-industriellen Dienstleistungsgesellschaft" setzt sich fort. Wird er durch die Bewegungen des Marktes und der internationalen Konkurrenz gesteuert, so vollzieht er sich vermittels von De-Industrialisierungsprozessen auf der einen (mit den neuen "Problemregionen", in denen einst die "alten" Montan-, Werft- und Textilindustrien konzentriert waren) und der Herausbildung von neuen metropolitanen High-Tech- und Dienstleistungszentren auf der anderen Seite (58). Zugleich fällt in denjenigen Ländern, in denen sich der Anteil der Dienstleistungen an der Wertschöpfung sowie an den Beschäftigten besonders schnell erhöhte, das Wachstum der Produktivität zurück. Der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit des US-Kapitalismus auf dem Weltmarkt liegt daher nicht so sehr in einem "industriellen Entwicklungsrückstand ..., sondern in einer Fehlentwicklung im Dienstleistungssektor" (59).

Die Masse der billigen und unqualifizierten Arbeitskräfte im tertiären Sektor ("bad jobs") war für das Absacken der Arbeitsproduktivität bei den privaten Dienstleistungen seit der Mitte der 70er Jahre - sowohl im intersektoralen als auch im internationalen Vergleich - verantwortlich (60). Der Ökonom Lester Thurow hat diese negativen gesamtwirtschaftlichen Folgen des "US-Beschäftigungswunders" der frühen 80er Jahre bestätigt. Dabei formuliert er als allgemeine Regel, daß das Wachstum der Dienstleistungen nur dann die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit einer Nationalökonomie steigert, wenn dort überwiegend qualifizierte - und daher auch gut bezahlte - Tätigkeiten entstehen: "Much of the productivity problem is found in the service sector. Service employment boomed - twenty-one million new jobs were added from 1980 to 1990 - but with low average levels of productivity in services, rapid growth pulls down the national average" (61).

Der "Goldrausch" der 80er Jahre wurde nicht allein auf den Aktien-, Immobilien- und Währungsbörsen inszeniert. Er manifestierte sich auch in den neuen Konsumpalästen, in

---

57 Ebd., S. 394.

58 Vgl. u.a. R. Borst (Hrsg.), Das neue Gesicht der Städte, Basel 1990;

59 J. Bischoff/M. Menard, Weltmacht Deutschland? Hamburg 1992, S. 94.

60 Ebd. S. 83.

61 L. Thurow, Head to Head, a.a.O., S. 167.

denen Freizeit- und Luxusprodukte feilgeboten werden (62). Der Konsumrausch - zugleich Manifestation des Kultus der Individualisierung und der Hektik kostspieliger Erlebnisse (in Edeldiscos, Fernreisen und Luxuskarossen) - war (und ist) freilich zu einem erheblichen Teil kreditfinanziert. Sozialökonomisch betrachtet, ist er der Ausdruck der Dominanz des Bank- und Finanzkapitals sowie der Herrschaft der finanzkapitalistischen Fraktion innerhalb der Gesamtbourgeoisie, die den Alltag und die Lebenswelten nicht allein durch das Medium des Geldes, sondern auch vermittels der Werteorientierung des Konsums ideologisch (von oben nach unten) durchdringt.

3.3. Private und öffentliche Verschuldung

Daher vollzieht sich gerade in denjenigen Volkswirtschaften, die die Deregulierung am weitesten vorangetrieben haben, eine Parallelentwicklung zwischen boomenden Finanzgeschäften und der schnell anwachsenden Verschuldung der Unternehmen wie der privaten Haushalte. "Zur gleichen Zeit, wie die Schranken im Finanzgewerbe zu fallen begannen", konstatiert die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, "stieg bei den Wirtschaftsakteuren außerhalb des Finanzsektors, insbesondere den privaten Haushalten, auf recht breiter Basis die Verschuldung im Verhältnis zum laufenden Einkommen" (63).

Gleichzeitig sinken in den kapitalistischen Industriestaaten die Ersparnisse der privaten Haushalte (Sparquote). Das Wirtschaftswachstum seit Beginn der 80er Jahre basierte also weitgehend auf Pump. "Die neokonsverative Politik hat das Gegenteil von dem erzeugt, was sie bewirken sollte: statt einer Anpassung des Verbrauchs an das jährlich erzeugte Einkommen, der dadurch motivierten Steigerung der individuellen Leistung und der damit bewirkten Vitalisierung der Wirtschaft hat sie eine konjunkturelle Scheinblüte ermöglicht, die mehr durch Verbrauch auf Pump angeheizt wurde als durch intensive Weiterentwicklung der produktiven Basis" (64).

Von Seiten der Staatstätigkeit wurde dieser Entwicklung nicht - gleichsam antizyklisch - entgegengesteuert. Im Gegenteil - die Staatsquote (Staatsausgaben im Verhältnis zum BSP) blieb auch in denjenigen Ländern, wo die "neokonservative Revolution" die Entstaatlichung von Wirtschaft und Gesellschaft als Hauptziel proklamiert hatte, relativ konstant. Die Staatsverschuldung (Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte) dagegen stieg in den meisten EG-Staaten noch einmal an; die BRD bildete hier - bis 1989 - eine Ausnahme. Da sich u.a. in der Folge der steuerlichen Entlastung von Unternehmen und Spitzeneinkommen die Staatseinnahmen verringerten, erhöhte sich der Kreditbedarf. Die USA mögen dabei als extremer Ausnahmefall gelten (65). Dennoch wurden mit dem An-

---

62 "In den letzten drei Jahrzehnten hat sich der Konsum-Zirkus ... unerbittlich ausgedehnt und dabei schnellebige Produkte in den Vordergrund geschoben, die außerhalb jedes Familienzusammenhanges nur dem einzelnen Spaß machen sollen. Die sog. Freiheit- und Luxus-Produkte - also Reisen, Wein und Spirituosen, Sportwagen - stehen für einen ganz anderen Lebensstil. Sie sind für Singles, Wohlhabende und alle jene gedacht, die - unabhängig von Alter und Lebensumständen - vor allem den Genuß suchen. Und zumindest die Gruppe der Singles vergrößerte sich rasch: zwischen 1970 und 1982 verdoppelte sich die Zahl der alleinlebenden Amerikaner nahezu - von 10,9 Millionen auf 19,4 Millionen". B. Ehrenreich, Die Angst vor dem Absturz, a.a.O., S. 171/172.

63 Zit. n. K. G. Zinn, Die neue Qualität..., a.a.O., S. 63; vgl. dort auch die statistischen Daten zur Entwicklung der Verschuldung von Wirtschaftsunternehmen und privaten Haushalten in den wichtigsten OECD-Ländern zwischen 1975 und 1990.

64 J. Bischoff/M. Menard, Weltwirtschaft ohne Schwung, in: Sozialismus, 1/1993, S. 20 ff., hier S. 24.

65 "Ausgehend von einem relativ geringen Grad an Staatsverschuldung haben sich während der letzten 10 Jahre die Schulden des Bundes auf jetzt knapp 4 Billionen US-Dollar verdoppelt. Beeindruckend ist nicht die absolute Höhe, sondern das Tempo der staatlichen Kreditaufnahme, deren Zuwachsraten während der 80er Jahre weit über denen des Sozialproduktes lagen. Stellt man weiter in Rechnung, daß die privaten

häufen privater und öffentlicher Schuldenberge in den 80er Jahren Weichenstellungen vorgenommen, die sich alsbald als Fehlentwicklungen erweisen mußten. Je mehr die Regierungen mit dem Schuldenmanagement (sowie seinen Rückwirkungen auf das nationale Zinsniveau und die Geldwertstabilität) befaßt sind, um so mehr müssen sie gegenüber den staatlichen Sozial- und Infrastrukturausgaben, aber auch gegenüber der Einkommensentwicklung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine Linie der rigiden Austerität verfolgen. Damit verengen sich die Handlungsspielräume staatlicher Gestaltungspolitik erheblich, obwohl die Bewältigung sozialer Probleme, der (vor allem ökologischen) Kosten der modernen "Risikogesellschaft", aber auch der infrastrukturellen Voraussetzungen internationaler Wettbewerbsfähigkeit (u.a. Bildung, Wissenschaft und Forschung, Kommunikation und Verkehr) ein erweitertes staatliches Interventions- und Regulationsinstrumentarium erfordern.

Die "Krise des Staates" ist daher nicht einmal überwiegend Ausdruck seines Souveränitätsverlustes nach außen (als Folge der Transnationalisierung der Produktion und der Finanzmärkte), sondern vor allem auch Resultat seiner "Ohnmacht" gegenüber den inneren, gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen: "Innerhalb nationaler Gesellschaftsformationen verschärfen sich die Spannungen zwischen lokalen und regionalen Instanzen und Interessen, sei es in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sei es in der Industrie- oder Forschungs- und Technologiepolitik, sei es in der Arbeitsmarktpolitik, weil alle Städte und Regionen ebenfalls der Konkurrenz um Produktions- und Investitionsstandorte ausgesetzt sind und um die TNK werben. So verliert der Nationalstaat nicht nur die Kontrolle über die weltweit operierenden TNK sowie die anderen gesellschaftlichen Teilsysteme, sondern auch über die politischen Instanzen auf regionaler und lokaler Ebene" (66).

3.4. Die Renaissance der sozialen Frage und die Gewerkschaften

Schließlich hinterläßt die mit der neokonservativen Deregulierungspolitik verkoppelte Strategie der weltmarktorientierten Modernisierung tiefe Spuren in den gesellschaftlichen Strukturen selbst. Der "keynesianische Klassenkompromiß" der Nachkriegsära hatte auf bestimmten institutionellen Voraussetzungen beruht: "Steigerungen der individuellen Reallöhne und des Soziallohns (im Zuge der sozialstaatlichen Redistribution der Einkommen), um die Kaufkraft im Gleichschritt mit der Produktivität zu steigern; antizyklische fiskal- und geldpolitische Interventionen zur Stabilisierung des wirtschaftlichen Wachstumspfades" (67). Dieses Arrangement schloß die Anerkennung einer relativ starken Verhandlungsmacht der Gewerkschaften ein, deren Forderungen und Ziele in der Regel "universalistisch" waren. Das heißt: sie waren tendenziell auf die Anhebung bzw. Anglei-

---

Haushalte zwischen 1980 und 1990 ihre Konsumentenkredite mehr als verdoppelt haben und die laufenden Zinsverpflichtungen des Unternehmenssektors dessen laufende Profite übersteigen, dann bleibt nur ein Schluß: Die USA haben ihren Verbrauch während der letzten zehn Jahre in nicht unerheblichem Maße von der nachfolgenden Generation geborgt". K. Hübner, Entwicklungskoordinaten der Weltwirtschaft, a.a.O., S. 43.

66 J. Esser, Transnationale Unternehmen und politische Regulierung, in: Perspektiven (Frankfurt), Nr. 13, Juli '92, S. 30 ff., hier S. 32.

67 E. Altvater, Die Enttäuschung der Nachzügler oder: Der Bankrott "fordistischer" Industrialisierung, in: B. Mahnkopf (Hrsg.), Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster 1988, S. 144 ff., hier S. 147.

chung der Arbeits- und Lebensbedingungen möglichst aller Lohnabhängigen (sei es durch "Flächentarifverträge" bzw. durch nationale Gesetze) gerichtet (68).

Die (bereits erwähnte) Krise der fordistischen Massengewerkschaften hat vor allem darin ihren Grund, daß vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Polarisierungs- und Segmentierungsprozesse das Konzept der universalistischen Interessenvertretung (mit dem ihm zugrunde liegenden Interessenbegriff) unterminiert bzw. in seiner politischen Durchsetzungsfähigkeit ausgehebelt wird. Die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der weltwirtschaftlichen Modernisierung wird größer - und wird zugleich gesellschaftspolitisch zementiert. Freilich verlaufen die neuen Linien der sozialen Ungleichheit nicht im traditionellen Sinne entlang einer Spaltung zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse, sondern überwiegend im System der abhängigen Arbeit selbst (69).

Die zunehmende soziale Ungleichheit in den 80er Jahren, die zunächst mit dem Begriff der "Zwei-Drittel-Gesellschaft" bezeichnet wurde, hatte verschiedene Ursachen: die relativ hohen Arbeitslosenzahlen, die Stagnation bzw. - in Europa - der Rückgang der Beschäftigung, dabei die wachsende "Feminisierung" der Erwerbsarbeit, d.h. die Konzentration der Frauenerwerbstätigkeit vor allem in den "bad jobs" (ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse) des Dienstleistungssektors. Da die neokonservative Politik gleichzeitig - über steuerliche Entlastungen - die Spitzeneinkommen begünstigte und - über den Abbau sozialstaatlicher Leistungen - die Sozialgruppen in den unteren und Rand-Segmenten des Arbeitsmarktes zusätzlich benachteiligte, öffnete sich in allen OECD-Ländern - vor allem jedoch in den USA - die Schere zwischen den "Reichen" (die oberen 20% in der Einkommenspyramide) und der Armutspopulation, die über weniger als 50% der Durchschnittseinkommen verfügen.

Die Schwäche der Gewerkschaften, die sich auch in dem allgemeinen Absinken der Streiktätigkeit in den 80er Jahren manifestierte, ist Bedingung und Resultat dieser Spaltungen im Kontext der Modernisierungseuphorie der 80er Jahre. Wo sie - wie z.B. in Deutschland oder in den skandinavischen Ländern - noch partielle Erfolge erzielen und folglich ihre Organisationsmacht relativ stabil halten konnten, setzte sich allerdings das Politikmuster eines "selektiven Korporatismus" durch, der zwar noch Verbesserungen für die Kernbelegschaften im industriellen und staatlichen Sektor (z.B. Arbeitszeitverkürzung) durchzusetzen vermochte, sich aber zugleich mehr und mehr von den Interessen der marginalisierten Schichten der Arbeiterklasse entfernte (70). Adrew Glyn hat die für die 80er Jahre charakteristische Tendenz zur Verstärkung sozialer Ungleichheit folgen-

---

68 Vgl. u.a. W. Müller-Jentsch, Flexibler Kapitalismus und kollektive Interessenvertretung, in: Ders. (Hrsg.), Zukunft der Gewerkschaften, Frankfurt/New York 1988, S. 9 ff., hier S. 12.

69 "In den 80er Jahren verschob sich das Klassenprofil der amerikanischen Gesellschaft fast wie bei einem Erdbeben. Die Ränder - Armut und Reichtum - drifteten weiter auseinander und im Boden zwischen den Extremen taten sich Risse und Spalten auf, als wäre die Spannung zu groß geworden. Ganze Berufsgruppen und Subpopulationen - Farmer, Metallarbeiter, ledige Mütter - rutschten langsam in die Tiefe, während andere - kleine Angestellte und auch manche Akademiker samt Familie - sich abstrampeln müssen, um nicht auch ins Rutschen zu geraten". B. Ehrenreich, Angst vor dem Absturz, a.a.O., S. 194/195. Daniel Bell bemerkte 1987: "In soziologischer Hinsicht ist der Zerfall der 'Mittelklasse' die bedeutsamste Veränderung. Der Begriff war nie ganz genau definiert, existierte aber als psychologische Realität in der Selbstdefinition des wohl größten Teils der amerikanischen Gesellschaft. Heute gibt es nur mehr wenig Fixpunkte für eine solche Selbstdefinition. Die Zersplitterung der traditionellen Familie hat es mit sich gebracht, daß die Realeinkommen der Mittelklasse aus dem Gleichgewicht geraten sind; diese Divergenz wird bestehen bleiben. Der Erwerb eines Hauses, in den vergangenen vierzig Jahren Grundlage des Selbstbewußtseins der Mittelklasse, ist für viele unerschwinglich geworden. Die steigenden Kosten für Haushaltshilfen machen eine Revision des bisher selbstverständlichen Lebensstandards der Mittelklasse notwendig". D. Bell, Kulturkriege. Intellektuelle in Amerika, 1965-1990, in: M. Meyer (Hrsg.), Intellektuellendämmerung, München 1992, S. 113 ff., hier S. 167.

70 Vgl. schon Anfang der 80er Jahre J. Esser, Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt/Main 1982.

dermaßen zusammengefaßt: "Cuts in expenditure on social welfare, reductions in the progressiveness of the tax system, the increased weight of unearned income and capital gains during the 1980s, represented a reversal of the egalitarian trend, even in those countries where commitment to full employment was consciously preserved" (71).

4. "Europhorie" - Die "Goldenen Achtziger"

4.1. Das Binnenmarkt-Projekt

Wir können nunmehr dazu übergehen, die Dynamik der EG-Integration zwischen 1985 (Vorlage des "Weißbuches zur Vollendung des Binnenmarktes") bis zu den Vereinbarungen von Maastricht (Dezember 1991) im Kontext der in den vorangehenden Abschnitten skizzierten Transformationsprozesse in den Strukturen der Weltwirtschaft, des staatlichen Handelns sowie der Gesellschaften der kapitalistischen Metropolen zu verorten. Der Wandel vom "Europessimismus" zur "Europhorie" um die Mitte der 80er Jahre reflektierte sowohl die Belebung des Wirtschaftswachstums in Europa als auch das hohe Maß an Konvergenz, das die Orientierungen der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten - vor allem im Hinblick auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes - auszeichnete. Dieses Kernprojekt der Integrationspolitik war sowohl Antwort der Europäer auf die neuen Herausforderungen der Weltmarktkonkurrenz (Triade) als auch - in seiner konzeptionellen Ausgestaltung - Ausdruck des neoliberalen Konsensus, der die Politik der weltmarktorientierten Modernisierung flankierte und für eine stabile Interessenkoalition zwischen den Regierungen und den europäischen TNKs sorgte. Dabei fungierte die Achse Bonn-Paris gleichsam als eine "Antriebswelle", die immer wieder britische "Störmanöver" zu neutralisieren hatte.

"Es waren also", so resümiert Johann Welsch, "vor allem *globale ökonomische Gründe*, die dem europäischen Integrationsgedanken seit Mitte der 80er Jahre überraschend schnell zum Durchbruch verhalfen. Die westeuropäischen Länder in ihrer Gesamtheit haben in dem seit Mitte der 70er Jahre um sich greifenden weltweiten Innovationswettlauf einen schweren Stand. Der Kampf um Anteile auf den expandierenden Märkten für neue technologieintensive Güter ist härter geworden. Nicht nur die traditionellen Konkurrenten aus den USA und Japan, auch neue Wettbewerber aus den fortgeschrittenen Schwellenländern vor allem des pazifischen Raums versuchen, am Wachstum dieser Märkte zu partizipieren. ... Mit der Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes versucht die EG nunmehr einen 'Befreiungsschlag', um aus dem Geflecht wirtschaftlicher Probleme endgültig auszubrechen. Gleichzeitig soll mit diesem Projekt das Fundament gelegt werden, um den technologischen Herausforderungen aus Japan und den USA in Zukunft besser begegnen zu können" (72).

---

71 A. Glyn, The costs of stability: the advanced capitalist countries in the 1980s, in: New Left Review, 195/1992, S. 71 ff., hier S. 82; vgl. dort auch die Daten zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit sowie zur Polarisierung der Einkommensverteilung.

72 J. Welsch, Branchenreport 1989/90, in: M. Kittner (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1990, Köln 1990, S. 193 ff., hier S. 195 f.; vgl. auch F. Deppe/ K. P. Weiner (Hrsg.), Binnnemarkt '92, a.a.O., S. 14 ff.; M. Bonder u.a., Deutschland ..., a.a.O., S. 79 ff.; über die "technologische Lücke" als Ursache der "Revitalisierung" der Forschungs- und Technologiepolitik in der EG vgl. M. Felder, Forschungs- und Technologiepolitik...,a.a.O., S. 90 ff.

Das Neue dieses Projektes, das schließlich schon in den Römischen Gründungsverträgen der EWG (1957/58) als Ziel proklamiert worden war, finden wir - so M. Bonder, B. Röttger und G. Ziebura - "in den veränderten weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen, die zur Ablösung der nachfrageorientierten keynesianischen Nachfragesteuerung durch die auf Befreiung der Marktkräfte eingeschworene, neokonservative Angebotsstrategie führte" (73). Das wichtigste Dokument, in dem die positiven Wirkungen der Marktliberalisierung - im Sinne eines "Angebotsschocks" - auf Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit geradezu emphatisch prognostiziert wurde, war der sog. "Cecchini-Bericht" aus dem Jahre 1987 (74). Der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, sprach im Blick auf die Auswirkungen des Binnenmarktes von einer "stillen Revolution": "Zunehmende Integration und Interdependenz haben eine Logik und eine Zugkraft, die die Europäer nach und nach dahin bringen werden, daß sie die Entwicklung der vier Schlüsselbereiche - Währung, Technologie, Soziales, gemeinsame Außenpolitik - gemeinsam steuern" (75).

Wie in der Gründerphase der EWG nach dem Zweiten Weltkrieg konstitutiert sich über das gemeinsame Interesse an Wirtschaftswachstum und Modernisierung eine relativ stabile Kohärenz der Interessen der beteiligten Akteure. Die Entwicklungsunterschiede zwischen den Zentrums- und Peripheriestaaten der EG (hier vor allem die neuen Mitglieder aus dem Mittelmeerraum) (76) wirkten dabei nicht als Blockade; denn die Staaten der Peripherie erwarteten vom Binnenmarkt einen nachhaltigen Wachstums- und Modernisierungsschub, zugleich aber auch höhere, kompensatorische Zuwendungen aus den "Strukturfonds" der EG. Auch zwischen dem Management der TNK (und den Unternehmensverbänden) sowie den Interessenvertretungen der Lohnabhängigen (Betriebsräte und Gewerkschaften) zeichnete sich eher eine Konvergenz der Interessen ab. Der Binnenmarkt versprach mehr Wachstum und Beschäftigung; gleichzeitig - so Jacques Delors - sei ein "europäischer Sozialraum" zu schaffen, in dem "die Bedingungen für Arbeit, Ausbildung und Meinungsäußerung der Arbeitnehmer im Betrieb ... im Wege der Konzertation wie auch der Gesetzgebung einander genähert werden (müssen) " (77).

4.2. Die veränderten weltwirtschaftlichen und weltpolititischen Rahmenbedingungen

Dennoch vollzog sich der "Große Sprung" zum Binnenmarkt in einem weltwirtschaftlichen und -politischen Umfeld, das sich gegenüber der Nachkriegsära bzw. der Hochzeit des "Kalten Krieges" in den 50er und 60er Jahren erheblich gewandelt hatte:

- Noch existierte die Sowjetunion und das "sozialistische Staatensystem" (RGW, Warschauer Pakt) - noch wagte niemand, den bald bevorstehenden Zusammenbruch dieser Ordnungen vorauszusagen. Gleichwohl hatten sich - mit dem Beginn der Koexistenzpolitik seit den frühen 70er Jahren und im Zeichen der KSZE-Politik - namentlich die Beziehungen zwischen West- und Ost-Europa erheblich entspannt. Diese Tendenz wurde noch

---

73 M. Bonder u.a., Deutschland ..., a.a.O., S. 85.

74 P. Cecchini, Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden 1988.

75 Ebd., S. 9.

76 Vgl. dazu u.a. H.J. Axt, Modernisierung durch EG-Mitgliedschaft? Portugal, Spanien und Griechenland im Vergleich, in: M. Kreile (Hrsg.), Die Integration Europas, PVS, Sonderheft 23/1992, S. 209 ff.

77 J. Delors, in: P. Cecchini, Europa 92, a.a.O., S. 11; vgl. dazu auch ders., Das europäische Gesellschaftsmodell, in: ders., Das neue Europa, München/Wien 1993, S. 59 ff.

durch die neue sowjetische Außenpolitik unter Michail Gorbatschow verstärkt (78). Dessen Propagierung eines "Gemeinsamen Europäischen Hauses" wurde weniger als Bedrohung, denn als mögliche Überforderung gesamteuropäischer Kooperationsbeziehungen im Bereich der Wirtschaft, der Kultur und schließlich auch der Sicherheitspolitik angesehen. Vor allem die US-amerikanische Außenpolitik unter Ronald Reagan witterte hier stets die Gefahr einer zusätzlichen Aufweichung der atlantischen Bündnisbeziehungen und damit der Führungsposition der USA. Die Festigung der Achse Bonn-Paris im Integrationsprozeß (vor allem auch im Bereich der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, EPZ, die in der EEA zum ersten Mal in die europäischen Vertragswerke aufgenommen worden war) mußte solchen Argwohn bestärken; denn die französische Politik hatte traditionell (und im Interesse der politischen Rolle Frankreichs in Europa und der Welt) die Stärkung europäischer Autonomie betrieben, während die Bundesrepublik Deutschland die engsten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Sowjetunion sowie zu den anderen Staaten Ost- und Mitteleuropas unterhielt. Die konservative Presse im angelsächsischen Bereich rückte so stets den "Genscherismus" in die Nähe von "Antiamerikanismus" (79).

- Daraus folgt auch, daß sich der in der Periode des Kalten Krieges bestimmende Einfluß des Ost-West-Gegensatzes - als der primären Konfliktkonstellation der Weltpolitik - auf die europäische Integrationspolitik abgeschwächt hatte. Die Politik der weltmarktorientierten Modernisierung - mit dem "Binnenmarkt '92" als dem integrationspolitischen Kernprojekt - reagierte in erster Linie auf die veränderten Konkurrenzverhältnisse in den entwickelten Sektoren des Weltmarktes (Triade). "Beinahe ausschließlicher Bezugspunkt der Integration wurde die ökonomische Entwicklung im Westen, im kapitalistischen Segment der Weltwirtschaft" (80). Als Bedrohung wurde eher die Haushalts- und Zinspolitik der Reagan-Administration in den USA empfunden, die - über den Abzug von spekulativem, zinstragendem Kapital aus Westeuropa - dort die Investitionsbereitschaft dämpfte und - über die Wirkungen dieser Politik auf den Wechselkurs des US-Dollar - die internationalen Handelsbeziehungen verunsicherte. Entscheidend aber war die damit verbundene Auflösung der hegemonialen Ordnung der Nachkriegszeit - mit anderen Worten: die USA wandelten sich "from a benevolent to a predatory hegemon" (81).

Auf der anderen Seite wurde die "japanische Herausforderung" als eine Bedrohung nicht nur von Marktpositionen (von der Automobilindustrie und der Unterhaltungselektronik bis hin zu den Software-Segmenten der modernen Kommunikationsindustrien), sondern vor allem auch der mittel- und langfristigen Wettbewerbs- und Überlebensfähigkeit der

---

78 M. Gorbatschow, Perestroika (München 1987, S. 247), eröffnete das Kapitel "Europa in der sowjetischen Außenpolitik" mit den folgenden Sätzen: "Meine erste Auslandsreise als Generalsekretär des ZK der KPdSU führte mich im Oktober 1985 nach Frankreich ... Francois Mitterand sprach aus, was mir damals als Idee wichtig erschien. 'Weshalb', so fragte er, 'sollen wir nicht die Möglichkeit einer schrittweisen Annäherung an eine umfassende europäische Politik in Betracht ziehen?' Ein Jahr später erklärte er in Moskau: 'Es ist notwendig, daß Europa erneut zum Handlungsträger seiner eigenen Geschichte wird, um somit im vollen Umfang seiner Rolle als Gleichgewichts- und Stabilitätsfaktor in internationalen Angelegenheiten gerecht werden zu können'. Meine Überlegungen gingen in dieselbe Richtung".

79 Darin spiegelte sich freilich auch - vor allem in den USA - die Verunsicherung über die Kraft und politische Bedeutung der europäischen - vor allem der deutschen - Friedensbewegungen zu Beginn der 80er Jahre; als eine politische Reaktion hierauf, zugleich als Plädoyer für die Festigung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, vgl. H.P. Schwarz, Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Suttgart 1985; diese Argumentationslinie wird Anfang der 90er Jahre fortgeführt bei Arnulf Baring, Deutschland - was nun?, Berlin 1991.

80 M. Bonder u.a., Deutschland..., a.a.O., S. 82.

81 R. Gilpin, The Political Economy..., a.a.O., S. 90.

westeuropäischen TNK in der Weltmarktkonkurrenz wahrgenommen. Hatten die deutschen Kapitalverbände noch in den 50er Jahren Streikaktionen der Gewerkschaften stets in den Zusammenhang kommunistischer Subversions- und Infiltrationsstrategien rücken wollen, so reagierten sie auf die Arbeitskämpfe um die 35-Stunden-Woche im Jahre 1984 mit der Warnung, daß die IG Metall in letzter Instanz als (unbewußte) Agentur des japanischen Kapitalismus fungiere; denn die Verkürzung der Wochenarbeitszeit schaffe nicht in Deutschland, sondern in Japan Arbeitsplätze.

- Auch ein dritter, qualitativer Unterschied resultiert aus dem Zusammenhang von weltmarktorientierter Modernisierung und gesellschaftspolitischen Umbrüchen in den Staaten der EG bzw. der Triade. Die Stabilität der Nachkriegsordnung beruhte unter anderem auf der Hegemonie der USA; diese wirkte noch in einer funktionalen Äquivalenz zwischen transnationaler Marktliberalisierung (z.B. im Rahmen des GATT bzw. der EWG) und nationalem Keyesianismus. Die Aufgabe des keynesianischen Interventionsstaates bestand dabei nicht allein darin, antizyklische Wachstumsimpulse zu geben und - vor allem in der Phase der Rekonstruktion in den 50er Jahren - die Investitionsentwicklung zu steuern. Zugleich kam dem keynesianischen Wohlfahrts- bzw. Sozialstaat die Aufgabe zu, die "Früchte" des Wachstums und der Produktivitätssteigerung umzuverteilen, d.h. soziale Risiken und soziale Ungleichheit im Sinne eines "Klassenkompromisses", d.h. auch der Anerkennung einer starken Position vor allem der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Westeuropa, abzufedern.

In den 70er Jahren hatte sich das Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit nach links verschoben, was auf der Ebene der staatlichen Politik in den Reformdiskussionen dieser Jahre (Bildungsreform, Beschäftigungspolitik, Erweiterung von Partizipations- und Mitbestimmungsrechten der Lohnabhängigen) zum Ausdruck kam. Die "Gegenrevolution" des Neokonservatismus zentrierte sich daher auf den Wohlfahrtsstaat und die gewachsene Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Beide wurden als die Ursache der Wachstumsschwächen der kapitalistischen Marktwirtschaften sowie des zunehmenden Inflationsdruckes attackiert. "Offenkundige Konsequenzen der verlangsamten Kapitalakkumulation wie ansteigende Arbeitslosenzahlen, rapide wachsende Defizite der öffentlichen Haushalte sowie daraus resultierende Staatsverschuldung und die Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast etc. wurden als Ursache der Wachstumshemmung und Inflation gebranntmarkt und entzogen schon nach kurzer Zeit einer in traditionellen Bahnen agierenden keynesianischen Nachfragepolitik den Boden" (82). Die Erfolge dieser Politik waren daher nicht allein daran zu messen, wie weit die "Verstaatlichung" der Wirtschaft durch Privatisierung und Deregulierung zurückgeführt wurde; auch der erfolgreiche Kampf gegen den "Gewerkschaftsstaat" (exemplarisch exekutiert im Kampf der britischen Thatcher-Regierung gegen die Bergarbeitergewerkschaft in den Jahren 1983/84) wurde zum Schlüssel für die Revitalisierung der Ökonomie erklärt.

Auf den ersten Blick mag es paradox erscheinen, daß das Binnenmarkt-Projekt von einer breiten Mehrheit der europäischen Gewerkschaften unterstützt wurde. Noch in den 70er Jahren war die europäische Gewerkschaftsbewegung (wie die politische Linke insgesamt) gespalten. Ein starker Block von kommunistischen und linkssozialistischen Kräften (mit Ausnahme der kommunistischen Parteien in Italien und Spanien) lehnte die EWG/EG ab bzw. engagierte sich in den Beitrittsländern an der Spitze von Anti-EWG-Bewegungen

---

82 S. Krüger, Die Schaffung einer neuen Prosperitätskonstellation als Gestaltungsaufgabe der 90er Jahre, in: A. Schikoba u.a. (Hrsg.), Politische Ökonomie im Wandel. Festschrift für Klaus Peter Kisker, Marburg 1992, S. 77 ff., hier S. 80.

(83). In den 80er Jahren hat vor allem die Wende des britischen TUC zugunsten einer EG-freundlichen Haltung (84) den programmatischen Grundkonsensus der Gewerkschaften des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) gestärkt. Die Fundamentalkritik an der EG sowie am Binnenmarktprojekt, wie sie noch von der französischen KP sowie von der Gewerkschaft CGT vertreten wird (85), ist daher tendenziell in die Isolation geraten.

Gleichwohl folgt aus dem neuen, integrationspolitischen Konsens der Gewerkschaften des EGB keineswegs, daß ihre Gestaltungsmacht im Hinblick auf die EG-Politik zugenommen hat. Im Gegenteil - der Machtverlust, den zahlreiche nationale Gewerkschaften als Folge des politischen Siegeszuges des Neokonservatismus hinnehmen mußten, reflektiert sich zugleich auf der Ebene der internationalen Organisationen, die keineswegs über die Kraft zur Kompensation verfügen. Die Zustimmung des EGB zum Binnenmarktprogramm war mit der Erwartung bzw. der Forderung verbunden, daß dessen Verwirklichung durch eine parallele rechtliche und institutionelle Ausgestaltung der "sozialen Dimension" bzw. der "sozialen Kohäsion" der EG zu begleiten ist. Kernpunkte dieser Programmatik waren die Erhöhung der Mittel für die "Sozialfonds" der EG, die rechtliche Absicherung von Partizipationsrechten der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften in den europäischen Unternehmen sowie die Durchsetzung einer rechtsverbindlichen EG-Charta von "sozialen Grundrechten" bzw. von sozialen Mindeststandards in der Gemeinschaft. Die "Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte", die der Europäische Rat im Dezember 1989 gegen die Stimme Großbritanniens verabschiedete, mußte die Gewerkschaften enttäuschen; denn sie blieb weit hinter ihren Forderungen zurück und wurde zudem als "feierliche Erklärung", nicht aber als rechtsverbindliche Akte gefaßt (86). Diese Niederlage der Gewerkschaften war zugleich Ausdruck ihrer Schwäche; das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hatte sich nicht allein auf der nationalen, sondern auch auf der Ebene der EG-Politik drastisch zu ihrem Nachteil verschoben. Die Spezifik der Dynamisierung der europäischen Integrationspolitik in der zweiten Hälfte der 80er Jahre besteht daher auch darin, daß der Intensitätsgrad der innen- und gesellschaftspolitischen Auseinanderssetzungen und Konfliktpotentiale sich deutlich abgeschwächt hatte (87).

---

83 Vgl. dazu u.a. F. Deppe (Hrsg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976; H. Timmermann, Zwischen Weltbewegung und regionaler Intgration - die Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien, in: W. Wessels (Hrsg.), Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa, Bonn 1976; F. Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92", FEG-Arbeitspapier Nr. 1, Marburg 1990, S. 45 ff.

84 Vgl. T. Schulten, In or out of Europe? Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Großbritannien, in: F. Deppe/K.P. Weiner (Hrsg.), Binnnemarkt '92, a.a.O., S. 109 ff., bes. S. 130 ff.

85 Vgl. dazu u.a. Ph. Herzog, Europe 92: construire autrement et autre chose, Paris 1989.

86 Vgl. dazu u.a. F. Deppe, Zur Diskussion..., a.a.O., S. 23 ff.; M. H. Bobke, Soziale Grundrechte in der Gemeinschaft, in: F. Deppe/K.P.Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, FEG-Arbeitspapier, Nr. 4, Marburg 1991, S. 51 ff.

87 Die politische Linke dagegen war nicht in der Lage, "politische Konzeptionen anzubieten, die mehrheitsfähig gewesen wären und einen perspektivischen sozialistischen Ausweg aus dieser Krise des Kapitalismus (in den 70er Jahren, F.D.) gewiesen hätte. In Ländern, in denen Sozialisten oder Sozialdemokraten die Regierung stellten, wurde zunächst versucht, der sich hartnäckig mit stagnativem Grundton bei anhaltender Kaufkraftentwertung des Geldes entwickelnden Kapitalakkumulation (sog. Stagflation) mit einem mehr oder weniger umfassenden Rückgriff auf das Instrumentarium des keynesianischen Interventions- und Sozialstaates beizukommen - meistenteils unter Mißachtung des Umstands, daß man es mit einer strukturellen und keineswegs nur kurzfristig-zyklischen Überakkumulationssituation zu tun hatte". S. Krüger, Schaffung einer neuen Prosperitätskonstellation, a.a.O., S. 80.

4.3. Erste Zwischenbilanz

Fassen wir zunächst einmal den Gang der Argumentation zusammen. Die integrationspolitische Dynamik in der zweiten Hälfte der 80er Jahre manifestierte sich in einer Reihe wichtiger und erfolgreicher Entscheidungen: von der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) sowie der schrittweisen Implementierung des europäischen Binnenmarktes über die Einführung der ersten Stufe der Währungsunion im Jahre 1990 auf der Basis des Europäischen Währungssystems (EWS) bis zur Effektivierung der Arbeit der EG-Kommission unter Jacques Delors, verbunden mit einer schrittweisen Umschichtung ihrer Haushaltsmittel von der Agrarpolitik zu den Strukturfonds sowie zu weiteren Politikfeldern.

Die Konvergenz der Interessen der Regierungen der 12 EG-Mitgliedstaaten wurde durch die folgenden ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen gleichsam angetrieben: a) durch die neuen, weltwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse, b) durch die zunehmende Bedeutung der transnationalen monetären und finanzkapitalistischen Sphäre als Quelle der spekulativen Profitvermehrung, c) durch die strukturelle Verbesserung der Wachstumsbedingungen seit 1985, die eine deutliche Erhöhung der Investitionsquote, ein Ansteigen der Beschäftigung sowie eine deutliche Verbesserung der Kapitalrentabilität einschloß (88) sowie schließlich d) durch die Abschwächung jener externen Determinanten, die in der Gründerphase vermittels der "Überdeterminiation" westeuropäischer Politik durch den Ost-West-Gegensatz und die bipolare Machtstruktur des internationalen Systems wirkten.

Der Binnenmarkt sollte die Position der europäischen Wirtschaft in der Weltmarktkonkurrenz stärken. Zudem sollte die Institutionalisierung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) die eigenständige Rolle der EG in der Weltpolitik aufwerten. Darin deutete sich bereits der Übergang von der bi- zu einer multipolaren Weltordnung an, der sich nach 1989 noch beschleunigen sollte (89). Eine tiefgreifende Umwertung der "Machtwährungen" in der internationalen Politik schien sich anzukündigen: war die bipolare Ordnung noch durch die Verfügung über militärische - vor allem atomare - Machtressourcen charaktersiert, so gewann nunmehr die Verfügung über Ressourcen "struktureller Macht" (Susan Strange) - über Kapital und Waren, über Technologie, Forschungs- und Innovationspotentiale sowie über qualifizierte Arbeitskräfte - zunehmend an Bedeutung. Es ist wahrscheinlich, so R. W. Tucker im Jahre 1990, "daß die verbleibende Macht in wachsendem Maße ökonomisch bestimmt sein wird und weitgehend die Form von Handels- und Finanzüberschüssen annehmen wird. Wenn die Macht gemessen werden soll, dann wird der wirtschaftliche Reichtum der Nationen mehr und mehr durch die Verfügung über Kapital und Waren auf dem Weltmarkt definiert werden" (90).

---

88 "Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts übertreffen seit 1985 mit durchschnittlich jährlich 3 Prozent die Raten der Periode von 1974 bis 1981, die im Durchschnitt bei 2 Prozent lagen. Die Bruttoanlageinvestitionen, die von Mitte der 70er bis Mitte der 80er Jahre im Durchschnitt rückläufig waren, verzeichnen seit 1985 wieder Zuwachsraten, die sich mit denjenigen der 60er Jahre messen können. Die Inflationsraten haben sich deutlich zurückgebildet, und die Wachstumsraten der Beschäftigung übersteigen seit 1985 deutlich den Durchschnitt des Zeitraums von 1961 bis 1973, nachdem sie von Mitte der 70er Jahre bis Mitte der 80er Jahre ein negatives Vorzeichen trugen". K. Busch, Umbruch in Europa, Köln 1991, S. 75/76.

89 Vgl. u.a. F. Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz, a.a.O., S. 146 ff.

90 R. W. Tucker, 1989 and all that, in: Foreign Affairs, Jg. 69 (1990), No. 4, S. 93 ff., hier S. 106/7; vgl. auch in diesem Sinne das Handelsstaats-Theorem von R. Rosecrance, Der neue Handelsstaat, Frankfurt/New York 1987, sowie das Zivilmacht-Theorem von H. W. Maull, Germany and Japan: the new civilian powers, in: Foreign Affairs, Jg. 69 (1990), No. 5, S. 91 ff., sowie ders., Zivilmacht Bundesrepublik? Das neue

Die Machtverschiebung im internationalen System drückt sich freilich nicht allein in den quantitativen Dimensionen der Verfügung über wirtschaftliche, finanzielle, wissenschaftliche etc. Macht aus; denn diese sind ihrerseits Ausdruck gesellschaftlicher (i.e. Klassen-) Verhältnisse sowie von Strategien ökonomischer, sozialer und politischer Akteure. Der Primat der Ökonomie über die Politik bedeutet daher zugleich, daß Kapitalakkumulation und Marktprozesse zunehmend von staatlich-politischer Regulation bzw. von deren Kontrolle (incl. der Gegenmacht sozialer, kollektiver Akteure) entbunden werden. "Die vom hegemonialen Abstieg der USA bedingte Machtdiffusion verteilte die Macht nicht nur auf andere Nationalstaaten, sondern auch auf nichtstaatliche Akteure. Der Nationalstaat als Regulierungsinstanz hat dabei an Macht verloren. Er kann sich oft nur noch den Strukturen und Verhaltensweisen anpassen, die vom globalen Finanzmarkt und den transnationalen Konzernen vorgegeben werden" (91).

Die durchaus erfolgreiche Konzentration der EG-Politik auf das Binnenmarktprojekt seit 1985 korrespondierte mit diesem Strukturwandel. Als "Befreiungsschlag" zielte es auf transnationale Marktliberalisierung durch die Beseitigung nach wie vor in der EG bestehender Marktbarrieren (vor allem politischer Natur, wie z.B. die sog. nicht-tariffären Handelshindernisse, die Harmonisierung der Steuersysteme sowie die Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens). Die Regierungen, die das Projekt unterstützten, erwarteten von seiner erfolgreichen Realisierung (und damit auch von den erwarteten Wachstums- und Wohstandseffekten) eine zusätzliche Schubkraft für ihre Politik der weltmarktorientierten Modernisierung, die mit der neokonservativen Hegemonie, d.h. mit der Inangriffnahme der "Entstaatlichung" von Wirtschaft und Gesellschaft, bereits seit dem Ende der 70er Jahre in die Wege geleitet worden war.

Gleichwohl lassen sich aus dem Begriff der objektiven Bedingungen der Integrationspolitik noch keine hinreichenden Erkenntnisse über den *politischen* Prozeß ihrer Durchsetzung und Implementierung gewinnen. EG-Politik ist - wie schon die einleitenden Hinweise auf die "Normalität" ihrer Krisen verdeutlichen sollten - ein nicht-linearer und komplexer Prozeß, dessen Geheimnisse - in der Spannung zwischen EG-System, Intergouvernementalität und nationaler Interessenwahrung - stets von neuem die politikwissenschaftlichen Integrationstheoretiker zur Verzweiflung gebracht hat. Im folgenden Abschnitt wird daher zu fragen sein, in welchem Maße *erstens* die Konvergenz der Interessen der politischen Akteure durch die ökonomischen Binnenstrukturen in der EG erhöht wurde, und welche Instrumente der politischen Steuerung des Binnenmarktprozesses *zweitens* im EG-System selbst vorhanden waren bzw. neu entwickelt wurden, um so die eigenständige Rolle von EG-Institutionen im Integrationsprozeß zu verstärken. Diese Fragestellung impliziert die Hypothese, daß trotz der allgemein konstatierten Dominanz der neoliberalen Deregulierungspolitik die Realisierung des Binnenmarktes ohne politische Steuerung bzw. Regulation unmöglich ist - mehr noch: daß diese Prozesse neue Formen politischer Steuerung erfordern, deren Inhalte, Zwecke und institutionelle Absicherung natürlich im konkreten Prozeß der intergouvernementalen Willens- und Kompromißbildung heftig umstritten sind.

Deutschland in der internationalen Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1993, S. 934 ff.

91 M. Bonder u.a., Deutschland in einer neuen Weltära, a.a.O., S. 51.

5. Die Binnenstruktur der Integration

5.1. Ökonomische Verflechtung und EWS

Seit der Gründung der EWG (1958) hat sich die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Ökonomien der Mitgliedstaaten beständig erhöht. Wurde Ende der 50er Jahre ca. 35 Prozent ihres Außenhandels als "innergemeinschaftlicher Handel" abgewickelt, so stieg dieser Anteil auf ca. 50 Prozent im Jahre 1984 und auf 60 Prozent im Jahre 1992. Die Inangriffnahme des Binnenmarktprojektes seit 1985 hat also noch einmal den innergemeinschaftlichen Handel belebt. Die Handelsverflechtung erzeugt Interdependenz sowie das gemeinschaftliche Interesse an der Sicherung der geld- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen des Gemeinsamen Marktes.

Zudem hat sich die Tendenz verstärkt, daß mit der Verdichtung der innergemeinschaftlichen Handelsbeziehungen der interindustrielle gegenüber dem intraindustriellen Austausch abgenommen hat. Der Anteil der Erzeugnisse der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer z.B. hat im Austausch zwischen den EG-Staaten zugenommen. Da sich auch ein wachsender Teil der Direktinvestitionen in den modernen Wachstumsindustrien konzentriert, fördert dieser Prozeß die transnationale Ausbildung "aequivalenter Produktionsstrukturen" sowie der mit ihnen verbundenen Infrastrukturen (92). Freilich vollzieht sich dabei zugleich eine Neuordnung von Zentrum und Peripherie in der EG. "Der Angleichung metropolitaner Regionen steht die Ausdifferenzierung der Peripherie in altindustrielle Krisenregionen und marginalisierte Agrarräume des Südes gegenüber. Anders als in den neuen Peripherien des Nordens ist die gesellschaftliche Anpassungslast im traditionellen Süden ungleich größer. In beiden Fällen jedoch wird die gesellschaftliche und wirtschaftliche Polarisierung zwischen aufsteigenden und absteigenden Gesellschaftsschichten und Industriezweigen vorangetrieben" (93).

Die transnationale Verflechtung des Handels und der Direktinvestitionen sind zugleich Voraussetzungen für die Internationalisierung der Eigentumsbasis des Kapitals. Schon seit den späten 60er Jahren wird darüber disktuiert, ob mit der Herausbildung europäischer Konzerne - mit Produktionsstandorten und Verwaltungsapparaten in verschiedenen europäischen Staaten - zugleich die materielle Basis für die Etablierung supranationaler, politischer Strukturen in der Perspektive eines "westeuropäischen Staates" geschaffen werden (94). Bis weit in die 80er Jahre hinein dominierte jedoch die Form nationaler Konzerne, die durch Übernahme bzw. durch Gründung von Niederlassungen in anderen Staaten zu TNKs expandierten. Typisch "europäische Konzerne" - mit einer multinationalen Eigentumsbasis - blieben die Ausnahme. Erst im Zusammenhang mit der Inangriffnahme des Binnenmarktprojektes seit 1985 wurden nicht allein die Vorzüge der "economies of scale" angepriesen; ein zentrales Ziel des Projektes bestand gerade darin, daß sich - über verstärkte grenzüberschreitende Kooperation (insbesondere im Forschungs- und Entwicklungsbereich) - in den Hochtechnologiesektoren global wettbewerbsfähige europäische Konzerne bilden (95).

---

92 Vgl. K. Busch, Umbruch in Europa, a.a.O., S. 113 ff.

93 M. Bonder u.a., Deutschland..., a.a.O., S. 114/5.

94 Vgl. dazu u.a. E. Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt/Main 1968; K. Busch, Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals, Frankfurt/Main 1974.

95 Vgl. R. Jungnickel, Unternehmensstrategien im Binnenmarkt, in: O. G. Mayer (Hrsg.), Der europäische Binnenmarkt, Hamburg 1989, S. 77 ff.

Im Cecchini-Bericht wurde diese Zielsetzung wie folgt definiert: "Wenn ein europäisches Unternehmen durch die Nutzung der Größenvorteile, innerbetriebliche Anpassungen und die optimale Ausschöpfung seiner Personal- und Forschungsressourcen sich eine ausreichende Wettbewerbsfähigkeit gesichert hat, sind die idealen Voraussetzungen für die Zusammenarbeit mit außergemeinschaftlichen Partnern zur Erschließung neuer Märkte gegeben" (96).

Die empirische Entwicklung der Konzentrationsbewegung in der EG seit 1987 unterstreicht die These, daß nunmehr dauerhaft die "Zeit des Europakapitals" eingeläutet sei (97). Mit dem Binnemnarkt - so Jörg Goldberg - wird die Herausbildung "europäischer Unternehmensstrukturen" forciert. Mittelfristig wird so die "Möglichkeit einer tendenziellen Überwindung der nationalstaatlich bestimmten Internationalisierung" geschaffen (98). Thorsten Schulten faßt die neue Tendenz in der Konzentrationsbewegung zusammen: "Augenscheinlich gehört der Bedeutungszuwachs grenzüberschreitender Unternehmenszusammenschlüsse gegenüber nationalen Optionen zu den signifikantesten Entwicklungen der letzten Jahre. Die EG-Kommission interpretiert zurecht 'die erhebliche Zunahme der Gemeinschaftsfusionen und internationalen Zusammenschlüsse' als 'strategische Marktbewegungen der Unternehmen in Erwartung des einheitlichen Binnenmarktes 1992'. Der starke Zuwachs EG-weiter Konzentrationsprozesse deutet einen säkularen Trend an: so übersteigt im Erfassungszeitraum 1989/90 die Anzahl EG-weiter Unternehmenszusammenschlüsse erstmals die Anzahl nationaler Transaktionen. Ergänzt um den Anteil internationaler Operationen, der von Unternehmen aus den EFTA-Staaten abgewickelt wird, haben mittlerweile fast die Hälfte aller erfaßten Unternehmenszusammenschlüsse einen 'rein europäischen' Charakter" (99). Für die transnationalen Konzerne ist die grenzüberschreitende Verbundfertigung, die Koordinierung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie der Zuliefererstrukturen längst Realität geworden. "Unter den erweiterten Flexibilitätspotentialen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien ist eine Abstimmung verstreuter Fertigungsstätten im Rahmen eines gesteuerten europäischen Fertigungsprogramms möglich geworden" (100).

Die Erfolge, die seit 1985 bei der Implementierung des Binnenmarktes erzielt wurden, resultierten nicht allein daraus, daß die ökonomischen Akteure (die Unternehmen) in ihren Marktstrategien sowie in ihrem Investitionsverhalten schon dessen schließliche Realisierung antizipierten. Vielmehr wurde vermittels des Europäischen Währungssystems (EWS) seit 1979 ein Steuerungsmechanismus etabliert, der sowohl das Verhalten der ökonomischen als auch der politischen Akteure, hier vor allem der nationalen Regierungen und Notenbanken, im Sinne der wechselseitigen Anpassung, schließlich von Kohärenz beeinflußte. Das EWS-Regime sollte - zunächst auf der Grundlage eines deutsch-französischen Konsensus - der Herstellung einer "Stabilitätsgemeinschaft" in der EG dienen. Angesichts der Unsicherheiten, die von den Schwankungen des US-Dollar ausgingen, wurden zunächst die Kernwährungen der alten EWG in ein System fester Wechselkurse (mit relativ engen Bandbreiten) einbezogen.

---

96 P. Cecchini, Europa '92, a.a.O., S. 118.

97 M. Bonder u.a., Deutschland..., a.a.O., S. 112.

98 J. Goldberg, Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Ökonomie? in: F. Deppe u.a. (Hrsg.), 1992 - Projekt Europa, Köln 1989, S. 61 ff., hier S. 80.

99 T. Schulten, Internationalismus von unten. Euro-Betriebsräte in transnationalen Konzernen, Marburg 1992, S. 34/35; vgl. dort auch (S. 30 ff.) die empirischen Daten und deren Interpretation.

100 U. Bochum/H.R. Meißner, Das euro-flexible Unternehmen: Produktionsverflechtung, Logistiksysteme und neue Standorte im Binnenmarkt, in: F. Steinkühler (Hrsg.), Europa '92, Hamburg 1989, S. 81 ff., hier S. 88.

Dieses war freilich so gestaltet, daß es immer wieder neue Anpassungen (vor allem Aufwertungen der DM) zuließ (101).

Darüber hinaus zielte der EWS-Mechanismus auf die Herstellung einer Kohärenz der Haushalts- und Wirtschaftspolitik der beteiligten Regierungen. Indem die Inflationsbekämpfung - und die damit verbundene Haushaltsdisziplin ("Austeritätspolitik") - als Hauptziel anerkannt war, rückte - vor allem nach dem Scheitern des "französischen Experiments" (1981-1983) - die über Wechselkurs- und Geldwertstabilität abgesicherte, weltmarktorientierte Modernisierung in den Vordergrund, die sich zugleich mit den Erwartungen und Zielen des Binnenmarktprojektes deckte. Damit hatten die Regierungen (ob von Sozialisten wie in Frankreich und Spanien oder von Konservativen geführt wie in Deutschland und Großbritannien) eine Waffe in der Hand, um die Forderungen vor allem der Gewerkschaften abzuwehren. Staatliche Beschäftigungspolitik wurde fortan - soweit sie aus der keynesianischen "Philosophie" begründet war - für unmöglich erklärt ("Sachzwang Weltmarkt"); denn der nationale Verlust der Zinssouveränität wurde nunmehr ergänzt durch das EWS-Gebot, daß Währungsstabilität nur um den Preis der Haushaltsdisziplin zu haben war (102). Als staatliche "Beschäftigungspolitik" wurde die Deregulierung der Arbeitsmärkte propagiert. Die Aufweichung der kollektiven Schutzwirkung von Tarifverträgen und Arbeitsschutzgesetzen sollte über die Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitszeiten (Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigung) zugleich den hohen "Sockel" der existierenden Arbeitslosigkeit absenken.

Das erfolgreiche Funktionieren des EWS-Mechanismus in den 80er Jahren, das zugleich als Fundament für die weiteren Schritte der Währungsunion in den 90er Jahren dienen sollte, hatte also auch eindeutige klassenpolitische Funktionen. Die Abkehr vom nationalen Keynesianismus und die damit verbundene Demontage des nationalen Wohlfahrtsstaates wurde mit dem unausweichlichen Zwang zur weltmarktorientierten Modernisierung begründet und verstärkte so die Krise bzw. die Schwächung der Gewerkschaften in Westeuropa. "Unter dem Zwang des Weltmarkts fördert die EG (mit ihren Bestimmungen zur großangelegten Deregulierung, Privatisierung, Kommerzialisierung staatlicher Leistungen, etc.) die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, indem sie die Kapitalverwertung sozialen Konflikten entzieht und sie von den Kosten des Wohlfahrtsstaates teilweise entlastet. Auch aus diesem Grund hat dieser wenig Chancen, sich international neu zu konstituieren" (103). Außerdem wurde mit dem EWS-Regime zugleich die Rolle der DM als einer "Ankerwährung", damit die Rolle der Bundesbank als der dominanten Zentralbank in der EG, akzeptiert. Zumindest auf diesem Felde der Währungspolitik bestand somit eine eindeutige deutsche Hegemonie (104).

---

101 Zum Funktionsmechanismus des EWS, vgl. u.a. K. Busch, Umbruch in Europa, Köln 1991, S. 194 ff.; E. Altvater/B. Mahnkopf, Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung, Münster 1993, S. 80 ff.; M. Bonder u.a, Deutschland in einer neuen Weltära, a.a.O., S. 92 ff.

102 So z.B. die politisch einflußreiche Schrift von F. W. Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt/Main-New York 1987.

103 G. Zellentin, Staatswerdung Europas? in: R. Hrbek (Hrsg.), Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse, Baden-Baden 1993, S. 41 ff., hier S. 45. "Um den Anforderungen des Weltmarkts durch Konkurrenzfähigkeit genügen zu können, werden auch wohlfahrtsstaatliche Regelungen zunehmend nach Brüssel verschoben, um dort mit Hilfe der Gemeinschaftsmethode zugunsten der Wirtschaft entschieden werden zu können". Dies., Der Funktionalismus - eine Strategie gesamteuropäischer Integration?, in: M. Kreile (Hrsg.), Die Integration Europas, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 23/1992, S. 62 ff., hier S. 69.

104 Vgl. u.a. V. Rittberger, Nach der Vereinigung - Deutschlands Stellung in der Welt, in: Leviathan, 2/1991, S. 207 ff., bes. S. 212 ff. und S. 219 ff. ; schärfer formulieren A. S. Markovitz/ S. Reich, Deutschlands neues Gesicht: über deutsche Hegemonie in Europa., in: Leviathan, 1/1992, S. 15 ff., hier S. 29: die "DM-

5.2. Die EG als "Policy Maker".

Die Integrationsdynamik in der zweiten Hälfte der 80er Jahre resultiert - wie gezeigt wurde - aus dem Zusammenwirken verschiedener Faktoren. Im Binnenmarktprojekt bündelt sich gleichsam die Konvergenz der Interessen von nationalen Regierungen und der dominanten Kapitalfraktionen bzw. der TNKs sowohl an einer regionalen Modernisierungsstrategie im Kontext globaler Konkurrenz als auch an einer größeren Eigenständigkeit der Europäer in der sich wandelnden Weltpolitik. Die günstige internationale Konjunktur erweist sich dabei als eine positive Rahmenbedingung. Zugleich wird mit der zunehmenden Verflechtung im EG-Raum, aber auch vermittels der stabilisierenden Wirkungen des EWS das Integrationspotential verstärkt. So entsteht der politische Raum, in dem - zu dieser Zeit - erfolgreiches Handeln der EG-Institutionen möglich wird. Auf der einen Seite entwickelte die Kommission unter Jacques Delors zahlreiche Initiativen, um die schrittweise Durchsetzung des "Weißbuches" zu beschleunigen und die erste Stufe der Währungsunion ab dem 1. 7. 1990 in Kraft zu setzen. Dabei gelang es namentlich dem Präsidenten der EG-Kommission, durch seine Auftritte vor der Presse, bei internationalen Konferenzen, aber auch vor Gewerkschaftskongressen, eine breite Zustimmung auch nicht-staatlicher Akteure für das Binnenmarkt-Projekt zu mobilisieren. Noch 1990 wurde deshalb Jacques Delors - neben Michail Gorbatschow und Helmut Kohl - von Stanley Hoffmann als einer der "Männer des Jahres" bzw. der Epoche gefeiert (105).

Auf der anderen Seite erweiterten sich durch die EEA die Handlungsfelder der EG-Kommission auf die Forschungs- und Technologiepolitik (106) sowie die Umweltpolitik. Dazu kam die Effektivierung ihrer Arbeit durch die - ebenfalls von Jacques Delors forcierte - Umschichtung innerhalb des Haushaltes der EG. Wenngleich die Ausgaben für die Agrarpolitik nach wie vor den höchsten Anteil in Anspruch nehmen, so ist es doch gelungen, diesen Anteil von 72% im Jahre 1980 auf 65% im Jahre 1991 zu senken. Gleichzeitig erhöhten sich die Mittel für die Strukturfonds sowie die Industriepolitik beträchtlich - von zusammen 9% im Jahre 1980 auf 23,5% im Jahre 1991 (107). Zusammen mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) wachsen der Kommission damit Steuerungs- und Regulationsfunktionen zu, die als Elemente eines eigenständigen politischen Systems der EG an Bedeutung gewonnen haben. Solche Funktionserweiterungen wurden akzeptiert, soweit sie a) mit der Grundkonzeption des Binnenmarktprojektes ("Marktliberalisierung") übereinstimmten und/oder b) - wie im Falle der Regionalpolitik - dazu beitragen, kompensatorisch auf das sozialökonomische Entwicklungsgefälle einzuwirken und damit die Akzeptanz des Binnenmarktprojektes in den peripheren Regionen der EG - vor allem im Mittelmeerraum - zu erhöhen. Diese neue Integrationsdynamik macht deutlich - so V. Schneider und R. Werle (1989) -, daß bislang offensichtlich "die wirtschaftsstrukturellen und rechtlich-institutionellen Integrationszwänge unterschätzt (worden waren), die, wie es nun scheint, unter der Oberfläche der Stagnation und Politikblockade eine stetig zunehmende Intensität des Prozesses der

---

induzierte, markt-bestimmte Nach-Auschwitz-Hegemonie der Bundesrepublik (dürfte) sich als erheblich mächtiger und langlebiger erweisen als die vermittels der Nazi-Panzer ausgeübte Herrschaft".

105 S. Hoffmann, Abschied von der Vergangenheit. Politik und Sicherheit im Europa der 90er Jahre, in: Europa-Archiv, Jg. 45 (1990), Heft 20, S. 595 ff.

106 Vgl. insb. M. Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, FEG-Studien, Nr. 1, Marburg 1992; ders., Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI, FEG-Arbeitspapiere, Nr. 8, Marburg 1993.

107 Vgl. die Daten in J. Harrop, The political economy of Integration in the European Community, Aldershot 1992, S. 221.

europäischen Integration bewirkt haben und heute im Begriff sind, einen neuen Schwellenwert zu überschreiten" (108).

Auf den ersten Blick mag es erstaunlich erscheinen, daß - von einigen Ausnahmen in der US-amerikanischen Literatur abgesehen (109) - angesichts dieser Entwicklungsprozesse, die mit den Vereinbarungen von "Maastricht" im Dezember 1991 gleichsam ihre "Krönung" erfuhren, die neofunktionalistische Integrationstheorie keineswegs eine Renaisance erlebte (110). Die fortbestehende Skepsis gegenüber dem Sachzwang eines "spill over" vom wirtschaftlichen zum politischen Bereich, der mit der Übertragung nationalstaatlicher Souveränität auf supranationale Institutionen einhergeht, wurde auch durch die "Maastricht"-Euphorie, die noch Anfang 1992 vorherrschte, nicht aufgelöst. "Die von den Neofunktionalisten für notwendig gehaltene zentrale Konvergenzverstärkung ist ... nicht abzusehen. Dagegen stehen einerseits die Unternehmerinteressen auf übernationaler Ebene, denen in einem Überstaat die Möglichkeit verloren ginge, sich durch intergouvernementale Entscheidungen auf kleinstem europäischen Nenner den nationalen wohlfahrtsstaatlichen Belastungen zu entziehen. Andererseits sind die Regierungen zu Souveränitätsverzichten nicht bereit" (111).

Der Souveränitätsverlust des Nationalstaates - als Folge der Transnationalisierung/Globalisierung der kapitalistischen Ökonomie und insbesondere der relativen Verselbständigung der Finanzsphäre - führt demnach keineswegs zwingend zur Institutionalisierung trans- bzw. supranationaler Regulationsformen, die an die Stelle des Nationalstaates treten. Daß gerade im Raum der EG, wo im Unterschied zu den beiden anderen Zentren der Triade die Integration inzwischen eine lange Geschichte hat und am weitesten vorangeschritten ist, dieser "spill over" sich nicht vollzogen hat, bestätigt einmal mehr die These, daß der Nationalstaat nicht "abstirbt", sondern daß sich seine Funktionen (im Übergang zum Postfordismus) verändern (112). "Da ein umfassender Weltstaat nicht existiert und unter kapitalistischen Bedingungen auch nicht existieren kann, ist eine durch einen kohärenten institutionellen Apparat vermittelte und abgestützte Verdichtung der ökonomisch-sozialen Beziehungen zu einem längerfristig bestandsfähigen Akkumulations- und Regulationsmodus auf globaler Ebene eher unwahrscheinlich. Der Weltkapitalismus bleibt ein System relativ voneinander unabhängiger und locker verbundener nationaler und regionaler Reproduktionszusammenhänge, deren ökonomisch-politisches Verhältnis durch ein

---

108 V. Schneider/R. Werle, Vom Regime zum korporativen Akteur. Zur institutionellen Dynamik der Europäischen Gemeinschaft, in: B. Kohler-Koch (Hrsg.), Regime in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden 1989, S. 409 ff., hier S. 409.

109 Vgl. dazu die Hinweise bei G. Zellentin, Der Funktionalismus..., a.a.O., S. 68/69; auch bei L. Thurow, Head to Head, a.a.O., sowie bei D. Burstein, Weltmacht Europa, a.a.O. wird - z.T. recht naiv - vom "spill over" von der wirtschaftlichen zur politischen Integration ausgegangen.

110 Vgl. dazu die nüchterne Bilanz bei J. Bellers/E. Häckel, Theorien internationaler Integration und internationaler Organisationen, in: V. Rittberger (Hrsg.), Theorien der internationalen Beziehungen, PVS-Sonderheft 21, Opalden 1990, S. 286 ff. Die Autoren werfen auch die Frage auf (ohne freilich den gesamten Strang der "Regime"-Debatte oder der Regulationstheorien zur Kenntnis genommen zu haben), "warum die Neubelebung der Europapolitik, die in der Mitte der 80er Jahre eingesetzt hat (EEA, Vollendung des Binnenmarktes, Süderweiterung der EG), nicht auch eine Wiederbelebung der Theoriedebatte auszulösen vermochte. Erklärungsbedürftig ist dieser neuerliche Aufschwung ja durchaus; die 'alten' Theorieansätze genügen dafür nicht. Es scheint, daß der gegebene Anlaß allein die Theoriebildung nicht hinreichend beeinflussen kann" (S.298).

111 G. Zellentin, Der Funktionalismus..., a.a.O., S. 73.

112 Vgl. u.a. F. Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz, a.a.O., S. 107 ff.; G. Ziebura, Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration. Der Fall Frankreich, in: H.A.Winkler/H. Kaelble (Hrsg.), Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 34 ff., bes. S. 40 ff.

institutionell eher schwach ausgeprägtes internationales Regulationssystem koordiniert wird" (113).

Die Entwicklung und Funktionsweise des politischen Systems der EG läßt sich also nicht nach Maßgabe einer teleologischen Substitutionslogik (schrittweise Übertragung nationalstaatlicher Kompetenzen auf supranationale Institutionen) erfassen. Vielmehr ist eine "gemischte institutionelle Struktur" (Zellentin) entstanden. Diese verwirrt stets von neuem die Integrationstheorie, da sie nicht darauf eingestellt ist, ein solches "Regime-Mix" zu klassifizieren, in dem die klassischen Formen der Intergouvernementalität (mit den Nationalstaaten als den Hauptakteuren) mit Formen der nicht-staatlich vermittelten, transnationalen Vernetzung von Kommunikations- und Handlungsketten (vor allem im Bereich der Ökonomie) und neuen Formen von EG-Politik im Bereich der Zuständigkeit der Kommission, aber auch bei der adminstrativen Umsetzung ihrer Verordnungen und Direktiven in den Mitgliedstaaten zusammenwirken. Ingeborg Tömmel hat diesen "gänzlich neuen Integrationsweg" wie folgt charakterisiert: "Nicht die schrittweise Übertragung von Aufgaben und Befugnissen auf die supranationale (oder föderale) Ebene kennzeichnen diesen Weg, sondern die Herausbildung neuer Entscheidungsfindungsmodelle auf der Ebene der Gemeinschaft, die auf komplexen Mechanismen der Interessenvermittlung und Konsensfindung zwischen den Mitgliedstaaten basieren. Diese Form von intergouvernementaler Integration, die lange Zeit als Nicht-Integration bzw. als Hemmnis der europäischen Einigung verkannt wurde, hat ihrerseits zur Auskristallisierung neuer Formen der Politikgestaltung und -implementation auf EG-Ebene geführt. Aber auch hierbei gilt, daß sich eine solche Politik nicht auf eine starke supranationale Autorität stützen kann - dafür fehlen alle Voraussetzungen -, sondern lediglich auf den Konsens zwischen den beteiligten staatlichen Instanzen der verschiedenen Ebenen" (114).

Es kann an dieser Stelle nicht der Versuch unternommen werden, die Reichweite sowie die qualitative Bedeutung solch' neuer Formen der EG-Politik eindeutig zu bestimmen (115). In der politikwissenschaftlichen Debatte obwaltet selbst noch eine gewisse Konfusion. Maurizio Bach z.B. geht davon aus, daß sich auf der europäischen Ebene längst "...eine in ihrer körperschaftlichen Ordnung weitgehend autonome, staatsähnliche Verbandsorientierung mit *eigener* Souveränität und Legitimität", also ein "technokratisches Regime" herausgebildet hat (116). Dagegen nimmt sich die "Fusionsthese" von Wolfgang Wessels noch relativ bescheiden aus. Sie leitet aus dem "Interesse an einer effizienten, gemeinsamen Problemverarbeitung" sowie aus der "Sorge um 'fairen' Interessenausgleich" einen "immer wieder artikulierten Reform- und Anpassungsdruck hin zu einer intensiveren Nutzung von EG-Instrumenten" ab (117). Vorsichtiger noch argumentiert Ingeborg Tömmel, die eine neue Rolle der EG als "Policy Maker" ankerkennt, zugleich aber auf den Zusammenhang zwischen intergouvernementalem Konsens (auf verschiedenen Ebenen) und der Komplementarität von politischer Steuerung und freigesetzten Marktprozessen (über die Verwirklichung des

---

113 J. Hirsch, Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus, in: Das Argument, 198, 35. Jg., 2/1993, S. 195 ff., hier S. 216.

114 I. Tömmel, System-Entwicklung und Politikgestaltung in der Europäischen Gemeinschaft am Beispiel der Regionalpolitik, in: M. Kreile (Hrsg.), Die Integration Europas, a.a.O., S. 185.

115 Vgl. dazu besonders den Beitrag von Michael Felder in diesem Arbeitspapier.

116 M. Bach, Vom Zweckverband zum technokratischen Regime: Politische Legitimation und institutionelle Verselbständigung in der Europäischen Gemeinschaft, in: H. A. Winkler/ H. Kaelble (Hrsg.), Nationalismus ..., a.a.O., S. 288 ff., hier S. 289.

117 W. Wessels, Staat und (westeuropäische) Integration. Die Fusionsthese, in: M. Kreile (Hrsg.), Die Integration Europas, a.a.O., S. 36 ff., hier S. 47.

Binnenmarktes z.B.) aufmerksam macht: "die EG steuert mit 'unsichtbarer Hand': einerseits über den Einsatz marktnaher und marktanaloger Instrumente und Verfahrenweisen, andererseits über den direkten Einbezug der Marktkräfte in den staatlichen Entscheidungsprozeß" (118). Und schließlich stellt R. M. Lepsius fest, daß die EG nach wie vor ein "funktional ausgegrenzter 'Zweckverband'" bleibe und nicht als "den Nationalstaaten prinzipiell übergeordnetes politisches Regime" zu begreifen sei: "Der bisherige Erfolg der EG beruhte auf einer Kompetenzspezialisierung, auf der Funktion, im Rahmen des gemeinsamen Marktes die Wettbewerbsbedingungen und die Wirtschaftspolitik zu harmonisieren ... Die EG ist nach wie vor eine segmentäre Vergemeinschaftung von ausgewählten wichtigen Politikfeldern, die die Handlungsbeschränkungen, denen der klassische europäische Nationalstaat unterliegt, nicht prinzipiell aufhebt, wohl aber substantiell vermindert ... Die europäische Strukturpolitik zur Angleichung der Lebensverhältnisse in den Mitgliedsländern der EG ist ausschließlich über die nationalen Regierungen zu implementieren und über einen europäischen Finanzausgleich zwischen den Mitgliedstaaten zu finanzieren. Insoweit nationale Bürokratien Effizienskriterien nicht entsprechen, ist auf diese ein Reformdruck auszuüben, ihre Aufgaben sind nicht durch europäische Behörden zu substituieren" (119).

Eine intensivere Überprüfung dieser divergierenden Hypothesen hätte gewiß auch jenen "institutionalistischen bias" zu kritisieren, der die neue Theoriedebatte auf dem Felde der internationalen Politik ("Regime-Forschung") sowie der europäischen Integration beherrscht. "Mit ihrem einigermaßen simplen und staatstheoretisch recht naiv formulierten Ansatz vermag (diese Theorie) weder die Konstitutionsbedingungen gesellschaftlicher Institutionalisierungsprozesse noch die darin eingehenden und zum Ausdruck kommenden strukturellen Konflikte und Dynamiken zu erhellen. Es entgeht ihr, daß Institutionalisierungsprozesse die Form sind, in der soziale Antagonismen 'regulierbar', d.h. über ihre Konflikthaftigkeit hinaus und durch diese hindurch stabilisiert werden, was zugleich ihre Entwicklungs- und Krisendynamik kennzeichnet" (120). Gleichwohl läßt das deutlich gestiegene politikwissenschaftliche Interesse für die spezifische Qualität eines "EG-Regime" bzw. der Rolle der EG als "policy maker" eines erkennen: die Dynamik des EG-Prozesses in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurde nicht allein durch günstige ökonomische und politische Rahmenbedingungen sowie durch einen relativ stabilen Konsens der Regierungen über den notwendigen Zusammenhang zwischen Binnenmarktprojekt, weltmarktorientierter Modernisierung (im Innern) und der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der westeuropäischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt ("Triaden"-Orientierung) befördert. Sie erhielt zusätzliche Impluse durch Prozesse der transnationalen Vergesellschaftung, durch die transnationale Vernetzung von Interessen und Handlungsketten lokaler, regionaler und nationaler Akteure (u.a. im Bereich der Wirtschaftspolitik sowie der Regional- und Strukturpolitik) sowie durch administrative Koordination. Bei alledem spielten Institutionen der EG - in erster Linie die EG-Kommission - die Rolle eines Initiators und Koordinators. Das Gewicht dieser Rolle ist allerdings in erheblichem Maße an die Finanzmittel gebunden, über die im Rahmen des Haushaltes der EG und der nach wie vor relativ bescheidenen Eigenmittel der EG verfügt werden kann.

---

118 I. Tömmel, System-Entwicklung ..., a.a.O., S. 205.

119 R. M. Lepsius, Nationalstaat und Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft, in: R. Wildenmann (Hrsg.), Staatswerdung Europas? Baden-Baden 1991, S. 19 ff., hier S. 35 und S. 37.

120 J. Hirsch, Internationale Regulation, a.a.O., S. 204; vgl. dazu auch M. Bonder, B. Röttger, G. Ziebura, Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft. Kritik des globalen Institutionalismus, in: Prokla 91, 23. Jg., Juni 1993, S. 327 ff..

Allerdings bleiben Reichweite und Effizienz dieses neuen politischen Systems der EG in eine hierarchische Struktur der Konsensbildung und Entscheidung eingebunden. Die Kohärenz der Interessen im Prozeß der intergouvernementalen Willensbildung bildet dabei nach wie vor die maßgebende Ebene und markiert das machtpolitische Zentrum im EG-Prozeß. Es mag daher mit Recht bezweifelt werden, ob die These vom bereits wirksamen "technokratischen Regime" (Maurizio Bach) auch in denjenigen Politikfeldern einer Überprüfung standhält, in denen auf der Ebene des Ministerrates eine Konsensbildung ausgeschlossen ist (Bereiche der "non-decisions"). Das Schicksal der "Sozialcharta" von 1989, mit der der Versuch einer sozialpolitischen Flankierung des Binnenmarktprojektes unternommen werden sollte, vermag überaus deutlich zu illustrieren, wie eine solche Politik durch die konservative Regierung Großbritanniens und die europäischen Unternehmerverbände blockiert wurde, obwohl nicht allein die Regierungen Frankreichs und Deutschlands und die europäischen Gewerkschaften, sondern auch die für Sozialpolitik zuständige Generaldirektion V der EG-Kommission ein massives Interesse an der Durchsetzung der "Sozialcharta" in der Gemeinschaft bekundet hatten (121).

In einem anderen Bereich hingegen - im Feld der europäischen Innen- und Justizpolitik - kam es sogar außerhalb des Geltungsbereiches des EWG-Vertrages und der EEA zu einer zwischenstaatlichen Kooperation, die 1985 mit dem "Schengener Abkommen" eingeleitet wurde. Dieses enthält "ein umfangreiches Harmonisierungsprogramm für Ausgleichsmaßnahmen im Bereich Außengrenzkontrollen, Visa-, Ausländer- und Asylrecht, bei der polizeilichen und justitiellen Zusammenarbeit" (122). Wenn auch die Maastricht-Verträge hier keine gemeinschaftliche Kompetenz geschaffen haben (weil die meisten EG-Staaten wohl eine Harmonisierung und Koordinierung, aber keinesfalls eine Vergemeinschaftung der "Asylpolitik" wollen), so macht sich über die Effizienz solcher zwischenstaatlichen Vereinbarungen das gemeinsame Interesse geltend, die EG als eine "Festung" gegen den Druck der Migration aus dem Osten und dem Süden abzuschirmen. Es gibt also nicht allein eine Hierarchie, sondern auch eine unterschiedliche gesellschaftspolitische Qualität von Interessen. Diese wiederum wird in hohem Maße durch die politischen Kräfteverhältnisse in den EG-Staaten selbst bestimmt.

6. "Maastricht" - Kontituität und Umbruch

6.1. Die "Maastricht"-Strategie

Das Vertragspaket von Maastricht - vielfach schon als "Meilenstein" bzw. als "Wegmarke" in der Geschichte der europäischen Einigung apostrophiert - wurde Ende 1991 vereinbart. Inzwischen befand sich die europäische Politik bereits inmitten jenes Strudels kontinentaler und globaler Umbrüche, die mit der Auflösung des "realsozialistischen Lagers", dem Zerfall der Sowjetunion und der deutschen Einigung

---

121 Das kommt u.a. darin zum Ausdruck, daß den Maastrichter Verträgen ein von 11 Mitgliedstaaten (mit Ausnahme Großbritanniens) anerkanntes "Protokoll über die Sozialpolitik" beigefügt ist, in dem das Verfahren für die Umsetzung der "Sozialcharta" geregelt wird (vgl. Europäische Gemeinschaft - Europäische Union. Die Vertragstexte von Maastricht/ bearb. und eingeleitet von T. Läufer, Bonn 1992, S. 237 ff.). Es ist - auch angesichts des Stillstandes der sozialpolitischen Debatten in der EG nach dem Beginn der Wirtschaftskrise - derzeit kaum abzusehen, ob und wie diese Möglichkeiten nach der Ratifizierung der Verträge genutzt werden kann.

122 K. P. Nanz, Der "3. Pfeiler der Europäischen Union". Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik, in: Integration, 15. Jg., 3/1992, S. 126 ff., hier S. 127.

die Epoche des Systemgegensatzes - als der prägenden Konfliktformation nach dem Zweiten Weltkrieg - beendete und zugleich die europäische Politik mit einer zunächst noch unübersehbaren Vielfalt von neuen Herausforderungen und Aufgaben konfrontierte (123). So viel war jedoch schon klar zu erkennen: die gesamte politische Architektur Europas war neu zu vermessen. Und - mit dem Ende des Kalten Krieges - war jene Verklammerung der Interessen der herrschenden gesellschaftlichen und politischen Gruppen in Westeuropa entfallen, die die gemeinschaftliche Abwehrfront gegenüber der "Bedrohung aus dem Osten" zementierte und zugleich als mächtiger Hebel für den Ausgleich partikularer bzw. nationalstaatlicher Interessenkonflikte gewirkt hatte. Außerdem war damit auch eine wesentliche Voraussetzung für die militärischen Schutz- und Führungsfunktionen aufgehoben, die die USA im Rahmen der NATO und vermittels des "atomaren Schirms" in Westeuropa (und Ostasien) ausgeübt hatten.

Die Vereinbarungen von Maastricht sind - trotz ihres für die EG-Politik typischen Kompromißcharakters ("package deals") - Ausdruck jener euphorischen Stimmung, die im Lager der Sieger in der Auseinandersetzung mit dem Weltkommunismus bis ins Jahr 1992 vorherrschte. Insofern mußten sie zunächst als eine Art "Befreiungsschlag" erscheinen, bei dem einerseits die Integrationspolitik und -methode aus der zweiten Hälfte der 80er Jahre - von der Verwirklichung des Binnenmarktes bis zur Währungsunion am 1. Januar 1999 - fortgeführt und auf eine neue Stufe der Integration (Europäische Union) gehoben werden sollte. Auf der anderen Seite stellen die Vereinbarungen einen frühen Versuch dar, auf die ökonomischen und politischen Veränderungen in Europa zu reagieren. Trotz nach wie vor bestehender Differenzen wurden die institutionellen Reformen sowie die Beschlüsse über den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) - im Rahmen des EWG-Vertrages - um Vereinbarungen über neue Politiken und Formen der Zusammenarbeit in den Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Innen- und Rechtspolitik ergänzt (124).

Dies war auf jeden Fall der Tatsache geschuldet, daß die EG einerseits eine Antwort auf die "deutsche Frage" zu geben hatte, und daß mit der Vertiefung der EG-Integration - auch im Bereich der GASP, allgemeiner im Ausbau der EPZ - zugleich institutionelle Bedingungen für die politische und ökonomische Architektur Gesamteuropas geschaffen werden sollten (125). Dieser Konsensus wurde dadurch erleichtert, daß namentlich die deutsche Bundesregierung im Laufe des Jahres 1991 - also parallel zum Prozeß der deutschen Einigung - auf Fortschritte im Hinblick auf die Politische Union drängte, um auf diese Weise Befürchtungen bei den europäischen Partnern über einen "deutschen Sonderweg" bzw. über eine drastische Veränderung der Machtkonstellationen in Mittel- und Gesamteuropa zu entschärfen. Diese Strategie war weitgehend mit den Interessen der französischen Führung abgestimmt, die sich durch die Kooperation mit einem ökonomisch stärkeren Deutschland im Binnenmarkt sowohl Vorteile für die Modernisierung der französischen Wirtschaft als auch - über die Einbindung von Deutschland in die

---

123 Vgl. dazu u.a. F. Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz, a.a.O., bes. S. 141 ff.

124 Vgl. dazu u.a. O. Schmuck, Der Maastrichter Vertrag zur Europäischen Union, in: Europa-Archiv, 2/1992, S. 97 ff.; W. Wessels, Maastricht: Ergebnisse, Bewertungen und Langzeittrends, in: Integration, 15. Jg., 1/1992, S. 2 ff.; R. Hrbek (Hrsg.), Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse, Baden-Baden 1993.

125 "The success of Maastricht appears to be not only a result of internal EC momentum but also a consequence of the broader strategic context: the Eastern revolutions have without doubt contributed in large measure to the compromise agreed among the Twelve on 11 december 1991". N. Gnesotto, European Union after Minsk and Maastricht, in: International Affairs, Vol. 68, No. 2/1992, S. 223 ff., hier S. 223/4.

GASP - eine Stärkung der politischen Rolle Frankreichs bei der Reorganisation Europas sowie der Weltpolitik versprach.

Noch bevor sich im weiteren Verlauf des Jahres 1992 - nach dem dänischen "Nein" im Sommer - die Euphorie merklich abkühlte, hatten kritische Analytiker bereits behutsam darauf aufmerksam gemacht, daß "mit den Beschlüssen von Maastricht kein stabiler Zustand erreicht oder auch nur ein glatter Evolutionsprozeß eingeleitet" wurde. Zudem wurde keine grundlegende Reform der Macht- und Entscheidungsstrukturen im EG-System vorgenommen: "... die Staaten begrenzen bei starker Einsicht in die Zweckhaftigkeit gemeinsamer Politik den Kompetenztransfer und - noch wichtiger - erhalten sich die Kontrolle über die Entscheidungen weitgehend ..." (126). Als gefährlicher Präzedenzfall wurden die Sonderregelungen für Großbritannien in der Sozial- und Wirtschaftspolitik angesehen; denn die Anerkennung des Konzeptes der "abgestuften Integration" könnte sich alsbald als Sprengsatz für die Vertiefung der Integration und die Realisierung der im Vertrag vorgesehenen Stufen für die Implementierung der WWU erweisen. Schon früh wurde auch bezweifelt, ob der "Kohäsionsfond", mit dem die Zustimmung der ärmeren Peripheriestaaten der EG eingehandelt wurde, angesichts der schwierigen Finanz- und Haushaltslage auch in den "reicheren" EG-Staaten tatsächlich so alimentiert werden kann, daß er als effektives Instrument zur politischen Bearbeitung der sozialökonomischen Entwicklungsunterschiede in der EG genutzt werden kann. Und schließlich nahm seit Anfang 1992 die Unsicherheit über die normative Kraft der in Maastricht vereinbarten GASP explosionsartig zu; denn die Unfähigkeit der führenden EG-Mitglieder, während des Golf-Krieges eine einheitliche Strategie zu vertreten, setzte sich während der beginnenden Sezessionskriege auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien fort (127).

Dennoch war mit Maastricht eine integrationspolitische Linie für die 90er Jahre konzipiert worden, deren strategische Eckwerte folgendermaßen resümiert werden können (128):

1. Die mit der Implementierung des Binnenmarktprojektes eingeleitete Integrationsmethode wird fortgesetzt. Sie soll in erster Linie die aktuelle wie perspektivische Wettbewerbsfähigkeit des westeuropäischen Kapitalismus in der "Triaden"-Konkurrenz gewährleisten. Grenzüberschreitende Marktintegration soll durch Marktliberalisierung und politische Deregulierung gesteuert werden. Damit sind auch die zentralen Parameter für politisch-staatliches Handeln - auf der Ebene der EG wie der Nationalstaaten - fixiert. Die von der monetären Integration ausgehenden Handlungsanforderungen an die Wirtschafts- und Haushaltspolitik werden in den sog. "Konvergenzindikatoren" des Maatstrichter Vertrages (Inflationsrate, Haushaltsdefizit/Gesamtverschuldung, Einhalten der normalen Bandbreiten im EWS, Dauerhaftigkeit der vom Mitgliedstaat erreichten Konvergenz) festgeschrieben.
2. Vertiefung und Erweiterung der EG werden als ein paralleler Prozeß aufgefaßt, wobei der Primat der Vertiefung letztlich darauf beruht, daß die EG der Zwölf nicht allein als Modell für die künftige sozialökonomische und politische Ordnung Europas, sondern zugleich als deren Motor bzw. Lokomotive zu fungieren habe. Von hier aus zeichnet

---

126 W. Wessels, Maastricht, a.a.O., S. 15.

127 Vgl. u.a. T. S. Salmon, Testing times for European political cooperation: the Gulf and Yugoslavia, 1990 - 1992, in: International Affairs, Vol. 68, 2/1992, S. 233 ff.

128 Vgl. dazu z.B. W. Weidenfeld/J. Janning, Der Umbruch Europas: die Zukunft des Kontinents, Güterloh 1990; D. Senghaas Europa 2000. Ein Friedensplan, Frankfurt/Main 1990; A. Clesse/R. Vernon (Eds.), The European Community after 1992: a new role in world politics? Baden-Baden 1991.

sich eine relativ klare Perspektive für die bevorstehenden Schritte einer EG-Erweiterung ab: zunächst sollen die ehemaligen EFTA-Staaten Österreich, Schweden, Finnland (zusammen mit Norwegen) beitreten. Bis zum Ende der 90er Jahre könnte eine erste "Osterweiterung" durch den Beitritt von Ungarn, Polen und der - so hieß es noch vor kurzem - Tschechoslowakei realisiert (und durch Assoziierungsabkommen vorbereitet) werden. Der Status weiterer osteuropäischer Beitrittskandidaten könnte in diesen Zeiträumen überprüft werden.

3. Der Zuwachs an ökonomischer und politischer Macht, den das "neue Deutschland" erfahren hat, wird nicht zu einer Destabilisierung der Kräftekonstellationen und damit zu einem Wiederaufleben der alten hegemonialen Konfliktmuster in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führen. Da Deutschland eine "Zivilmacht" ist, deren Stärke vor allem auf ihrer Exportwirtschaft beruht, muß deutsche Politik ein vitales Interesse daran haben, die Vertiefung und Erweiterung der EG-Integration aktiv zu fördern und alles zu vermeiden, was auf Seiten seiner Partner als Bedrohung empfunden werden und Sanktionen provozieren könnte (129).

4. Mit der GASP sowie mit der Feststellung, daß die Westeuropäische Union (WEU) "integraler Bestandteil der Europäischen Union" ist, konnte zumindest die Erwartung verknüpft werden, daß die EG als kollektiver Akteur bei der Restrukturierung der europäischen Sicherheitspolitik und - im Rahmen der UNO - beim weltpolitischen Konflikt- und Krisenmanagement agieren werde (130.

6.2. Zur Phänomenologie der Post-Maastricht-Krise der EG

Während dieser Text geschrieben wird (Anfang August 1993 an der südwestlichen Kante der EG in Andalusien), beherrscht die zweite Krise des EWS - nach der ersten im September 1992, die mit dem Ausscheiden des britischen Pfundes und der italienischen Lira aus dem EWS-Verbund vorläufig "bereinigt" wurde - die Schlagzeilen der europäischen Presse. Mit der drastischen Erweiterung der Bandbreiten auf +/- 15% wurde eine "Atempause" eingelegt. Ob damit das EWS in seiner bisherigen Konstruktion zusammengebrochen ist, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschließend beurteilt werden. Allerdings hat die EWS-Krise nunmehr einen "Pfeiler" des Vertragswerkes von Maastricht (das immer noch nicht endgültig ratifiziert ist) eingerissen; denn die im Vertrag festgeschriebenen "Konvergenzkriterien" sehen u.a. jene festen Bandbreiten innerhalb des EWS vor, wie sie beim Eintritt in die erste Stufe der WWU zum 1. Juli 1990 bestanden. Damit ist ein erster Hinweis gegeben, daß die objektive Dynamik der transnationalen ökonomischen und monetären Prozesse, deren Freisetzung bzw. Liberalisierung ja gerade das Ziel der Maastricht-Strategie war, nunmehr im Sinne einer "negativen Dialektik" auf die Intentionen der politischen Akteure zurückschlägt. Die Politik, die sich der "Marktliberalisierung" verschrieben hatte, wird nun zu deren Opfer. Zumindest - so scheint es - sind die Regierungen, die den Maastricht-Prozeß stützen,

---

129 "Deutschland kann sich angesichts seiner weit überdurchschnittlichen Außenverflechtungen, ähnlich wie Kleinstaaten, Insensibilitäten gegenüber seiner weiteren Umwelt schlicht nicht erlauben: Seine bisherige betonte Orientierung an Multilateralismus und Integration vor allem innerhalb des euroatlantischen Raumes (knapp 80% der Exporte und fast 90% der Auslandsinvestitionen gehen in den Europäischen Wirtschaftsraum, in die USA und nach Kanada) ist ein getreues Spiegelbild seiner exzentrischen außenwirtschaftlichen Positionierung". D. Senghaas, Die ungleichen Oartner der Triade. USA-Japan-Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1993, S. 1080 ff., hier S. 1084.

130 Vgl. u.a. R. Rummel (Ed.), Toward political union. Planning a common foreign and security policy in the European Community, Baden-Baden 1992.

schwächer als jene viel beschworenen "Spekulanten", deren Attacken auf einzelne Währungen im EWS-System zumindest vorläufig das Gesamtsystem zum Einsturz gebracht haben. Die Institutionen der Politik, denen die Politikwissenschaft zumal im Zusammenhang der jüngeren Integrationsforschung soviel Autonomie, Eigendynamik und Selbstreferentialität konzedieren wollte, werden nicht durch die sanfte "invisible hand" der Marktgesetze geleitet, sondern durch deren böse Geister gehetzt.

Die EWS-Krise vom Juli/August 1993 ist nur der vorläufige Höhepunkt einer Kette von Ereignissen, die seit Anfang 1992 einen Umschlag von der Maastricht-Euphorie in einen neu aufkommenden "Europessimismus" bzw. in eine "Perplexität" Europas bewirkt haben, die sich zugleich in einer neuen Unsicherheit über den weiteren Weg der Integration verdichtet (131). Das dänische "Nein" vom Sommer 1992 hatte einen ersten Schock ausgelöst, der sich durch das äußerst knappe Votum beim französischen Referendum vom Herbst 1992 noch verstärkte (132). In fast allen Ländern wurde deutlich, daß das EG-Projekt erhebliche Legitimationseinbußen zu verzeichnen hat (133). Ein neuer Anti-Maastricht-Populismus verbindet sich allenthalben mit Aggressionen gegen die vorgebliche Übermacht der Brüsseler EG-Bürokratie und mit diffusen Ängsten vor dem Verlust nationaler Identität und Souveränität. "Soziale und nationale Ängste gegenüber der EG-Bürokratie verdichten sich zu einem neuen Unbehagen, das nun einen Namen hat - Maastricht" (134). Im Gegensatz zum Scheitern der WWU-Projekte in den frühen 70er Jahren, als das Zusammentreffen von Weltwirtschaftskrise und dem Aufschwung der Klassenkämpfe eine - politisch nach links verschobene - Renationalisierungstendenz verstärkte, zeichnet sich die Renationalisierung der Politik zu Beginn der 90er Jahre vor allem dadurch aus, daß sich die weit verbreitete Angst vor einer Verschlechterung des sozialen Lebensstandards als Mißtrauen gegenüber der EG-Politik - vor allem gegenüber der geplanten Einführung der Gemeinschaftswährung ECU - artikuliert ("Wohlstandschauvinismus") und sich über ausländerfeindliche und rassistische Stimmungen "von unten" weiter radikalisiert.

Die Entfremdung zwischen "politischer Klasse" und "Volk" kam in Dänemark wie in Frankreich - also dort, wo Volksbefragungen über "Maastricht" äußerst knappe Mehrheiten brachten - vor allem darin zum Ausdruck, daß vor den Referenden jeweils breite Mehrheiten in den Parlamenten - quer durch Regierungs- und Oppositionsparteien - ihre Unterstützung des Maastricht-Vertrages bekundet hatten. Da Meinungsumfragen eine solche Spaltung auch für andere Länder nachgewiesen haben, kann zumindest vermutet werden, daß die Legitimationskrise des Maastricht-Projektes weniger aus diesem selbst, sondern eher noch aus einer Legitimationskrise des Regimes der je nationalen politischen Klassen begriffen werden muß (135). Die Paradoxie, die sich dabei geradezu aufdrängt,

---

131 Vgl. B. Vilá Costa, La perplejidad de Europa: que camino seguir? in: El Pais, 4. 8. 1993, S. 6.

132 Vgl. dazu u.a. U. Meinhardt/K.P. Weiner, Deutsche Integration - Europäische Erosion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1992, S. 1419 ff.; K. P. Weiner, Europa am Scheideweg, in: Sozialismus, 7-8/1993, S. 76/77; ders., Das Europäische Währungssystem suspendiert, in: Freitag. Ost-West-Wochenzeitung, 6. August 1993, S. 1.

133 Jacques Delors (Entwicklungsperspektiven der europäischen Gemeinschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B1/1993, S. 3) erklärte Anfang 1993: "Das Ergebnis meiner Analyse lautet, es gibt eine doppelte Kluft - eine Kluft zwischen den Zielsetzungen des Maastrichter Vertrages und der Bereitschaft von Teilen der Bevölkerung, diese mitzutragen; und es gibt eine Kluft zwischen dem Vertragsinhalt und den Anforderungen, die in der heutigen interdependenten Welt an die Gemeinschaft gestellt werden".

134 I. Geiss, Europa - Vielfalt und Einheit. Eine historische Erklärung, Mannheim 1993, S. 124.

135 Die nationalen Wahlen im Zeitraum 1992/93 haben zwar nicht überall eine dermaßen dramatische Demontage der Parteienblöcke "an der Macht" gezeitigt wie in Frankreich bzw. (bei Regional- und Kommunalwahlen) in Italien. Dennoch deuten die Wahlverluste regierender Parteien (allgemeiner: der "alten Volks-

besteht zunächst einmal darin, daß diese Tendenz zu einer Renationalisierung der Politik einhergeht mit einer offensichtlichen Krise des je nationalstaatlichen Regulationstyps und der diesen tragenden bzw. administrierenden "politischen Klasse" (136).

Gleichwohl läßt sich die Spezifik der Post-Maastricht-Krise der EG nicht aus dem Ablauf des Ratifizierungsprozesses begreifen. Obwohl dieser noch nicht abgeschlossen ist, so steht er doch vor dem formalen Erfolg. Ginge es ausschließlich um eine politische Evaluation dieses Prozesses, so müßte angesichts der erheblichen Konflikte, die dabei in einzelnen Ländern zu bewältigen waren, sogar von einem bedeutenden politischen Erfolg der EG-Politik gesprochen werden. Die Frage, die zu klären ist, lautet vielmehr, warum die Lautstärke derjenigen Stimmen zunimmt, die Maastricht de facto "für tot" erklären (137). Oder, anders gefragt, warum entfernt sich die "Maastricht-Strategie" (vgl. 6.1.) immer mehr von der ökonomischen und politischen Wirklichkeit in der EG?

Eine erste Antwort lautet, daß die Basisprämissen, auf deren Fundament die integrationspolitische Linie von Maastricht aufgebaut war, nicht mehr stimmen. Die Erwartung, daß sich der Wachstumstrend der europäischen Wirtschaft aus der zweiten Hälfte der 80er Jahre in die 90er Jahren fortsetzen, ja noch - wie es im Cecchini-Bericht prognostiziert wurde - verstärken werde, ist angesichts der Realität der Weltwirtschaftskrise, die seit 1992 voll auf Westeuropa übergegriffen hat, längst zusammengebrochen. Außerdem war der "Geist von Maastricht" noch von dem Glauben inspiriert, daß sich sowohl die deutsche Einheit als auch die politische und ökonomische Transformation in Osteuropa - zumindest mittelfristig - positiv (im Sinne eines gewaltigen Modernisierungsbedarfes und Nachfrageschubs) auf die EG auswirken werde.

Bis in das Jahr 1992 wirkte zumindest der Nachfrageschub, der von der deutschen Währungsunion des Jahres 1990 ausgegangen war, als eine Antriebskraft der Konjunktur nicht allein in Deutschland, sondern in der EG insgesamt. Seitdem geht das Wirtschaftswachstum zurück; die Arbeitslosigkeit steigt sprunghaft an. Die nationalen Regierungen sehen sich - wie in jeder Wirtschaftskrise - mit der Herausforderung konfrontiert, daß die Steuereinnahmen zurückgehen, während - als Folge steigender Arbeitslosigkeit - die Sozialausgaben ansteigen. Diese "normalen" Begleiterscheinungen des Krisenzyklus werden gegenwärtig durch strukturelle Faktoren verstärkt. Auf der einen Seite sehen sich einige der Schlüsselbranchen des globalen Kapitalismus - und hier insbesondere die Automobilindustrie mit ihren Zulieferern und die Computerbranche - nicht allein vom Nachfragerückgang, sondern zugleich durch Überkapazitäten, die in der Vergangenheit aufgebaut wurden, bedrängt. Das führt nicht allein zu einem "mörderischen" Konkurrenz-, d.h. vielfach Überlebenskampf, sondern auch zu Massenentlassungen und zu einschneidenden Rationalisierungsmaßnahmen (d.h. Programmen zur Kostensenkung), für die die japanische Produktivität ("Toyotismus"/"lean production" etc.) nunmehr als Maßstab und Modell dient. Im Maschinenbau, dem Kernsektor der Investitionsgüterindustrien (und dem "Glanzstück" der deutschen Exportindustrien) macht sich nicht allein die weltweite Drosselung der

---

parteien"), sinkende Wahlbeteiligung, Erfolge von rechtsradikalen und separatistischen Parteien, Korruptionsskandale und "Politikverdrossenheit" darauf hin, daß die Krise der europäischen Politik nur Epiphänomen einer tiefer liegenden Krise der Politik auf der nationalen Ebene ist.

136 Zu Begriff, Gestalt und Krise der "politischen Klasse" vgl. neuerdings K. v. Beyme, Die politische Klasse im Parteienstaat, Frankfurt/Main 1993.

137 Während der britische Premierminister John Major nach dem 1. August 1993 davon sprach, daß der Zeitplan, der in Maastricht für die Einführung der WWU vereinbart wurde, inzwischen "jeglichen Realismus" vermissen lasse, kündigte der Sprecher der Anti-Maastricht-Kampagne in der konservativen Partei den Stop der Kampagne an. "Wir brauchen nicht weiterzumachen; denn der Vertrag ist schon zerstört" (El Pais, 3. August 1993, S. 28).

Investitionen als Nachfragerückgang geltend. Auch im Konkurrenzkampf um die Software, mit der die Leistungsfähigkeit der Anlagen gesteuert wird, haben die europäischen Hersteller Positionen vor allem gegenüber den japanischen Konkurrenten eingebüßt.

Auf der anderen Seite wird die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten bzw. der Regierungen nicht allein durch den transnationalen Charakter der Krise sowie durch die Abkoppelung der transnationalen monetären Prozesse von der Realakkumulation beeinträchtigt. Da in den meisten entwickelten, kapitalistischen Industriestaaten im Verlaufe der 80er Jahre die private und öffentliche Verschuldung zugenommen hat, befinden sich die Regierungen nicht nur in der "Verflechtungsfalle", sondern auch in einer "Haushalts-" bzw. "Schuldenfalle" gefangen. Die Ausgabensteigerungen als Folge der Wirtschaftskrise können nur durch eine weitere Erhöhung der Staatsverschuldung und/oder eine weitere Senkung der Sozialausgaben bewältigt werden - in einer Situation, in der die traditionellen Systeme der sozialen Sicherung (Gesundheit, Alter, Arbeitslosigkeit und Armut) oft schon an die Grenzen ihrer Leistungs- und Bestandsfähigkeit geraten sind. Aus dieser Konstellation erwächst u.a. der Popularitätsverlust der regierenden Parteien bzw. Parteienblöcke, die freilich im Hinblick auf bevorstehende Wahlen stets auch unter dem Druck stehen, mehrheitsfähig zu bleiben.

Dieses Dilemma wird noch durch den EWS-Mechanismus verstärkt. In der prosperierenden Phase in der zweiten Hälfte der 80er Jahre war die "Diktatur" der Ankerwährung DM und der Bundesbank (vgl. 5.1.), die die Mitgliedstaaten auf Haushaltsdisziplin und Inflationsbekämpfung verpflichtete, als "wohlwollender" Zwang gedeutet worden, der angesichts der strategischen Akzeptanz der weltmarktorientierten Modernisierung *und* der schrittweisen Verwirklichung des EG-Binnenmarktes als unausweichlich angesehen wurde. Nunmehr befinden sich die Regierungen der EG-Staaten in der schwierigen Lage, daß das Festhalten an den Prinzipien des EWS ihre Handlungsmöglichkeiten im Sinne der Nachfrageförderung, der Beschäftigungspolitik und der Verbesserung der Exportchancen der heimischen Wirtschaft blockiert. Solange der Primat der Inflationskontrolle und der "Austeritätspolitik" nicht aufgegeben wird, solange wirkt die Regierungspolitik selbst noch - nach dem schlechten Vorbild der Deflationspolitik in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 - als krisenverschärfend. Zudem wird durch die engen Bandbreiten im EWS, die freilich am 1. August 1993 aufgehoben wurden, der Ausweg zu einem "Abwertungswettbewerb" zwischen den Industriestaaten blockiert. Das entsprach durchaus den Intentionen des EWS; denn die Erfahrungen in den 70er Jahren hatten gelehrt, daß solche Abwertungen zwar den nationalen Exportsektor entlasten, letztlich jedoch angesichts der Importabhängigkeit dieser Länder nicht nur vom Erdöl, sondern auch von Industriegütern - vor allem aus Deutschland - inflationstreibend wirken. Dazu kam in den 70er Jahren die Stärke der Gewerkschaften, deren Kämpfe wiederum starke Reallohneinbußen der Lohnabhängigen verhindern konnten.

Diese Konstellation hat sich jedoch zu Beginn der 90er Jahre grundlegend verändert. Die Spannungen im EWS werden nunmehr durch die deutsche Wirtschafts- und Geldpolitik überdehnt. Über die Funktion der DM als "Ankerwährung" im EWS tendiert Deutschland - ähnlich wie die USA im Zeichen der "Reaganomics" Anfang der 80er Jahre - vom "wohlwollenden" zum "bösartigen" bzw. "räuberischen Hegemon" (138).

---

138 Das französische Massenblatt "Le Parisien" formuliert dies so: "Mit den hohen Zinsen zur Bekämpfung der hausgemachten Inflation zerstörte die Bundesbank unsere Arbeitsplätze im Namen der europäischen Solidarität und finanzierte auf unsere Kosten die Wiedervereinigung", zit. nach: Frankfurter Rundschau (FR) vom 3. 8. 1993, S. 3. Während der ersten EWS-Krise hatte Robert Leicht in der ZEIT vom 2. Oktober 1992 schon auf diese - für die europäische Politik außerordentlich gefährliche - "räuberische" Tendenz auf-

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und die Geldpolitik der Bundesbank halten energisch an dem Hauptziel der Inflationsbekämpfung durch hohe Zinsen sowie durch "Austeritätspolitik" fest. Dabei soll ein Widerspruch im Zaume gehalten werden, der ein spezifisches Problem deutscher Politik ausmacht: die Krise im Osten Deutschlands - inzwischen Produkt einer falschen Politik, die den Anschluß der ehemaligen DDR über die Währungsunion beschleunigte (139) - hat die Staatsverschuldung explodieren lassen. Von hier aus entsteht jener Inflationsdruck, dem die Bundesbank mit hohen Zinsen und die Bundesregierung mit einer neuen Welle der "Sparpolitik" - gekoppelt mit einem enormen Druck auf die Gewerkschaften, weiteren Reallohneinbußen kampflos zuzustimmen - begegnet. Für die Wirtschaftskrise und ihre sozialen Konsequenzen im Beschäftigungssystem ist eine solche Politik - genauer: die Rückkehr zur klassischen Deflationspolitik - geradezu wirtschaftspolitisches, prozyklisches Gift. Dahinter steht freilich ein doppeltes, nationales Interesse. Auf der einen Seite soll dieser Kampf gegen die Inflation und die Abwehr einer starken Aufwertung der DM die Position der - ohnehin angeschlagenen - deutschen Exportwirtschaft stärken; auf der anderen Seite dient die Hochzinspolitik aber auch dazu, ausländisches Geld nach Deutschland anzusaugen, um so den Schuldenbedarf der öffentlichen Haushalte zu befriedigen. Und schließlich ist die Hochzinspolitik eine politische Waffe im Kampf der Neokonservativen gegen die Gewerkschaften, die im nationalen "Solidarpakt" kampflos auf die Wahrnehmung ihrer Schutzfunktionen im Bereich der Lohnpolitik sowie auf beschäftigungspolitisch wirksame Programme verzichten sollen.

William Pfaff, einer der führenden Kommentatoren der internationalen Politik in den USA, hat das jüngste Gewitter im EWS auf diesen Widerspruch zwischen den "deutschen Problemen" und ihren Rückwirkungen auf die Wirtschaftspolitik der anderen EG-Länder zurückgeführt: "Die Krise ist nicht allein der Spekulation geschuldet. Die Spekulanten sind die Geier der Finanzmärkte. Das Aas, von dem sie sich nähren, war die Entschlossenheit Frankreich und einiger anderer Länder, den Wert ihrer Währungen an die DM anzukoppeln - und das in einem Moment, in dem die Forderungen der deutschen Wirtschaftspolitik unmittelbar jener Politik widersprachen, die die Situation in den anderen Ländern erforderte. Wenn man weiterhin diesen Kurs verfolgt, dann werden sich die Arbeitslosigkeit und die daraus folgenden internen sozialen Spannungen noch erhöhen" (140).

Daß die Empfehlung, sich vom Monetarismus - und zwar sowohl im EWS als auch auf der Ebene der nationalen Wirtschaftspolitik - zu verabschieden, zunehmend von Ökonomen aus den USA ausgesprochen wird (141), illustriert freilich eine weitere Spezifik der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Während in Japan schon seit 1992 gewaltige staatliche Finanzprogramme aufgelegt wurden, um der Rezession zu begegnen, setzt sich in den

---

merksam gemacht: "Wie immer man die jüngsten europäischen Turbulenzen und Deutschlands Treue zum Maastrichter Vertrag analysieren will - an einem Befund führt kein Weg vorbei: Erst versprach Bonn, die Deutschen würden für die Kosten der Wiedervereinigung selber aufkommen. Jetzt erhebt die Bundesrepublik bei ihren Nachbarn, ohne zu fragen, Tribut für die deutsche Einheit, und zwar auf dem Umweg über ihre seit der Einigung explodierende Staatsverschuldung, über die sich in den kommenden Jahren noch kumulierenden Defizite und das zwangsläufig steigende internationale Zinsniveau. Sie tut dies ganz einfach, weil sie - ähnlich dem Amerika Ronald Reagans - die Macht dazu hat".

139 "Der Vereinigungskeynesianismus ist längst verpufft, er hat kurzfristig eine konsumistische Scheinblüte erzeugt und wird heute dazu verwandt, sich die letzten Reste politischer Loyalität zu erkaufen". Editorial, Prokla, Heft 91, Nr. 2/1993, S. 178 ff., hier S. 182.

140 W. Pfaff, Las consequencias de la política económicà europea, in: El Pais, 7. 8. 1993, S. 32.

141 Vgl. auch das Interview mit dem neokeynesianischen MIT-Ökonomen Olivier Blanchard, der Spanien und Frankreich den Austritt aus dem EWS empfiehlt, um die Souveränität über die nationale Zinspolitik als Voraussetzung für eine effektive Beschäftigungspolitik wiederzugewinnen, in: El Pais, 1. 8. 1993, S. 36.

USA - im Umkreis der neuen Clinton-Administration - immer mehr eine neokeynesianische Orientierung in der Wirtschaftspolitik durch. Diese schreibt - im Innern - dem Staat eine entscheidende Rolle für die Gesundung der Wirtschaft sowie für die notwendigen Reformen der gesellschaftlichen Infrastruktur zu und tritt - nach außen - für politisch regulierte, bilaterale Handelsregime ("managed trade") ein (142. Sollte sich die derzeit erkennbare Tendenz verstärken, daß Japan (auch im Kontext der Wachtumsdynamik, die im ostasiatischen Raum nach wie vor sehr viel höher ist) und die USA einen schnelleren - Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise finden als die EG, so wird sich hier unvermeidlich der Druck in die Richtung eines wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsels im Sinne einer "Rückkehr zu Keynes" verstärken. Ein solcher Umschwung wird freilich nicht allein aus der Logik der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vernunft erfolgen (obwohl die Anforderungen der Triade-Konkurrenz als ein mächtiger Hebel wirken), sondern bedarf des politischen und gesellschaftlichen Drucks, vor allem von Seiten der Gewerkschaften in den EG-Staaten selbst.

Noch ist es zu früh, über die schließlichen Rückwirkungen der EWS-Krisen auf die Bestandsfähigkeit der Vereinbarungen von Maastricht sowie auf die Perspektiven der Integrationspolitik in den 90er Jahren zu spekulieren. Entscheidend wird dabei allerdings die weitere Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen sein. Die Achse Paris-Bonn fungiert seit Mitte der 80er Jahre als "Lokomotive" für die Erfolge der EG-Politik. "Maastricht" war - wie gesagt - der Versuch, diese Politik für die 90er Jahre fortzuführen und - in der Perspektive einer Vertiefung der Integration - zu institutionalisieren. Die monetaristische Linie mit dem Ziel der gemeinsamen Währung und Zentralbank entsprach schließlich einer alten französischen Forderung. Diese beinhaltete nicht allein die Anerkennung des "deutschen Modells", sondern zugleich die Intention der schließlichen "Lockerung" der "Diktatur" der deutschen Bundesbank über die EG-Währungspolitik. Daher regte sich gerade in Deutschland heftiger Protest gegen die vermeintlich unverantwortlichen Zugeständnisse, die der Bundeskanzler in Maastricht gerade hier konzediert hatte (143).

Daß also der französische Francs - mit erheblichen Anstrengungen in Paris und Frankfurt/Bonn - im EWS gehalten wurde (und daß sich die von Jacques Delors wie vom französischen Ministerpräsidenten Edouard Balladur erhobene Forderung nach einem zeitweiligen Ausscheiden der deutschen Mark aus dem EWS nicht durchsetzte), mag darauf zurückzuführen sein, daß auch die neue Regierung in Paris die französische Patenschaft für das Projekt der Währungsunion/ECU nicht verleugnen will und gleichzeitig darum bemüht ist, ein Auseinanderbrechen der Achse Paris-Bonn zu vermeiden. Vielleicht gerade deshalb, weil sich bei den GATT-Verhandlungen als auch in der Jugoslawien-Politik einiger Konfliktstoff akkumuliert hat und auch in der politischen Debatte in Deutschland Stimmen lauter werden, die den Stellenwert der deutsch-französischen Beziehungen zugunsten einer deutsch-amerikanischen Partnerschaft und der neuen Führungsrolle Deutschlands in Osteuropa abgewertet sehen möchten (144). Dabei besteht nicht nur in Frankreich ein Wissen um die Gefahren, die aus dem Scheitern des Projektes einer "Europäischen Union" erwachsen könnten: "Das politische Europa zu negieren bedeutet,

---

142 Vgl. dazu u.a. R. Kuttner, The end of Laissez-Faire. National purpose and the global economy after the Cold War, New York 1991, bes. Kap. 4 (Trade: the new era and the national interest): "A managed-trade regime in semiconductors, as in steel, might assure each major producing nation a large share in its own market, allow free competition for the remainder, and require a common understanding of antitrust priciples and predatory pricing" (S. 153). "To sum up: free trade has been the enemy of freer trade" (S. 157).

143 Vgl. dazu die Dokumentation der Pro- und Contra-Maastricht-Manifeste in: R. Hrbek (Hrsg.), Der Vertrag von Maastricht ..., a.a.O., S. 159 ff.

144 So. z.B. A. Baring, Deutschland - was nun? Berlin 1991.

Deutschland zu einer Rückkehr zu seinen vergangenen Träumen zu drängen: zu einer Hegemonialpolitik, die auf seiner wirtschaftlichen Macht und auf seiner besonderen geographischen Mittellage zwischen Ost und West beruht" (145).

6.3. Die Tiefenstruktur der Post-Maastricht-Krise

Die Frage nach der Spezifik der Post-Maastricht-Krise der EG läßt sich nur vorläufig und annäherungsweise beantworten. Es handelt sich nicht - das ergibt schon die bisherige Analyse - um eine Existenzkrise, die den Grundbestand der europäischen Integration in Frage stellt. Noch betonen die Hauptakteure, die gerade den Kern der Maastricht-Vereinbarungen über die Währungsunion demontieren, die Notwendigkeit einer gemeinsamen und gemeinschaftlichen europäischen Politik in einer sich dramatisch verändernden Welt. Phänomenologisch gleicht die Krise jenem neuartigen Krisentyp, der die Politik, die Spitzenpolitiker und die "politische Klasse" in den westlichen Metropolen - also im Lager der "Sieger im Kalten Krieg" - seit 1989/90 in höchstem Maße verunsichert. Der Zyklus von Sieg und Niederlage, von Euphorie und Pessismismus, von Manie und Depression scheint schneller und enger geworden zu sein. Die - von der internationalen Presse gekürten - "Männer des Jahres" (Gorbatschow, Kohl, Bush und auch Delors) erlebten als Personifikationen einer erfolgreichen Politik (Perestroika, Deutsche Einheit, Golf-Krieg und Maastricht) einen jähen Absturz auf der politischen Bühne, der sich in ihrem Abgang, in Wahlniederlagen, Popularitätsverlust bzw. im Scheitern ihrer Projekte entäußerte. Das Unbehagen an der Politik, das sich in der Folge solcher Zyklen ausbreitet, ist nur Ausdruck einer allgemeinen, epochalen Krisenerfahrung, deren Wurzeln und Determinanten noch weithin im Dunkeln liegen und deshalb reichlich Stoff für Mythenbildungen (aber auch für den Rekurs auf traditionelle Muster politischen Denkens) liefern.

Einige Plausibilität kann gewiß die These beanspruchen, daß das Projekt einer Wirtschafts- und Währungsunion letztlich unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise seit 1992 suspendiert bzw. "auf Eis" gelegt werden mußte. Die Folgen der Krise verstärken selbst die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in der Gemeinschaft und erzwingen so eine Renationalisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik. Insofern könnte also von einer historischen Analogie gesprochen werden. Das Scheitern des "Werner-Planes" Anfang der 70er Jahre (vgl. 1.2.) wäre demzufolge den gleichen ökonomischen und politischen Ursachen geschuldet wie die derzeitige Post-Maastricht-Krise. Wie immer eine solche Hypothese die Integrationsforschung an den - zuletzt geradezu sträflich vernachlässigten - Erkenntniswert der politischen Ökonomie zu erinnern vermöchte, so ist andererseits - auch dies eine Binsenwahrheit - das Denken in schlichten historischen Analogien wenig ergiebig. Die Analyse der Spezifik der gegenwärtigen Krise darf einerseits nicht von den Transformationen des Akkumulationstyps und der Regulationsweise abstrahieren, die sich im Umbruch vom Fordismus zum Postfordismus vollzogen haben (vgl. 2.). Auf der anderen Seite hat sich in den vergangenen 20 Jahren die innere Struktur der Integration weiterentwickelt: ökonomische Interdependenz und politisch-institutionelle Verflechtung (vgl. 5.) befinden sich heute auf einem wesentlich höheren Niveau. Daraus kann gefolgert werden, daß die Potentiale der Krisenbewältigung bzw. der schließlichen Konsensbildung im transnationalen Raum

145 El Pais, 8. 8. 1993, S. 8. In ähnlicher Weise wird in der FR vom 3. 8. 1993 (S. 3) an "ureigene politische und wirtschaftliche Interessen Deutschlands (erinnert): 1. Durch die Einbindung in eine Europäische Union nie wieder in die kriegsgefährdende europäische Mittellage zu geraten, und 2. offene Märkte für die Exportindustrie zu haben".

zugenommen haben. Dazu kommt, daß die politischen und wirtschaftlichen Eliten in Westeuropa bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt überwiegend pro-europäisch eingestellt sind und daß der Druck der inneren sozialen und politischen Konflikte, der in den frühen 70er Jahren eine "Renationalisierung nach links" - als Antwort auf die Krise - bewirkt hatte, erheblich nachgelassen hat bzw. durch den Druck rechtspopulistischer, nationalistischer Kräfte abgelöst wurde. Schließlich darf bei alledem nicht außer Acht gelassen werden, daß die konjunkturellen Krisen im Kapitalismus zyklischer Natur sind, d.h. aus der Depression in einen neuen Aufschwung übergehen. Sollte sich die Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen Erholung in der Triade weiter zu Lasten der EG verstärken, so kann damit gerechnet werden, daß gerade hierdurch die EG-Staaten zu gemeinsamen Aktionen gezwungen werden, um ihre Wettbewerbspositionen in der globalen Konkurrenz zu halten bzw. zu verbessern.

Die Verlaufs- und Bearbeitungsformen der Post-Maastricht-Krise werden aber auch durch die weltpolitischen Umbrüche seit 1989 bestimmt. Zumindest ein Pfeiler des westeuropäischen Grundkonsensus der Nachkriegszeit - die gemeinsame Frontstellung gegenüber dem osteuropäischen Kommunismus (und, darin eingeschlossen, die Akzeptanz der militärischen Führungsrolle der USA im Kalten Krieg) - ist zusammengebrochen. Erst allmählich nimmt das politische Bewußtsein darüber Gestalt an, welche Ordnungs- und Integrationskraft aus der bipolaren Struktur der Weltpolitik erwuchs (146). Mit der Abschwächung der zentripetalen Wirkungskraft des "antikommunistischen Basiskonsens" (der freilich schon vor 1989 abgeschwächt war, vgl. 4.2.) geht freilich eine Neubewertung der "deutschen Frage" einher. Diese schien - nach den Erfahrungen der beiden Weltkriege - durch die Teilung des Landes sowie durch die Einbindung der beiden Teilstaaten in die jeweiligen Bündnissysteme im Sinne einer begrenzten Souveränität für fast ein halbes Jahrhundert gelöst. Mit der deutschen Einheit, der Erlangung voller Souveränität für das neue Deutschland, aber auch mit der Öffnung der mittel- und osteuropäischen Staaten nach Westen (und mit der damit verbundenen Orientierung auf das "Modell" Deutschland) (147), ist allerdings eine politisch völlig neue Kräftekonstellation entstanden, die die Integrationspolitik der EG mit völlig neuen Aufgaben konfrontiert. Die Weltwirtschaftskrise sowie die krisenhaften Folgen der deutschen Einigungspolitik haben diese Konstellation dramatisiert. Nunmehr erscheint nämlich die Wirtschafts- und Währungspolitik der Bundesregierung und der Bundesbank in der Öffentlichkeit der EG-Partnerstaaten - zumindest potentiell - als Moment einer deutschen Renationalisierungsstrategie, die sich erst jetzt endgültig von den Folgen des Zweiten Weltkrieges - dabei jedoch als "später Sieger" - zu emanzipieren beginnt.

Die Veränderung der Kräfteverhältnisse und der politischen Problemlagen in Europa betrifft nicht allein die Aufwertung der "deutschen Frage", sondern auch - und damit eng verbunden - die künftige politische Rolle der beiden, traditionellen "Großmächte" in der EG, von Frankreich und Großbritannien. Die Insignien ihrer politisch exponierten Position (Siegermächte des II. Weltkrieges mit ständigem Sitz im UNO-Sicherheitsrat, Schutzmächte von Berlin, Atommächte, ehemalige Kolonialmächte mit außereuropäischen "Einflußzonen") sind offenkundig abgewertet worden. Offen ist ebenfalls, welchen Einfluß die "special relationships" zu den USA, über die die konservativen Regierungen in Großbritannien auch gegen die Achse Bonn-Paris (etwa im Hinblick auf den

---

146 "Der Feind erzeugt kraft seiner existentiellen Bedrohung die Verteidigung, den Verteidigungskonsens. Er 'vergemeinschaftet', und zwar nicht 'nur' durch Werte, sondern auch durch den Zwang zur Gegenreaktion". U. Beck, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/Main 1993, S. 131.

147 Vgl. dazu u.a. A. S. Markovits/ S. Reich, Deutschlands neues Gesicht: über deutsche Hegemonie in Europa, in: Leviathan, 1/1992, S. 15 ff.

Ausbau der WEU) ihren Einfluß auf die internationale und europäische Politik zu stärken versuchten, in der Zukunft spielen werden - u.a. auch deshalb, weil in den USA selbst klare Konturen einer neuen Europapolitik (und dabei einer Reorganisation der NATO) noch nicht erkennbar sind.

Alle diese - hier nur angedeuteten - Veränderungen in der politischen Positionierung der europäischen Großmächte in der Machtarchitektur des neuen Europa deuten darauf hin, daß der konkreten Ausfüllung der in Maastricht vereinbarten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eine erhöhte integrationspolitische Bedeutung zukommen wird - oder umgekehrt, daß jede Blockade der GASP die Integrationskrise in dem Sinne verstärken muß, daß die traditionellen Konflikte um politisch-militärische Führungspositionen bzw. um Hegemonie (und die damit verbundene Bündnisdiplomatie) wieder die Oberhand gewinnen. Das vollständige Scheitern des KSZE-Mechanismus, dem noch im Jahre 1990 (148) die Funktion für die Stabilisierung einer gesamteuropäischen Friedensordnung zugedacht wurde, angesichts des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, aber auch angesichts der Konflikt- und Gewaltpotentiale, die auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion eskalieren, unterstreicht diese Gefahren ebenso wie die Unfähigkeit der EG-Staaten, im Rahmen der in Maastricht vereinbarten GASP eine kohärente und effiziente Politik zu entwickeln. Die Entwicklung einer "europäischen Identität" scheint mithin auf dem Gebiet der Außenpolitik noch schwieriger zu sein als auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Trotz dieser zentrifugalen Tendenzen, die sowohl von der Weltwirtschaftskrise als auch von den Gesteinsverschiebungen und Erschütterungen in der politischen Architektur Europas ausgehen, gibt es freilich nach wie vor einen relativ breiten Fundus gemeinsamer und gemeinschaftlicher Interessen. Diese sind einerseits in der ökonomischen Logik der Weltmarktkonkurrenz begründet. Die europäischen transnationalen Konzerne, deren Repräsentanten schon als mächtige Lobby für das Binnenmarkt-Projekt agiert hatten, können kein Interesse an Desintegrations- und Renationalisierungsprozessen haben, die das mit dem Binnenmarkt erreichte Niveau der Marktintegration wieder in Frage stellen könnte (149). Daraus folgt eine Handlungslogik, die für die Vollendung und das erfolgreiche Funktionieren des Binnenmarktes zugleich auch - mehr oder weniger - jene gemeinschaftlichen Regulationsformen akzeptieren muß, die sich als politisch-institutionelle Binnenstruktur der EG herausgebildet haben. Und schließlich kann auch das Drohpotential, daß von politisch-militärischen Konflikten und sozialen Katastrophen im Osten sowie von dem Migrationsdruck über das Mittelmeer ausgeht, in der EG eine "Festungsmentalität" bestärken, die ihrerseits den Druck zur Bewältigung der derzeitigen Krise erhöht.

Der Fonds gemeinsamer und gemeinschaftlicher Interessen, den die Mitgliedstaaten der EG zu verwalten haben, ist also längst nicht aufgezehrt. Allerdings breiten sich in den entwickelten Gesellschaften Westeuropas Symptome einer Krise aus, die über die Analyse des EG-Systems oder der derzeitigen Konflikte im Prozeß des intergouvernementalen Interessenclearings - auch im Hinblick auf das weitere Schicksal

---

148 Zum KSZE-Gipfel von 1990 vgl. W. v. Bredow, Der KSZE-Prozeß, Darmstadt 1992, S. 144 ff.

149 Zumindest hier wirkt - wie R. Rode in bezug auf Deutschland mit Recht insistiert - die Logik des "Handelsstaates" bzw. der "Zivilmacht": "Es gibt keine starke deutsche Kapitalfraktion mehr, die wie vor dem ersten Weltkrieg und während der Weimarer Republik auf nationale Alleingänge setzt. Für erfolgreichen Wettbewerb in der Triade USA, Japan, Europa ist Deutschland als Basis zu klein. Das weiß niemand besser als das Management. Politische Gruppen, die für ihren deutschen Großmachtehrgeiz Finanziers suchten, hätten zweifellos große Schwierigkeiten beim 'fund raising'". R. Rode, Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon?, in: B. Schoch (Hrsg.), Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt/Main 1992, S. 203 ff., hier S. 224.

der Maastricht-Verträge - überhaupt nicht angemessen zu erfassen sind. Die "Krise der Politik" ist nicht allein eine Krise der politischen Klasse - also jenes über Jahrzehnte hinweg relativ stabilen Machtblocks, der sich aus den Eliten der "Staatsparteien", der Staatsapparate, der Verbände, der Wissenschaft und der Medien - mit vielfältigen Beziehungen und Vernetzungen zu den Wirtschaftseliten - rekrutiert hatte. Der Zerfall dieses Machtblocks - begleitet von einem z.T. dramatischen Legitimationsverlust der alten "Systemparteien" (vor allem in Italien) - ist letztlich der nur mehr oder weniger deutliche Ausdruck einer allgemeinen (nur in ihren Verlaufsformen national-spezifischen) Krise der modernen, westeuropäischen Gesellschaften.

Schon haben fundamentalistische Deutungsmuster vom "Kollaps der Modernisierung" (150) oder vom epochalen Konflikt der "zwei Modernen" (151) Konjunktur. Für eine Annäherung an den Begriff der Post-Maastricht-Krise der EG reicht es an dieser Stelle freilich aus, auf den Umbruch vom Fordismus zum Postfordismus (vgl. 2.), vor allem auf dessen Widerspruchspotentiale (vgl. 3.) zurückzugreifen. Diese waren schon in den 80er Jahren - sei es in der Form globaler sozialer Spaltungen und ökologischer Risiken, sei es in Gestalt der innergesellschaftlichen Segmentierungen - zu erkennen. Die "Schattenseiten" der weltmarktorientierten Modernisierung haben eine äußere und eine innere Dimension: die Spaltung zwischen den Zentren der Reichtumsproduktion und der Peripherie der Weltgesellschaft, in der sich Bevölkerungsexplosion, Armut und Unterentwicklung verdichten; und, die innergesellschaftlichen Erosionsprozesse in den Metropolen des Triaden-Kapitalismus. Modernisierung erweist sich als ein höchst widersprüchlicher Prozeß, mithin als ein "zweischneidiges Schwert". Gewinner und Verlierer werden - z.T. jenseits der alten Klassenstruktur und über die Auflösung traditioneller Klassenmilieus - neu sortiert. Die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum, technologischer Innovation und Beschäftigungssystemen wirkt seit den späten 70er Jahren als Expansion von gesellschaftlichen Sektoren, die durch Marginalisierung, Armut, Kriminalität, Entmoralisierung usw. charakterisiert sind. Dazu kommt - und dies scheint für die Krise der Politik der entscheidende Gesichtspunkt - das Zerbrechen gesellschaftlicher und politischer Stabilität "in der Mitte", also in den Kernsektoren des "fordistischen Blocks": "Durch den Abbau sozialer Sicherheiten und die sektoralen Strukturkrisen wurden auch innerhalb des Wohlstandskartells der Modernisierungsgewinner die klassischen modernen, also die industriegesellschaftlichen Konfliktlinien zwischen Kapital und Arbeit reaktualisiert. Dies führt zu einer quantitativ erheblichen Erosion und derzeit politisch nicht kalkulierbaren Verunsicherung des arbeitsgesellschaftlichen Kerns unserer Gesellschaft, der lange als durch Sozialstaatlichkeit, Sozialpartnerschaft und Konsumteilhabe nach dem 'fordistischen Modell' integriert galt" (152).

Daß sich diese Desintegrationsprozesse kontinuierlich fortentwickelt haben, ist in erster Linie auf eine - von der neokonservativen und neoliberalen Ideologie inspirierten - Politik zurückzuführen, die die Regulations- und Interventionsfunktionen des Staates im Bereich

---

150 So R. Kurz, Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie, Frankfurt/Main 1991.

151 "Die Menschen werden am Ende des 20. Jahrhunderts freigesetzt aus den industriegesellschaftlichen Lebensformen, wie sie beim Eintreten in die Industrieepoche freigesetzt wurden (und werden) aus ständisch-feudalen Selbstverständlichkeiten, Lebens- und Gesellschaftsformen. Daß beide Prozesse - der Übergang in die industrielle und der Übergang in die reflexive Moderne - sich an der Schwelle ins 21. Jahrhundert in Europa, aber auch in verschiedenen anderen Ländern der Erde überschneiden, macht die Erschütterung verständlich, die die Welt nach dem Zusammenbruch der Ordnung des Kalten Krieges erfaßt hat". U. Beck, Die Erfindung des Politischen, a.a.O., S. 149.

152 M. Vester, Eine neue Landkarte sozialer Milieus und Mentalitäten, in: Die Mitbestimmung, 7-8/1993, S. 18 ff., hier S. 21/22.

der Sozial- und Beschäftigungspolitik mehr und mehr zugunsten der Förderung der "Angebotsbedingungen" des weltmarktorientierten Kapitals verlagert hat. Während so die "Verflechtungsfalle" die nationalstaatliche Souveränität im Bereich der Wirtschafts- und Geldpolitik ausgehöhlt hat, wurde durch die "Schuldenfalle" (vgl. 3.2.) schließlich die Handlungsunfähigkeit des Nationalstaates gerade zu einem Zeitpunkt offenkundig, als mit der Weltwirtschaftskrise 1992/93 die Regierungen mit einem erweiterten sozial- und beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf konfrontiert wurden. Damit verengt sich der Handlungskorridor des Staates zu einer quasi-naturgesetzlichen "Ohnmacht" und die Legitimationsressourcen der demokratischen Systeme erodieren (153). Die Grenzen der Politik sind so Ausdruck der Tatsache, daß transnationale Akkumulation und gesellschaftliche wie politische Regulation immer weiter auseinanderfallen.

Die Spezifik der Post-Maastricht-Krise der EG besteht - so ist zunächst zu vermuten (154) - vor allem darin, daß sich zu Beginn der 90er Jahre - nach der kurzen Euphorie des Sieges im Kalten Krieg - strukturelle und konjunkturelle, ökonomische, soziale und politische Krisentendenzen (die auch je eigenen Logiken folgen) verdichten. Die EG verfügt jedoch weder über hinreichende Ressourcen, noch über die Macht, die institutionelle Kompetenz und die Legitimation, um Wege aus dieser Konstellation zu initiieren oder gar souverän zu gestalten. Die Schattenseiten der kapitalistischen Globalisierung schlagen auf die reichen Metropolen zurück - nicht zuletzt vermittels der Herausbildung von Dritte-Welt-Sektoren in ihnen selbst. Das neokonservative Projekt ist programmatisch - d.h. die Revitalisierung des Kapitalismus durch Marktfreiheit und Abbau des Sozialstaates versprechend - gescheitert. Gleichzeitig hat sich jedoch die politische Linke - die traditionelle sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung (mit Ausnahme einiger Gewerkschaften) ebenso wie die den "neuen sozialen Bewegungen" verbundene "neue Linke" - als Träger einer politischen und ökonomischen Alternative weitgehend aufgelöst bzw. ist enorm geschwächt worden.

Die Repolitisierung der Gesellschaft artikuliert sich überwiegend in lokalen und regionalen Räumen, in denen sich die "Schattenseiten" der weltmarktorientierten Modernisierung und der Deregulierungspolitik ballen. Auf der nationalstaatlichen Ebene polarisieren sich politische Kräfteverhälnisse im Spektrum "rechts von der Mitte" - sei es als Rekurs auf die Gewaltpotentiale des Staates (nach innen und außen), sei es als Sezessionsbewegungen bzw. als rechtspopulistische bzw. neofaschistische Bewegungen. Die ideologische Renationalisierung der politischen Kultur, die sich dabei vollzieht, schafft einerseits eine gleichgültige oder gar feindselige Distanz zum Projekt der "Europäischen Union". Auf der anderen Seite werden die Nationalstaaten in einer solchen Situation unvermeidlich mit der Herausforderung konfrontiert, daß zur Bewältigung dieser innergesellschaftlichen Spannungen vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik Souveränität zurückerobert werden muß, die mit der Anerkennung des Primats der weltmarktorientierten Modernisierung in der Ära der neokonservativen Hegemonie an die "unsichtbare Hand" der Weltmarktprozesse - genauer: an die transnationalen Konzerne und das internationale Finanzkapital - abgegeben wurde. Das allerdings würde bedeuten, daß auch die Fortsetzung des EG-

---

153 "Der Legitimationsdruck auf die demokratischen Systeme entsteht also wesentlich daraus, daß die relative Homogenität der Gesellschaft in der fordistischen Formation (im Sinne der Modifikation sozialer Ungleichheit und der Neutralisierung von krisenhafter Instabilität) nicht mehr zu gewährleisten ist und daß die zentralen Akteure des politischen Systems deshalb immer weniger die Funktion der Mobilisierung bzw. der Reproduktion von Legitimationsressourcen erfolgreich wahrzunehmen vermögen". F. Deppe, Kapitalismus und Demokratie, in: Sozialismus, 9/1993.

154 Vgl. dazu auch den Beitrag von Michael Felder in diesem Arbeitspapier.

Prozesses - jenseits der Maastricht-Perspektive - neuen politischen und gesellschaftlichen Inhalten und Zielen zu folgen hätte.

6.4. Wege aus der Krise?

Prognosen über die Überwindung der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Krise sind - in einer Epoche der "Unübersichtlichkeiten", der "Turbulenzen" oder, schlicht, des "Chaos" (155) - mit mannigfaltigen Unwägbarkeiten behaftet. Wann wird die derzeitige Weltwirtschaftkrise in einen neuen Aufschwung übergehen? Wird es sich dabei um ein - für die Triade-Regionen - synchrones oder asynchrones Wachstum handeln? Wie wird sich das Verhältnis von Wachstum und Beschäftigung entwicklen? Werden sich die Widersprüche und Risiken in der Weltgesellschaft, damit auch der Migrationsdruck, die Bevölkerungsexplosion in den ärmsten Regionen, die Gefahren ökologischer Konflikte und Katastrophen zuspitzen und beschleunigen? Welche Wege werden die ehemals staatssozialistischen Staaten Ost-, Südost- und Mitteleuropas einschlagen? Wird sich der politische und wirtschaftliche Verfall auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion weiter fortsetzen und zu militärischen Konfrontationen in großem Maßstab eskalieren? Dieser Fragenkatalog könnte erheblich ausgeweitet werden. Daß er keine eindeutigen Antworten zuläßt, eher noch Ängste nährt, markiert die Grenzen der Politik wie der Politikwissenschaft *und* damit aber auch die Einfallschneisen für politischen Irrationalismus, für nihilistische Politästhetik, für die Gewaltphantasien eines verzweifelten Neomachiavellismus usw. usf.

Für die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zeichnen sich dabei verschiedene Alternativen ab, die sich freilich auch überschneiden bzw. vermengen können. Bei der nachfolgenden Diskussion solcher Alternativen wird erstens die Hypothese eines bevorstehenden Verfalls bzw. Auseinanderbrechens der EG ausgeschlossen. Unsere Analyse der Post-Maastricht-Krise legt die Schlußfolgerung nahe, daß diese keineswegs vom Typus der "Existenzkrise" ist, sondern *noch* - wie frühere EWG-Krisen - als "Entwicklungskrise" zu charakterisieren ist. Dieser Krisentyp wirkt freilich nicht automatisch als "Katalysator", als "Reinigungsgewitter", ohne das kein neuer Aufschwung möglich ist. Sie kann auch - wie nach 1973/74 - eine längere Stagnationsperiode der Integrationspolitik einleiten, die dann - auf der Ebene der Politik in den institutionellen Kernbereichen der EG - den Maximen des "muddling through" (Sich-Durchwurstelns) folgt (156). Zweitens bewegen sich diese Alternativen zunächst noch im Rahmen jener großen Debatten, die seit den 50er Jahren die Tagesordnung der europäischen Integrationspolitik bestimmt haben (vgl. 1.): die zwischen "Atlantikern" und "Europäern" (wobei sich mit der Öffnung Osteuropas und dem Ende des Kalten Krieges hier in der Tat qualitativ neue Dimensionen gesamteuropäischer Politik konstituiert haben); die zwischen Befürwortern der Supranationalität und der intergouvernementalen Zusammenarbeit, und die zwischen Anhängern der Erweiterung und der Vertiefung der Integration (157). Die Skizze dieser Alternativen geht drittens von der Hypothese aus, daß in den Strukturen der Machtverhältnisse und der Institutionen der Innenpolitik der EG-Mitgliedstaaten keine tiefgreifenden Machtverschiebungen stattfinden. Es wird - häufiger als in der Vergangenheit - zu

---

155 J. M. Rosenau, Turbulence in World Politics, Princeton N.Y. 1990, führt den Begriff "Postnationalismus" ein, der "offen für Chaos oder für Kohärenz" ist.

156 Vgl. dazu J. Esser, Die Suche nach dem Primat der Politik, in: S. Unseld (Hrsg.), Politik ohne Projekt? Frankfurt/Main 1993, S. 409 ff., hier S. 426/7.

157 Vgl. O. Holman, Introduction: transnational class strategy and the New Europe, in: International Journal of Political Economy, Vol. 22, No. 1, Spring 1992, S. 3 ff., hier S. 10.

"Machtwechseln" zwischen konservativ-liberalen und sozial-liberalen Blöcken (bzw. zu "großen Koalitionen") kommen. Der "rechte Rand" wird dabei wahrscheinlich stärker werden. Und viertens muß offen bleiben, welche Rückwirkungen von denkbaren politischen, sozialen und militärischen Konflikten im Osten bzw. im Südosten Europas auf die *politische* Kooperationsbereitschaft in der EG - im Sinne von "Schockwirkungen" - aufgehen könnten.

- Die erste Entwicklungsvariante führt zu einer deutlichen Renationalisierung der Politik in Europa. Sie verzichtet auf das Projekt der Vertiefung der Integration - und dabei insbesondere auf die gemeinsame Währung und Währungspolitik - sowie auf das Projekt der "Europäischen Union", d.h. der institutionellen Vergemeinschaftung der EPZ und der GASP. Die Maastricht-Perspektive wird aufgegeben. Statt dessen favorisiert diese Politik die Bewahrung des Grundbestandes der EWG und des Binnenmarktes, soweit damit die Liberalisierung des Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs realisiert wird. Die Erweiterung dieser "Freihandelszone" - zunächst um die EFTA-Staaten Österreich, Finnland und Schweden sowie um Norwegen - wird damit zum integrationspolitischen Schwerpunkt der 90er Jahre. Das politische System der EG soll möglichst dezentralisiert und entbürokratisiert werden ("Subsidiarität"). Für die politische Willensbildung - auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik - soll am Prinzip der Intergouvernementalität festgehalten werden.

Die Anhänger dieser Politik - vor allem in Großbritannien und Frankreich - haben seit 1992 an Einfluß gewonnen. Nach der EWS-Krise vom Juli/August 1993 und der damit eingeleiteten Renationalisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik dürfte diese Position - auch als Rückzugsposition für Realisten, die Maastricht zwar befürworten, aber nun für einen "neuen Zeitplan" bzw. für eine "Atempause" plädieren - noch stärker werden. Der "Anti-Maastricht-Block" vereinigt allerdings politisch höchst disparate Kräfte: Rechtsradikale und Neofaschisten, die auf die Wiederbelebung des Chauvinismus in der "Nation Europa" setzen; Konservative, die die nationale Souveränität nicht preisgeben wollen; Neoliberale, die der EG als Instrument transnationaler politischer Regulation mißtrauen und die das Konstrukt der Gemeinschaftswährung ECU ablehnen; Sozialisten und Kommunisten, die die Dominanz der TNKs und des Finanzkapitals in der EG-Politik ablehnen und für eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik - im eigenen Lande wie in der EG insgesamt - eintreten; Ökologen und Radikaldemokraten, die die ökonomische Wachstumsorientierung sowie die Tendenz zur transnationalen Zentralisierung der EG-Politik mit der Programmatik des "ökologischen Umbaus" sowie der "Basisdemokratie" konfrontieren.

Es sind nicht allein die disparaten Interessen und Forderungen, die die Heterogenität und Labilität dieser Formation ausmachen. Darüber hinaus würde eine solche Renationalisierungstendenz im Rahmen der EG bestehende Defizite und Risiken eher noch verstärken bzw. neue Blockaden einer gemeinschaftlichen Politik hinzufügen. Zum einen ist der Anspruch, die volle nationale Souveränität auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Haushalts- und Geldpolitik zurückzugewinnen, angesichts des tatsächlichen Niveaus der transnationalen Verflechtung - und der daraus erwachsenden Anforderungen an transnationale politische Regulationsformen - illusionär. Gleichzeitig muß - zumal unter wirtschaftlichen und sozialen Krisenbedingungen - jeder Versuch in diese Richtung die zwischenstaatliche Konkurrenz auch in der EG im Sinne der klassischen (protektionistischen) "beggar-my-neighbour"-Politiken verstärken. Damit erodieren freilich die Grundlagen jenes Konsensus, der für die intergouvernementale Kompromißbildung im Ministerrat der EG letztlich eine unverzichtbare Voraussetzung ist - auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik ebenso wie auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik. Renationalisierung impliziert

notwendig eine noch schärfere Konfrontation der je besonderen nationalen Interessen. Auf diese Weise erhöhte sich zum anderen das Risiko, daß die "deutsche Frage" schließlich doch zum Sprengsatz der alten "EWG-EG-Philosophie" werden könnte. Johan Galtung hat gerade darauf hingewiesen, daß die Ausschaltung dieses Risikos eine zentrale Aufgabe deutscher Politik sei. "Wenn es nicht gelingt, die Welt davon zu überzeugen, daß in Deutschland nicht nur Symptome (des Fremdenhasses, des Neonazismus usw.) bekämpft, sondern die Wurzeln des Problems beseitigt werden, könnte der gesamte Prozeß der europäischen Einigung in Gefahr geraten (immer angenommen, daß dieser Prozeß ohne Deutschland sinnlos wäre), und Deutschland wäre mitten in Europa isoliert" (158).

- Die zweite Entwicklungsvariante hat schon einen Namen: "das Europa der zwei Geschwindigkeiten", oder: die Politik der "abgestuften Integration". In den Maastricht-Verträgen selbst ist eine solche Entwicklung vorgesehen. Die Möglichkeit des "opting out" (wie sie von Großbritannien sowohl bei der dritten Stufe der WWU als auch bei der Sozialpolitik wahrgenommen wird) und der Sonderstatus, der Dänemark nach dem ersten, ablehnenden Referendum beim EG-Gipfel von Edinburgh Ende 1992 zugestanden wurde (159), bilden Sonderregelungen, mit denen eine eine normativ-legislative Ungleichzeitigkeit in der Gemeinschaft anerkannt wird. Auch das Ausscheiden des britischen Pfundes und der italienischen Lira aus dem EWS im September 1992 war schon Indikator für eine stärkere Ausdifferenzierung von starken und schwachen Währungen, von Kern- und Peripheriestaaten für den Fortgang der Integration. "Noch vor dem Ende der Ratifizierung (der Verträge von Maastricht) wird klar, wohin die Reise geht: Nicht zu mehr 'symetrischer Interdependenz', sondern zu einem 'Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten' (oder der 'konzentrischen Kreise', eine 'géométrie variable', wie immer), das man sehr wohl als Anfang eines Desintegrationsprozesses verstehen kann" (160).

Das Konzept der "abgestuften Integration" wurde zuerst im sog. "Tindemans-Bericht" (Dezember 1975) entwickelt, den der damalige belgische Ministerpräsident im Auftrag der EG-Kommission erarbeitet hatte. Der Bericht sollte Auswege aus der Krise aufzeigen, in die die EWG durch die Weltwirtschaftkrise nach 1973 sowie infolge des Scheiterns der Beschlüsse über die WWU (vgl. 1.2.) geraten war. "Europa (geriet) in eine Krise, die uns Inflationsraten und Arbeitslosigkeit brachte, wie sie die heutige Generation noch nie erlebt hatte. Es ist also nicht verwunderlich, daß die Gemeinschaft unter dem Druck des überall spürbar werdenden Wiedererstarkens eng nationaler Belange wieder zerbröckelt, um so mehr, als diese Gemeinschaft in ihrer heutigen Form unausgewogen ist". Einen "neuen Lösungsansatz" sah Tindemans in der zeitweiligen Anerkennung einer abgestuften Integration: "Es ist unmöglich, heute ein glaubwürdiges Aktionsprogramm zu entwickeln, wenn man davon ausgeht, daß es absolut erforderlich ist, daß in allen Fällen alle Etappen von allen Staaten zurückgelegt sein müssen. Objektiv gesehen, bestehen in der Wirtschafts- und Finanzlage derart große Unterschiede, daß mit dieser Forderung jeder Fortschritt unmöglich wird und Europa weiter zerfällt". Die ökonomisch potenteren Staaten sollen hinsichtlich der Integrationsverflechtung voranschreiten - "die Staaten, welche die Möglichkeit haben, Fortschritte zu machen, (haben) auch die Pflicht, ... dies zu tun", während die "Staaten, welche vom Rat auf

---

158 J. Galtung, Deutschland und das Andere: Gibt es eine Therapie? in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 8/1993, S. 470 ff., hier S. 472.

159 Vgl. O. Schmuck, Der Gipfel von Edinburgh: Erleichterung nach einem europapolitisch schwierigen Jahr, in: Integration, 16. Jg., 1/1993, S. 33 ff.

160 M. Bonder, B. Röttger, G. Ziebura, Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft. Kritik des globalen Institutionalismus, in: Prokla, 91, 23. Jg., Juni 1993, S. 327 ff., hier S. 336.

Vorschlag der Kommission als objektiv anerkannte Gründe haben, nicht weiter vorzurücken, dies nicht tun". Die abgekoppelten Staaten sollen "von den anderen Staaten Hilfe und Beistand erhalten, soweit diese dazu in der Lage sind, damit sie die anderen einholen können" (161).

Die Umsetzung des Konzepts der "abgestuften Integration" nach der Ratifizierung von Maastricht würde einerseits eine zeitweilige Aussetzung bzw. Neuverhandlung des Zeitplanes für die Verwirklichung der WWU bedeuten. Andererseits müßte sich - nach dem derzeitigen Stand - die Zahl derjenigen Mitgliedstaaten erhöhen, die nach Maßgabe der "Konvergenzkriterien" (Art. 109j, EG-Vertrag) von weiteren "Fortschritten" - wie Tindemans formulierte - ausgeschlossen werden müssen. Sollte freilich in der nahen Zukunft die wirtschaftliche und soziale Ungleichzeitigkeit in der EG fortbestehen und sollte es nicht gelingen, die politischen Spannungen zwischen den großen Mitgliedstaaten der EG abzubauen, so dürfte jede "Atempause" hinsichtlich des Zeitplanes von Maastricht eher einer de facto "Beerdigung" gleichkommen.

Noch schwieriger wird hingegen die Frage zu beantworten sein, welche Blockbildungen zwischen den Mitgliedstaaten der EG *heute* denkbar und möglich sind, um den "Schellzug" und den "Bummelzug" zusammenzustellen. Für Tindemans war diese Unterscheidung noch relativ einfach: der Kern der sechs alten EWG-Gründerstaaten (Frankreich, Deutschland, Italien und die Benelux-Länder), der zugleich die entwickeltsten Regionen umschließt, sollte vorangehen, um die neuen Mitglieder sowie die weniger entwickelten Regionen zu "entlasten" und nachzuziehen. Inzwischen ist es nicht allein aufgrund der Sonderrolle, die Großbritannien für sich beansprucht, sondern auch aufgrund der Spannungen im EWS sehr viel schwieriger geworden, die Konturen solcher Blöcke zu umreissen. Solange die Achse Paris-Bonn als "Lokomotive" die Integrationspolitik anzieht, besteht eine tragfähige politische Basis für Kompromißbildungen, Moratorien, Abstufungen usw. fort. Einige Beobachter befürchten allerdings, daß sich die Erosion des EWS zur Bildung eines DM-Blocks, dem neben den Benelux-Ländern und Dänemark, die Beitrittsaspiranten Österreich und Schweden angehören, fortentwickelt. Dann wäre damit zu rechnen, daß sich die bereits vorhandenen Dissonanzen in den deutsch-französischen Beziehungen noch verstärken. Insbesondere in Frankreich wird dann der Einfluß derjenigen politischen Kräfte - auch in der Regierung - zunehmen, die eine Politik der Renationalisierung und der Formierung von politischen Allianzen in Europa zur Bändigung deutscher Hegemonie verfolgen. Die offensichtlichen Schwierigkeiten, die mit der Bewältigung der "deutschen Frage" in der Konstruktion der neuen europäischen Architektur verbunden sind, spielen demzufolge auch in diesem strategischen Feld eine wesentliche Rolle.

Die beiden bisher skizzierten Entwicklungsvarianten (Erweiterung statt Vertiefung; abgestufte Integration) bewegen sich im Rahmen von Erfahrungen und Entscheidungsoptionen, die bereits in den 7oer Jahren als Reaktion auf die damalige EG-Krise diskutiert und praktiziert wurden (z.B. die Einrichtung des EWS ohne Großbritannien und die Erweiterung der EG um drei Mittelmeerstaaten Anfang der 80er Jahre). Angesichts der politischen und sozialökonomischen Umwälzungen in Osteuropa stellt sich freilich die Frage, ob solche Konzepte - die in der Praxis nichts anderes als "muddling through" mit dem Ziel der Konservierung des erreichten Standes der Integration bedeuten - in den 90er Jahren überhaupt noch greifen können bzw. den neuen Herausforderungen europäischer Politik angemessen sind. Eine grundlegende Neukonzeptionierung des Projektes der

---

161 L. Tindemans, Die Europäische Union, zit. n. H.J. Axt/ F. Deppe, Europaparlament und EG-Erweiterung, Köln 1979, S. 70 sowie S. 80/81.

Europäischen Integration auf der Ebene der Regierungspolitiken - im Rahmen eines mehrheitsfähigen, intergouvernementalen Konsensus - scheint derzeit allerdings völlig unrealistisch. Eher noch würden sich, sofern eine solche Debatte ernsthaft angestoßen wäre, die bereits bestehenden ökonomischen und politischen Interessens- und Meinungsunterschiede verstärken (162). Daher beschränkt sich die Debatte über solche Alternativen bisher noch weitgehend auf die Diskurse von mehr oder weniger einflußreichen Intellektuellen und Wissenschaftlern, die zunächst einmal - im "Vorhof der Macht" - bei Parteien, Gewerkschaften und anderen Verbänden auf Resonanz hoffen.

- Der Osnabrücker Politikwissenschaftler Klaus Busch hatte schon kurz vor der Maastricht-Konferenz im Dezember 1991 davor gewarnt, die Perspektive einer Vertiefung der EG-Integration über den Ausbau der WWU - und insbesondere der gemeinsamen Währung - in den Vordergrund zu rücken: "An der weithin akzeptierten politischen Formel, die Erweiterung der EG setze ihre Vertiefung voraus, (sind) nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Zweifel angebracht ... Es spricht vieles dafür, daß die ökonomischen und politischen Krisen im Osten des Kontinents eine neue Europakonzeption erfordern. Die EG sollte von den Plänen zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion Abstand nehmen und an einem Europäischen Haus bauen, das die größtmögliche Zahl europäischer Staaten umfaßt und auf drei Säulen basiert: einem *Wirtschaftsverbund* mit einem einheitlichen Binnenmarkt als Kernbereich, einem *Währungsverbund* in Form eines Systems fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse und einem *Sicherheitsverbund*, der sowohl den militärischen Beistand zwischen den Mitgliedstaaten als auch Eingriffsmöglichkeiten in die 'inneren' Angelegenheiten derjenigen Staaten beinhaltet, die von friedensbedrohenden Nationalitätenkonflikten erschüttert werden" (163).

Dieses Programm wird sich freilich schnell mit dem Einwand konfrontiert sehen, daß weder die ökonomischen noch die politischen Voraussetzungen gegeben sind, um die drei Verbundsysteme in den Bereich Wirtschaft, Währung und Sicherheit in einer auf 20 bis 25 Staaten erweiterten gesamteuropäischen Union zu realisieren. Muß nicht schon die Idee eines gesamteuropäischen, einheitlichen Binnenmarktes als höchst illusionär erscheinen, wenn man bedenkt, wie schwierig es gewesen ist und nach wie vor ist, das Projekt eines einheitlichen Binnenmarktes in der 12er-EG zu implementieren? Und vielfach schwieriger dürfte noch die Realisierung der beiden anderen Verbünde sein, zumal sich seit 1991 die politischen Interessendivergenzen zwischen den führenden EG-Staaten hinsichtlich der Beziehungen zu Osteuropa noch verstärkt haben: "Deutschland ist schon aufgrund seiner geographischen Lage von möglichen negativen Entwicklungen in Osteuropa am meisten tangiert und daher an Unterstützung für die dortige wirtschaftliche und politische Stabilisierung auch am meisten interessiert. Ökonomisch mit der Integration

---

162 Das betrifft vor allem die Osteuropa-Politik der EG: "Vor allem aus dem Blickwinkel der EG-Peripherie (vor allem die Mittelmeerländer) sind die osteuropäischen Volkswirtschaften potentiell gefährliche Konkurrenten, weil diese von ihrer Außenhandelsstruktur her ähnlich wie sie selbst sind. Nur durch eine Mischung von 'Zuckerbrot' (verschiedene Zugeständnisse und das Versprechen auf höhere Ausgleichzahlungen an den Süden) und 'Peitsche' ('wenn ihr nicht mitmacht, laufen die Entscheidungen gegen euch') konnten die ärmeren EG-Länder vor und auf der Maastricht-Konferenz Anfang Dezember 1991 von einer Obstruktionsstrategie abgebracht werden. Bestätigen sich die Befürchtungen der ärmeren EG-Mitglieder, wegen der vor allem von Deutschland forcierten Kooperation mit Osteuropa, Wettbewerbsnachteile in Kauf nehmen zu müssen, dann dürfte sich die Kompromißbereitschaft und insgesamt die Atmosphäre innerhalb der EG in Zukunft kaum harmonischer gestalten". A. Pradetto, Europa nach der Revolution. Ost und West vor säkularen Herausforderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 6/ 1992, S. 3 ff., hier S. 8.

163 K. Busch, Die EG und die Architektur Europas nach dem Zerfall der Sowjetunion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 11/ 1991, S. 669 ff., hier S. 670.

der ehemaligen DDR erheblichen Belastungen unterworfen, setzt die deutsche politische Elite alles daran, das osteuropäische Problem zu europäisieren, d.h. die EG zu engagieren. Frankreich dagegen betrachtet den zentral- und osteuropäischen Raum mehr oder weniger bereits als deutsche Einflußsphäre und befürchtet, das Einbeziehen Osteuropas habe eine Stärkung der deutschen Position in der Gemeinschaft zur Folge. Außerdem spielen wirtschaftliche Vorbehalte (u.a. mögliche Agrar- und Stahlexporte aus Osteuropa) eine Rolle. Großbritannien wiederum wehrt sich gegen eine ökonomische und politische Vereinheitlichung der Gemeinschaft, die nach Londoner Ansicht nur die deutsche Dominanz in der Gemeinschaft zementieren bzw. ausbauen würde, und sieht in einer Annäherung Osteuropas ein Mittel zur Verhinderung einer Politischen Union" (164). Peter Glotz warnt ebenfalls vor der Illusion eines "grand design" hinsichtlich der Entwicklung der Beziehungen zwischen Ost- und West(EG)-Europa: "Der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, scheint einen ziemlich einsamen Kampf zu kämpfen. Die große Anstrengung des Westens, die Marshallplan-Anstrengung, wird nicht mehr unternommen werden. Die Vereinigten Staaten sind dafür schon zu schwach. Japan wittert seinen Erfolg auch ohne Aufpäppelung osteuropäischer Märkte, und die Europäische Gemeinschaft ist zu uneinig" (165).

- Diese kritischen Einwände lassen sich auch gegen die Position des Bremer Ökonomen Jörg Huffschmid wiederholen, der unmittelbar nach der Maastricht-Konferenz eine Neuorientierung der Europapolitik in Richtung auf gesamteuropäische Kooperation und Integration forderte. "Die wirtschaftlich unzureichenden und politisch abwehrenden Reaktionen der EG auf die Umbrüche in Osteuropa belegen, daß ihre politische Klasse die grundsätzliche Veränderung der europäischen Zukunftsperspektiven noch nicht erkannt, jedenfalls nicht in ein neues europäisches Gesamtkonzept umgesetzt hat. Sie sperrt sich gegen die Einsicht, daß die bisherige Art und Struktur der EG-Integration nicht einfach fortgesetzt werden kann, daß an ihre Stelle vielmehr eine gesamteuropäische Perspektive treten muß. Deren Grundlage ist zumindest in einer wesentlichen Hinsicht vergleichbar mit den Prinzipien, die die Gründung von Montanunion und EWG geleitet haben: Wirtschaftliche Integration wurde damals als wesentliches Mittel angesehen, um das historisch angehäufte, und immer wieder militante Auseinandersetzungen und Kriege anheizende Konfliktpotential zu entschärfen und eine stabile Basis für friedliche Koexistenz und Kooperation der Völker in Westeuropa zu schaffen". Wie Klaus Busch plädiert auch Jörg Huffschmid für die Vorbereitung auf einen "gesamteuropäischen Binnenmarkt". Eigene Akzente setzt er vor allem in zwei Bereichen: zum einen erfordert eine gesamteuropäische Integrationsstrategie einen "umfangreichen Finanztransfer" von West- nach Osteuropa", der - wenn die Transfers von Nord- nach Südeuropa fortbestehen sollen - eine drastische Anhebung der "Eigenmittelausstattung der EG" wie eine ebenso drastische Reform ihrer Ausgabenstruktur notwendig macht. Zum anderen plädiert er für eine grundlegende Veränderung der Wirtschaftspolitik: "die einseitige Ausrichtung der ökonomischen Integration an Marktliberalisierung und Deregulierung und an einer ausschließlich auf Preisstabilität orientierten Wirtschaftspolitik (ist) aufzugeben. Stattdessen sollte ein differenziertes und weiterreichendes wirtschaftspolitisches Regulierungsinstrumentarium eingesetzt werden" (166).

---

164 A. Pradetto, Europa nach der Revolution ..., a.a.O., S. 8.

165 P. Glotz, Die Einheit und die Spaltung Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 6/1992, S. 50 ff., hier S. 59/60.

166 J. Huffschmid, Überwindung oder Vertiefung der Spaltung Europas? Plädoyer für eine andere Integrationspolitik der EG, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1992, S. 316 ff., hier S. 326/7.

Die Hindernisse, die sich der Verwirklichung eines solchen Programms in den Weg stellen, sind leicht auszumachen. Die Erhöhung der Eigenmittel der EG stößt auf den erbitterten Widerstand der Regierungen der großen Mitgliedstaaten, der sich angesichts der je nationalen "Verschuldungskrisen" und aufgrund der gegenwärtigen Wirtschafts- und Beschäftigungskrise noch versteifen wird. Finanztransfers nach Osten werfen angesichts "knapper Kassen" - wie bereits erwähnt - zusätzliche Verteilungskonflikte innerhalb der EG ("Nord-Süd-Spaltung") auf. Daher steht die Idee der Neuauflage eines "Marshall-Planes" für Osteuropa auf schwachen Füßen (167). Und schließlich würde eine Abkehr von den neoliberalen und monetaristischen Prämissen der Wirtschaftspolitik qualitative politische Machtveränderungen in den Mitgliedstaaten der EG - bzw. in der Welt der G-7-Staaten - voraussetzen.

- Die Braunschweiger Forschergruppe um Gilbert Ziebura spricht sich ebenfalls für eine grundlegende Neuorientierung der Europapolitik aus. Wenn die Spaltung des Kontinents und eine Peripherisierung der meisten ehemals staatssozialistischen Länder verhindert werden soll, dann muß sich die EG nach Osten "öffnen". Sie muß "aktiv und altruistisch an der Konsolidierung Osteuropas mitwirken und erst dann über eine gesamteuropäische Integration ... reden". Folgende Schritte werden dabei vorgeschlagen: umfassende Modernisierung der intraregionalen Wirtschaftsbeziehungen im ehemaligen RGW; die EG muß ihren Markt für Osteuropaexporte öffnen (auch in sensiblen Bereichen wie Agrarprodukte, Textilien usw.); umfangreiche Kredite, "um die Handelsbilanzdefizite finanzieren zu können, die notwendigerweise durch den Import westlicher Investitionsgüter entstehen werden ... Ein wichtiger Schritt wäre die Errichtung einer Zahlungsunion im ehemaligen RGW, um dem Devisenmangel im intra-regionalen Handel zu begegnen" (168).

Um diesen Weg zu öffnen, muß der "Primat der Ökonomie" - d.h. die Vorherrschaft des Marktes und der Profitproduktion - durch einen "Primat der Politik" gebrochen werden, der "dezidierter als bisher Zielvorstellungen und Rahmenbedingungen setzt und dabei die Marktdynamik soweit wie möglich unbeeinträchtigt läßt" (169). Als ein konkretes Projekt ("Joint-Project") nennen die Autoren die "Modernisierung der Infrastruktur Osteuropas", genauer: den Aufbau eines modernen Schienen- bzw. Hochgeschwindigkeitsnetzes für Europa. "Wie der Eisenbahnbau im 19. Jahrhundert könnte der Bau einer solchen Ost-West-Trasse den großen, entscheidenden Wachstumsimplus liefern, den der Osten als Take-Off-Phase für die weitere Industrialisierung dringend braucht" (170).

Die Autoren beklagen - als Signum eines fatalistischen Krisenbewußtseins der Gegenwart - den Mangel an "Konzepten (um nicht zu sagen: Visionen)", um den Herausforderungen der neuen Weltära zu begegnen. Ihr Programm einer "Repolitisierung" fassen sie in der folgenden Zielperspektive zusammen: "An die Stelle nationalstaatlicher Strategien muß die gemeinsame Entwicklung eines transnational-europäischen Gesellschaftsprojektes treten, das zum Ziel hat, eine entwicklungsfähige internationale Arbeitsteilung zwischen den alten westeuropäischen Zentren und der neuen Peripherie in Osteuropa bis nach Nordafrika entstehen zu lassen. Nicht auf ein Europa der konzentrischen Kreise, die ein

---

167 Das Projekt eines solchen Marshallplanes in Gestalt einer "Gesamteuropäischen Aufbauorganisation" (GEA) mit einem Fonds, dessen Finanzierung von EG, EFTA, USA und Japan erfolgen sollte, erneuern W. Weidenfeld/ M. Hutterer: Der Westen und die Stabilisierung der Demokratie in Osteuropa, in: Europa-Archiv, 12/1992, S. 325 ff., bes. S. 332 ff.; kritisch zu solchen Vorschlägen - vor allem unter Berücksichtigung der Schuldenproblematik - vgl. K. Hübner, Ein Marshall-Plan für Osteuropa: Pro und Contra, in: Vereinte Nationen, 2/1992, S. 51 ff.

168 M. Bonder, B. Röttger, G. Ziebura, Deutschland in einer neuen Weltära, a.a.O., S. 140/141.

169 Ebd., S. 209.

170 Ebd., S. 141/2.

für allemal feststehen, kommt es an, sondern auf ein Europa, in dem diese Arbeitsteilung jenen Wohlstand produziert, der imstande ist, Gesellschaft und Demokratie zu stabilisieren. Am Ende könnte ein großeuropäisch-afrikanischer Raum entstehen, der, sich selbst bestimmend, aber eingebettet in übergreifende Strukturen eines multipolaren Weltsystems, seinen Beitrag zu einer 'neuen Weltordnung' leistet, die endlich diesen Namen verdient" (171).

Die Reflexion der Frage, welche gesellschaftlichen und politischen Kräfte als Träger einer solchen Alternative wirken könnten, veranlaßt auch die Verfasser dieser - im positiven Sinne - visionären Programmatik zu pessimistischen Schlußfolgerungen (172). Das hat weniger damit zu tun, daß sie - dem vorherrschenden Trend der sozialwissenschaftlichen Theoriedebatten folgend - gesellschaftliche und politische Evolution nur noch als einen Prozeß "ohne Subjekt" zu denken vermögen. Eher sind sie - für die Gegenwart - skeptisch hinsichtlich der kurzfristigen Möglichkeiten, den neokonservativen und -liberalen "Block an der Macht", der transnational auf den "Primat der Ökonomie" setzt, durch neue Mehrheiten abzulösen, deren Politik auf die Durchsetzung eines anderen transnational-europäischen Gesellschaftsprojektes gerichtet ist - eine Politik, die zudem auf die Revitalisierung autonomer sozialer Bewegungen wie z.B. der Gewerkschaften (173) und anderer "zivilgesellschaftlicher" Initiativen angewiesen wäre.

Vielleicht rührt solcher Pessimismus aber auch aus jenem objektiven Widerspruch unserer Zeit, daß die Transnationalisierung von Ökonomie und Politik eben nicht - quasi-naturwüchsig - eine entsprechende Transnationalisierung der Politik - sowohl hinsichtlich der institutionellen Gestaltungsmöglichkeiten als auch hinsichtlich der Gegenmachtpotentiale politischer und sozialer Akteure - nach sich zieht. Mehr noch, daß sie solche Potentiale systematisch blockiert - und gerade darin manifestiert sich die gesellschaftliche Formbestimmtheit sowie der Herrschaftscharakter solcher Prozesse. Die Suche nach Plattformen transnationaler Politik, für die es nur imaginäre, aber keine realen Subjekte gibt, würde sich so in einem Zirkel bewegen, der die Vergeblichkeit solcher Bemühungen schon vorprogrammiert hat. Daraus folgt freilich nicht, daß auf die Formulierung eines alternativen, transnational-europäischen Gesellschaftsprojektes verzichtet werden muß. Im Gegenteil! Der Kampf um einen neuen "Primat der Politik" - mit dem Ziel der Überwindung der derzeit herrschenden Machtkonstellationen - hat allerdings nur dann eine Chance, wenn er aus einer lokalen, regionalen und nationalen Repolitisierung hervorwächst, die die sozialen und ökologischen Dimensionen transnationaler Vergesellschaftungsprozesse - vor allem im Hinblick auf eine grundlegende Reform des Beschäftigungssystems - als Gegenstand eines neuen Gesellschaftsvertrages hegemonial zu thematisieren vermag.

---

171 Ebd., S. 205.

172 Vgl. ebd., S. 209/10.

173 E. Altvater und B. Mahnkopf fassen ihre Analyse der neuen europäischen Herausforderungen an die gewerkschaftliche Politik - nach "Mauer und Maastricht" - in dieser Perspektive zusammen: "Gewerkschaften können tarifpolitisch nur erfolgreich sein, (auf europäischer Ebene mehr als im nationalen Raum), wenn sie es vermögen, eine politische Öffentlichkeit gegen den Vorrang der monetären vor der sozialen Integration zu mobilisieren. Unter anderem geht es dabei auch um die Stärkung des demokratischen Prinzips gegen den Plutokratismus der Zentralbank ('Demos gegen Pluto'), für die Formulierung einer europäischen Sozialcharta, eine gewisse Koordination der Finanzpolitik der Regierungen, für eine europäische Umweltpolitik, die nicht hinter Agrarmarkt und Währungspolitik in jeder Hinsicht - in finanzieller und personeller Ausstattung, Seriosität der Absichten etc. - hinterherhinkt. Gewerkschaften als intermediäre Organisationen der Vermittlung von Mitglieder- und Systeminteressen können dieser Funktionsbestimmung nur gerecht werden, wenn sie 'auf das System' politisch Einfluß zu nehmen versuchen - durch Mobilisierung der Mitglieder und die Gestaltung neuer Alternativen im politischen Raum". E. Altvater/B. Mahnkopf, Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung, Münster 1993, S. 263.

Michael Felder

Die Krise des EG-Systems und Perspektiven seiner Weiterentwicklung in den neunziger Jahren

1. Die Krise der EG in der Debatte um Maastricht

Während noch zu Beginn der neunziger Jahre in der internationalen Öffentlichkeit die Diskussion um die "Weltmacht Europa"[1] geführt wurde, ist die Feierstimmung zu Beginn des Geburtsjahres des Binnenmarktes dahin. Die europäische Einigung droht - nach einer unbestreitbar erfolgreichen Phase - an neuen Aufgaben und den durch den Integrationsprozeß selbst geschaffenen Widersprüchen ins Straucheln zu geraten. Betrachtet man die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft, so scheint dies nicht weiter verwunderlich zu sein, sondern vielmehr der Normalität des Integrationsprozesses geschuldet. Die Ungleichmäßigkeit der sozialökonomischen Strukturen führte in der Vergangenheit zur permanenten Reproduktion gegensätzlicher Interessen und stellte damit zugleich eine Schranke der Integration dar.[2] Der Vergleich mit den Krisenprozessen zu Beginn der achtziger Jahre drängt sich geradezu auf. "Wie bei einer Pendelbewegung schwingt ... die öffentliche Aufmerksamkeit von Europa auf die Nation zurück."[3] Diese Charakterisierung der Gemeinschaft durch Werner Weidenfeld vor über einem Jahrzehnt könnte auch heute das Fazit der Lektüre der Leitkommentare der großen europäischen Zeitungen zur Debatte um die Verträge von Maastricht sein.

Schon eine oberflächliche Betrachtung läßt jedoch die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Phasen schnell in den Hintergrund treten. Zum einen erfolgte in den achtziger Jahren ein sozioökonomischer Strukturwandel innerhalb der Triade, der in Europa wesentlich durch das Binnenmarktprojekt geprägt wurde und durch den sich die alten Interessengegensätze entschärften. Zum anderen unterscheidet sich der Charakter der gegenwärtigen Krise der EG, die Legitimationskrise, grundlegend von dem bisheriger Stagnationsphasen.

Während sich seit der Weltwirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre die nationalstaatliche Verfaßtheit der Akkumulationsstrukturen als eine zentrale Ursache für die Krisenhaftigkeit des Integrationsprozesses erwies, stellen die in den achtziger Jahren entstandenen internationalen und europäischen Kapitalstrukturen gerade einen Stabilisator für den weiteren Verlauf des Integrationsprozesses dar. Schließlich bilden der gemeinsame Binnenmarkt und die durch ihn erfolgte Modernisierung der europäischen Wirtschaft die Grundlage für die Erwartung, die EG-Staaten könnten die momentane Rezession ohne größere Schwierigkeiten bewältigen. "Die Gemeinschaft hat sich auf eine aggressive

---

1 Burstein, Daniel, Weltmacht Europa. Die Öffnung des Ostens und der Europäische Binnenmarkt verändern das Kräfteverhältnis in der Welt, München 1991.

2 Vgl. Deppe, Frank, Zur ökonomischen und politischen Struktur des Integrationsprozesses, in: Deppe, Frank (Hg.), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration, Hamburg 1975, S. 175-284.

3 Weidenfeld, Werner, Nation oder Europa - Ein Mythos der westdeutschen Nachkriegspolitik, in: EG-Magazin 10-11/1981, S. 20.

Welt eingestellt, deren Grenzen offener sind und in der der Wettbewerbsdruck offener geworden ist. Diese Fortschritte erlauben uns, schlechte Zeiten besser zu überstehen."[4]

Während die "alte Krise" im wesentlichen auf den Interessengegensätzen zwischen den Nationalstaaten beruhte, verläuft nun die Spaltungslinie quer durch alle Gesellschaften - als Konflikt zwischen den Regierenden und dem Volk - und tritt als Legitimationskrise auf. Der "permissive Konsens" (Lindberg), der bisher die Zustimmung zum Integrationsprozeß sicherte, scheint sich aufzulösen, mehr noch: die bisher durchgängig verfolgte Form der elitengeleiteten Integration erweist sich als hinfällig. Obwohl nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutetes FORSA in der Bundesrepublik Deutschland im Juni 1993 53 Prozent der Befragten bei einer Volksabstimmung für Maastricht votieren würden, sinkt die Zustimmung zu einer einheitlichen europäischen Währung auf 31 Prozent ab.[5]

Damit werden zwar die neuen Dimensionen der Krise der Integration angedeutet, unklar bleibt jedoch, was die Substanz der Legitimationskrise ausmacht. Handelt es sich um einen Wertkonflikt über die Grundideen des weiteren Integrationsprozesses? Lösen sich die Legitimitätsgrundlagen wegen der Leistungsdefizite des Integrationsprozesses auf?

Eine Analyse der Ereignisse des Jahres 1992 gibt nur Ansatzpunkte für eine Antwort auf die Frage nach dem Charakter der EG-Krise. Das Scheitern des dänischen Referendums im Juni 1992 kann kaum als Wendepunkt des Integrationsprozesses bezeichnet werden. "Ein Unfall, gar nur ein Zufall zunächst, ausgelöst durch die wenigen Tausend dänischen Wähler, doch sofort ausgreifend hin zu einem viel bedrohlicheren Fast-Unfall. Nur durch einen weiteren Zufall, die Mehrheit von ein paar hunderttausend Stimmen im französischen Maastricht-Plebiszit vom 20. September, mündet er nicht in einen Europa-GAU."[6] Das dänische Referendum löste jedoch eine intensive Debatte um den Vertrag von Maastricht aus. Seitdem entwickelte sich Stück für Stück im Wechselspiel von weiteren Integrationsrückschritten und einer verstärkten öffentlichen Kritik an Maastricht, die teilweise in eine allgemeine Kritik der bisherigen Integrationslogik umschlägt, die momentan bestehende Legitimationskrise der EG. Die einzelnen Rückschläge für den Integrationsprozeß - wie der knappe Ausgang des französischen Referendums, die Krise des EWS, der Ausstieg der Schweiz aus dem EWR, die außenpolitische Lähmung der EG im Jugoslawienkonflikt, die handelspolitischen Spannungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik sowie die Debatte um die Konformität des Unionsvertrages mit dem Grundgesetz in der Bundesrepublik - schufen erst in ihrer Gesamtheit und in Verbindung mit der mangelnden Akzeptanz europäischer Politik jenen explosiven Sprengsatz, der seitdem den Integrationsprozeß bedroht.

Den kontrovers geführten Debatten um Maastricht in den einzelnen Ländern ist gemein, daß einer positiven Bewertung des Vertragswerkes durch die Regierungen und die größten Oppositionsparteien eine breite gesellschaftliche Ablehnung, die vielfach auf diffusen Ängsten und Sorgen beruht, entgegensteht. Aufgeschreckt durch die darin wiederum zum Ausdruck kommende "Krise der Politik" machten sich die PolitikerInnen auf die Suche nach den Ursachen der neuen "Europaverdrossenheit". Nachdem die politischen Akteure auf die weltpolitische Zäsur von 1989 mit einer Beschleunigung der bisherigen Integrationslogik reagierten, soll nun die Akzeptanz für die neuen Integrationsschritte im

---

4 Delors, Jaques, Entwicklungsperspektiven der Europäischen Gemeinschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1/1993, S. 3-9, hier: S. 4.

5 Vgl. Die Woche vom 1.7.1993.

6 Koch, Claus, Marktherrschaft. Von den kommenden Umwälzungen in Westeuropa, in: Merkur 1/1993, S. 1-14, hier: S. 2.

nachhinein geschaffen werden. Die Regierungen schwanken dabei zwischen einer Politik der pragmatischen Verteidigung der Integrationsziele, um der anscheinend durch die "Kompliziertheit der Verträge" und der mangelnden Informationspolitik verursachten Europaverdrossenheit entgegenzuwirken, und einem zunehmenden Rekurs auf den Nationalstaat, um nicht selbst in den Strudel der Legitimationskrise der EG gezogen zu werden. "Erschrocken vor dem massiven Einbruch nationaler Ressentiments und ihrer glatten europapolitischen Entscheidungsabläufe haben sie die EG zum Sündenbock der Europaverdrossenheit der Bürger gemacht. (...) Die EG ist plötzlich der selbständige, gefährliche Gegner der tapfer kämpfenden nationalen Regierungen geworden und nicht mehr das Produkt dessen, was die Regierungen ihr an Kompetenz überlassen wollen."[7]

Die These einer "Rückkehr des Nationalstaates", die zunächst durch die Umbruchprozesse in Osteuropa und das Ende der Systemkonkurrenz an Popularität gewann, wird nun auch durch die europäischen Krisenprozesse begründet. Während die wissenschaftlichen Eliten bis vor kurzem noch der "Binnenmarkt-Europhorie" verfallen waren, nehmen sie nun angesichts der unerwarteten Krisenprozesse Zuflucht zum Mythos der Nation als allgemeinem Prinzip der Geschichte. "Die größten Schwierigkeiten haben der Demokratie ... Nationalitätenvielfalt, ethnischer Pluralismus, Sprachkonflikte bereitet, während sie Klassengegensätze erstaunlich erfolgreich zu handhaben und zu relativieren gelernt hat ... ."[8] Die Legitimationskrise der EG ist aus dieser Perspektive Folge einer fehlenden kollektiven politischen Identität, die sich herausbildet "in der Erfahrung der Zugehörigkeit und in der Gegenerfahrung des Fremdseins. Die Erfahrung des Fremden aber begegnet dem Europäer unverändert zuerst und vor allem in Gestalt des Europäers anderer Nationalität."[9]

Die Renaissance des Nationalstaates dient zugleich als Legitimationsgrundlage für eine den nationalen Interessen verpflichteten Politik. Besonders prägnant formulierte Wolfram Engels in Anlehnung an das "Vermächtnis" von Charles de Gaulle diese "neue" Erkenntnis für die Politik der Bundesrepublik: "Interessen sind kalkulierbar, Ideale sind es nicht. Jeder einzelne von uns hat Freunde; Deutschland aber hat Interessen."[10] Zwar sind innerhalb der großen politischen Parteien solch klare Töne nur am Rande zu vernehmen, jedoch läßt sich auch hier ein Meinungsumschwung feststellen. Während die CDU sich noch auf ihrem Wiesbadener Parteitag von 1988 zum "europäischen Bundesstaat" als Ziel des Integrationsprozesses bekannte, soll diese Bestimmung in dem 1994 zu verabschiedenden Grundsatzprogramm nicht mehr enthalten sein.[11] Es vollzieht sich eine Abkehr von der Idee der Politischen Union Europas.

In der Bundesrepublik wird in der Debatte um Maastricht zugleich über das neue Selbstverständnis des größer gewordenen Deutschlands verhandelt. Zur Disposition stehen nicht nur die Vereinbarungen des Vertrages von Maastricht, sondern generell die bisherigen Ziele und Wege der Integration, da die Verträge von Maastricht in der Kontinuität

---

7 Bonder, Michael, Die Nation schlägt zurück, in: perspektiven ds 4/1992, S. 240-251, hier: S. 249.

8 Kielmannsegg, Peter Graf von, Ein Maß für die Größe des Staates. Europa fehlt die Zustimmung der Bürger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.12.1992.

9 Ebd.

10 Engels, Wolfram, Völker haben Interessen, in: Wirtschaftswoche Nr. 53 vom 24.12.1992, S. 130. Die der Argumentation zu Grunde liegende Auffassung, die Außenpolitik der "alten Bundesrepublik" hätte sich bisher an der Logik eines "friedlichen Handelsstaates" orientiert, widerlegt Statz, Albert, Zwischen neuer Machtpolitik und Selbstbeschränkung. Deutsche Außenpolitik am Scheideweg, in: Schoch, Bruno, Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt a.M. 1992, S. 229-256.

11 Vgl. Feldmeyer, Karl, Kein Staatenbund, kein Bundesstaat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.10.1992.

der mit der Einheitlichen Europäischen Akte eingeschlagenen Integrationsstrategie liegen.

Sie knüpfen an den Weg der "begrenzten Reform"[12] und an die Priorität der Marktintegration an.[13] Insofern kann der Vertrag von Maastricht auch nicht als qualitativer Sprung in eine "supranationale EG" verstanden werden. Festzustellen ist vielmehr eine Gleichzeitigkeit bei der Entwicklung unterschiedlicher Integrationsformen - von primär intergouvernementalen bei der GASP bis zu supranationalen Elementen bei der WWU.

Umstritten ist diese Strategie in der Bundesrepublik erst, seitdem der "überforderte Eurohegemon"[14] nicht mehr in der Lage ist, seine Austeritätspolitik aufrechtzuerhalten und die "Verklammerung von Austeritätspolitik und deutscher Hegemonie"[15] zerbricht. Die Perspektiven des "Modells Deutschland" und dessen Placierung im europäischen Kontext bilden den Dreh- und Angelpunkt der Diskussion um die Wirtschafts- und Währungsunion, die ordnungspolitischen Grundpositionen, die demokratische Qualität und Legitimation des Integrationsprozesses, die institutionelle Weiterentwicklung der EG und der Verflechtung zwischen regionaler, nationaler und europäischer Politik. Die Kernfrage lautet, ob sich die Bundesrepublik in einen verläßlichen internationalen Kooperationsrahmen durch die Aufgabe von Souveränitätsrechten einfügt oder ob eine nationale Interessenspolitik im Sinne von Machtpolitik betrieben und erst auf dieser Grundlage internationale Kooperation als ein "Zusätzliches" angestrebt werden sollte. Beide Optionen wurden - wie Bernd Röttger hervorhebt - in der deutschen Debatte auf die Alternative einer Europäisierung des "Modells Deutschland" oder - im Sinne der Maastricht-Gegner - eines "Europa ohne Deutschland" reduziert.[16] Entlang dieser Scheidelinie werden alle den Integrationsprozeß betreffenden Fragen entschieden. So gilt den Befürwortern des Vertragswerkes eine Beschleunigung des Integrationsprozesses durch die "Flucht nach vorn"[17] als alleinige Garantie für demokratischere Strukturen, während nach Ansicht der Kritiker der zentralistisch-hierarchischen EG nur mit einer klaren Begrenzung ihrer Kompetenzen und einer verstärkten intergouvermentalen Kooperation begegnet werden kann.[18]

Eine genauere Analyse der momentane Krisenprozesse wird in der Maastricht-Debatte nicht vorgenommen. Während sich die Befürworter einer Vertiefung des Integrationsprozesses dieser Frage erst gar nicht zuwenden und schlicht "Weiter auf dem Weg - über Maastricht zur Europäischen Union"[19] zu ihrer Parole erheben, wird von den Kritikern

---

12 Vgl. Hrbek, Rudolf/Läufer, Thomas, Die Einheitlich Europäische Akte. Das Luxemburger Reformpaket: Eine neue Etappe im Integrationsprozeß, in: Europa-Archiv 6/1986, S. 173-184.

13 Zur Analyse des Unionsvertrages vgl. Hrbek, Rudolf, Das Vertragswerk von Maastricht: Die EG auf dem Weg zur Europäischen Union, in: Wirtschaftsdienst 3/1992, S. 131-137; Schmuck, Otto, Der Maastrichter Vertrag zur Europäischen Union. Fortschritt und Ausdifferenzierung der Europäischen Einigung, Europa-Archiv 4/1992, S. 97-106; Wessels, Wolfgang, Maastricht: Ergebnisse, Bewertungen und Langzeittrends, in: Integration 1/1992, S. 2-16.

14 Vgl. Rode, Reinhard, Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon?, in: Schoch, Bruno (Hg.), Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, a.a.O., S. 203-228.

15 Meinhard, Uwe/Weiner, Klaus-Peter, Deutsche Integration. Europäische Erosion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1992, S. 1419-1423, hier: S. 1422.

16 Vgl. Röttger, Bernd, D-Mark-Schlachten. Kritik der herrschenden Debatte zur Wirtschafts- und Währungsunion, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 11/1992, S. 1019-1027.

17 Vgl. Glotz, Peter, Europa am Scheideweg, in: Europa-Archiv 18/1992, S. 503-514.

18 Vgl. Kritik deutscher Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler an Maastricht, nachgedruckt in: Integration 4/1992, S. 236-240.

19 Europa-Wissenschaftler plädieren für Maastricht. Der Maastrichter Unionsvertrag: Ein zukunftsorientiertes Gesamtpaket, zit. n. Integration 4/1992, S. 241-245, hier: S. 245.

die gängige populistische Propaganda gegen die EG forciert. Die Gefahr einer Umverteilung in die europäische Peripherie, die Bedrohung der deutschen Preisstabilität durch die Weichwährungsländer, der Verlust nationaler Identität, die Aushebelung föderalistischer bzw. kommunaler Selbstverantwortung in Deutschland und schließlich die Erosion demokratischer Legitimität als Folge von Zentralisierung und Bürokratisierung werden als Ursache der "berechtigten" Europaverdrossenheit gekennzeichnet: "Der europäische Bürger wird ein Übermaß an Regierungen über sich haben mit einem daraus folgenden Übermaß an Reglementierungen und unproduktiven Beamtenheerscharen."[20] Das der Bürokratiekritik zugrundeliegende Bild der EG als eines Überstaates entspricht jedoch in keiner Weise dem momentanen Stand des Integrationsprozesses. Die EG muß vielmehr als Verflechtungssystem charakterisiert werden, das sowohl die Merkmale eines politischen Systems als auch Formen traditioneller politischer Zusammenarbeit enthält.[21]

2. Die wechselseitige Verschärfung von nationalen und europäischen Krisenprozessen

Die Frage nach dem Charakter und der Ursache der Krise der EG ist damit freilich noch nicht beantwortet, es deutet sich jedoch bereits an, daß nur eine Analyse der strukturellen Verwerfungen und nicht die aktuellen Ereignisse darüber Aufschluß geben können. Erst vor diesem Hintergrund lassen sich dann Aussagen über die Entwicklungsperspektiven des EG-Systems treffen, die über die in der Debatte um den Vertrag von Maastricht dominierende Alternative einer Renationalisierung der Politik oder einer einfachen Fortschreibung der Entwicklung der achtziger Jahre hinausgehen.

Damit richtet sich der Blick auf die Analyse der "Krise der Politik" in den einzelnen Nationalstaaten. Den Ausgangspunkt dafür bildet der Prozeß der Globalisierung, der durch eine sich "dramatisch zuspitzende Dialektik zwischen Tendenzen der Vereinheitlichung und der Fraktionierung"[22] geprägt ist. Aus dieser Entwicklung ergibt sich eine Transformation der Form und der Bedeutung des Nationalstaates. Seine Erosion vollzieht sich durch einen Souveränitätsverlust nach außen und durch gesellschaftliche Desintegrationsprozesse nach innen.

Der Prozeß der Internationalisierung und die damit verbundene Herausbildung neuer Machtzentren in Form der Transnationalen Konzerne[23] schränken zunächst die Möglichkeiten nationalstaatlicher Regulation, insbesondere in Form der wirtschafts- und sozialpolitischen Intervention, drastisch ein. Der triadisierte Kapitalismus schafft dabei zugleich neue Ungleichgewichte. Fraktionierungsprozesse sind zwischen der Triade und anderen Weltmarktregionen, innerhalb der Triade, innerhalb der einzelnen Triaderegionen zwischen den Nationalstaaten und schließlich innerhalb der Nationalstaaten zwischen

---

20 Senger und Etterlin, Stefan von, Das Europa der Eurokraten. Zentralismus, Partikularismus und die Rolle des Nationalstaates, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 42/1992, S. 16-27, hier: S. 18.

21 Vgl. Keohane, Robert O./Hoffmann, Stanley, Institutional Change in Europe in the 1980s, in: Dies. (eds.), The New European Community. Decisionmaking and Institutional Change, Boulder; San Francisco; Oxford 1991, S. 1-39.

22 Bonder, Michael/Röttger, Bernd/Ziebura, Gilbert, Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft. Kritik des globalen Institutionalismus, in: PROKLA 2/1993, S. 327-341, hier: S. 329.

23 Vgl. Esser, Josef, Die Suche nach dem Primat der Politik, in: Unseld, Siegfried, Politik ohne Projek? Nachdenken über Deutschland, Frankfurt a.M., S. 409-430.

einzelnen Regionen festzustellen. Es bildet sich eine neue Form der Verknüpfung zwischen subnationaler, nationaler, regionaler und globaler Akkumulation heraus.[24]

Der homogene nationalstaatliche Zusammenhang wird bereits durch unterschiedliche Formen regionaler Entwicklung gefährdet. Die Rückwirkungen des Globalisierungsprozesses schaffen darüber hinaus neue Verwerfungen innerhalb der gesellschaftlichen Binnenstrukturen. "Der globale Modernisierungsprozeß geht innerhalb der einzelnen Gesellschaften mit einer Auflösung traditionaler kollektiver Lebensformen und der Infragestellung bisher vorherrschender Sinngebungen des Öffentlichen einher. (..) Die Geschichte der Globalisierung und Differenzierung kann und muß ... auch als eine Geschichte der Fragmentierung von sozialen Einheiten erzählt werden."[25] Durch diese Entwicklung erodieren die spezifischen Strukturen, durch die der innere Zusammenhang zwischen der Stabilität des Fordismus und der Legitimation seiner demokratischen Herrschaftsformen hergestellt wurde.[26]

Insgesamt löst sich als Folge der Globalisierung die das fordistische Projekt prägende Kohärenz von Akkumulationstyp und politisch-institutioneller Regulation auf. Die Grenzen des staatlichen Interventionsinstrumentariums werden deutlich, und die bestehende Institutionalisierung der sozialen Beziehungen zerfällt. "Der Legitimationsdruck, unter den die demokratischen Systeme im Westen geraten sind, resultiert vorab daraus, daß sich die ... Legitimationsressourcen erschöpft haben bzw. erodieren. Wenn sich die Stabilität einer Formation durch ein kohärentes Verhältnis zwischen Akkumulationstyp und Regulationsweise auszeichnet, dann tritt eine Krise der Legitimation dann ein, wenn Akkumulation und Regulation auseinanderfallen."[27]

Aus dieser Krisendiagnose ergeben sich in zweifacher Hinsicht Konsequenzen für den europäischen Integrationsprozeß. Als Grundlage für eine Krisenlösungsstrategie kristallisiert sich zum einen seine Vertiefung und damit einhergehend eine Neubestimmung der Ebenen der Regulierung, d.h. eine neue Struktur der drei Funktionsräume regional, national und supranational heraus. Zum anderen wird diese Strategie gerade durch die Schwächung des Nationalstaates erschwert.

Obwohl die Krisenprozesse in den einzelnen EG-Staaten jeweils eine nationale Spezifik besitzen, so erfordern Krisenlösungsstrategien eine engere Verflechtung der drei Handlungsebenen als in den achtziger Jahren. Diese beruhten auf nationalen Anpassungsstrategien an den "Sachzwang Weltmarkt", die freilich unter dem Primat der Deregulierung im Kontext des Binnenmarktprojektes standen. Während diese Politik einerseits auf eine Überwindung der Strukturkrisen zielte, so verschärfte sie andererseits die Abhängigkeiten vom Weltmarkt. Deutlich zeigt sich, daß der Weltmarkt nicht als ein von der Politik der Nationalstaaten losgelöster ökonomischer Sachzwang betrachtet werden kann. Er wird vielmehr konstituiert über die nationalen Akkumulations- und Regulationsmodi sowie deren wechselseitige Verknüpfung. "Die Politik spielt im Prozeß der europäischen Integration eines ihrer ambivalentesten Stücke auf: Sie ist eine führende Kraft, in seinem

---

24 Eine systematische Darstellung aus regulationstheoretischer Sicht liegt bislang nicht vor. Die vorliegenden Arbeiten konzentrieren sich auf die Analyse nationaler Formationen. Ansatzpunkte finden sich jedoch u. a. in: Hirsch, Joachim, Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus, in: Das Argument 2/1993, S. 195-222; Jessop, Bob, Regulation und Politik, in: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter (Hg.), Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster 1992, S. 232-262.

25 Brock, Lothar, Im Umbruch der Weltpolitik, in: Leviathan 2/1993, S. 163-173, hier: S. 169.

26 Vgl. Deppe, Frank, Kapitalismus und Demokratie. Ist die Marxsche Kritik der Politik überholt?, in: Sozialismus 9/1993

27 Ebd., S. 23.

Verlauf aber entmachtet sie sich selbst, indem sie Verrechtlichung und Technisierung massiv vorantreibt."[28]

Die Brisanz der momentanen Krise des Integrationsprozesses besteht nicht in der Gefahr möglicher Integrationsrückschritte. Die Essentials der bisher erreichten Integration - wie der Binnenmarkt und die bereichsspezifischen Gemeinschaftspolitiken auf der Basis des EG-Systems - stehen nicht zur Disposition. Einer Stagnation kommt jedoch heute eine andere Bedeutung zu als in früheren Phasen. Die Bewahrung des Status Quo, eine Ruhepause, kann sich die EG heute nicht mehr leisten. Während unter neokonservativer Hegemonie in den achtziger Jahren auf die "Krise des Fordismus" reagiert wurde, indem eine Europäisierung der Akkumulationsstrukturen forciert und eine politische Re-Regulierung auf europäischer Ebene blockiert wurde, kann nun die Dominanz politischer Regulation auf der Ebene des Nationalstaates nicht mehr aufrechterhalten werden. Eine Vertiefung des Integrationsprozesses stellt die einzige Möglichkeit dar, um die Erosion der Nationalstaatlichkeit und den Verlust der Handlungsfähigkeit des politischen Systems aufzuhalten. Die Situation der westeuropäischen Staaten unterscheidet sich dabei grundlegend von der ihrer Konkurrenten innerhalb der Triade. Denn "während in den USA sowohl die Deregulierung wie die Re-Regulierung auf der gleichen politischen Ebene beraten und beschlossen werden kann, finden wir in Europa eine Situation, wo zwar die Deregulierung - unter dem Druck der fortschreitenden ökonomischen Integration - von den Nationalstaaten selbst vollzogen wird, während die notwendige Re-Regulierung, wenn sie überhaupt beschlossen werden kann, auf der europäischen Ebene, oder zumindest europaeinheitlich beschlossen werden muß."[29]

Als grundlegendes Problem erweist sich, daß der Nationalstaat in dieser Übergangsperiode weiterhin als "Prinzip gesellschaftlicher Organisation"[30] gilt und zugleich "seine Möglichkeiten, innerhalb seiner eigenen nationalen Grenzen Macht auszuüben, zunehmend durch eine komplexe Verschiebung der Mächte nach unten, oben und außen eingeschränkt"[31] werden. Gerade die Unfähigkeit der Nationalstaaten, die negativen Folgen der Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse zu bewältigen, bildet die tiefere Ursache für die Krisenprozesse in den einzelnen Nationalstaaten. Die "Krise der Politik" in den Nationalstaaten und die Krise des Integrationsprozesses drohen sich wechselseitig zu verstärken. Der Übergang zu neuen Formen der politischen Regulierung auf europäischer Ebene erfordert starke Nationalstaaten in dem Sinne, daß sie zu einer aktiven Gestaltung europäischer Politik fähig sein müssen. Dadurch, daß sich die Nationalstaaten momentan als zu schwach für eine Vertiefung des Integrationsprozesses erweisen, verschärft sich für sie wiederum die "Krise der Politik", da viele Probleme nicht mehr auf der Ebene des Nationalstaates gelöst werden können, sondern der Ergänzung durch die europäische Ebene bedürfen. In diesem Dilemma liegen wesentliche Ursachen für den neuen Populismus. "Indem mit dem Rekurs auf den Nationalstaat der europäischen Ebene die Problem-

---

28 Bogdandy, Armin von, Konturen des integrierten Europa. Stand und Perspektiven der europäischen Integration, in: Europa-Archiv 2/1993, S. 49-58, hier: S. 55.

29 Scharpf, Fritz W., Einheitlicher Markt und kulturelle Vielfalt. Das Dilemma der europäischen Politik (Thesen), in: Hrbek, Rudolf (Hg.), Die Entwicklung der EG zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion unter der Sonde der Wissenschaft, Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Bd. 32, Baden-Baden 1993, S. 99-106, hier: S. 100.

30 Ziebura, Gilbert, Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration: Der Fall Frankreich, in: Leviathan 4/1992, S. 467-489, hier: S. 473.

31 Jessop, Bob, Regulation und Politik, a.a.O., S. 254. Die Schlüsselrolle des Nationalstaates besteht nach Jessop darin, daß er "immer noch der wichtigste Kampfplatz zwischen konkurrierenden globalen, triadischen, supranationalen, nationalen, regionalen und lokalen Kräften (ist); und gesellschaftlicher Zusammenhalt hängt immer noch von staatlichen Fähigkeiten ab, diese Konflikte zu bewältigen." Ebd., S. 249.

lösung abgesprochen wird, erscheint er in den Augen der Bürger zunehmend als sicherer Hafen. Zugleich aber werden alle Probleme, die er nicht mehr lösen konnte, verstärkt auf ihn zurückgeworfen. Seine Legitimationsbasis gerät so in einen immer tieferen Auflösungsstrudel. Gewinner werden die Kräfte der einfachen und radikalen Lösungen sein. Hier schlägt die Nation in Gestalt ihrer übelsten Ausformung zurück."[32]

3. Strukturen und Charakter des EG-Systems in der integrationstheoretischen Debatte

Ausgehend von dieser allgemeinen Krisendiagnose und der sich daraus ergebenden Anforderung der Neubestimmung des Verhältnisses von regionaler, nationaler und europäischer Ebene, ist es sinnvoll, auf die integrationtheoretische Debatte der jüngsten Zeit Bezug zu nehmen, um die Strukturveränderungen zwischen den einzelnen Ebenen des EG-Systems genauer zu charakterisieren und dessen Entwicklungsperspektiven für die neunziger Jahre auszuloten.

Nach Hartmut Kaebele unterscheiden sich die Analysen der europäischen Integration durch drei verschiedene Grundannahmen: "erstens die These eines Niedergangs der europäischen Integration seit ihren goldenen Jahren in der unmittelbaren Nachkriegszeit; zweitens die genau entgegengesetzte These einer Geschichte der europäischen Integration als Weg zu einem europäischen Staat mit grundlegend ähnlichen Zügen wie der klassische Nationalstaat; schließlich drittens die europäische Integration als die Schaffung eines neuen supranationalen Machtzentrums, das in der Geschichte und der gegenwärtigen Welt eine völlig neuartige und einzigartige Institution darstellt und das weder als bloßer Völkerrechtsvertrag noch als internationale Organisation noch als klassischer Staat präzise beschrieben und voll begriffen werden kann."[33] Die früheren sozialwissenschaftlichen Integrationstheorien wie der föderalistische und der neofunktionalistische Ansatz gehen von den beiden zuerst genannten Grundannahmen aus. Gemeinsam zeichnet sie aus, daß sie Integration im Spannungsfeld von nationalen und supranationalen Strukturen charakterisieren und deren Verhältnis nach Art eines Null-Summen-Spiels definieren. Sie unterscheiden sich dagegen durch die jeweils genannte Methode, mit der sich Integration vollziehen soll, und in der Bewertung der Erfolge des Integrationsprozesses.

Neuere Ansätze, die von der zuletzt genannten These Kaebeles ausgehen, betrachten die EG von ihrer Struktur her als Verflechtungssystem[34] und vom Modus der Entscheidungsfindung als Konkordanzsystem.[35] Der Nationalstaat wird von ihnen nicht mehr als ein im Verlauf des Integrationsprozesses zu überwindendes Element begriffen, er stellt vielmehr einen wesentlichen Bestandteil des Integrationsprozesses selbst dar, der nicht

---

32 Bonder, Michael, Die Nation schlägt zurück, a.a.O., S. 249 f.

33 Kaebele, Hartmunt, Supranationalität in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Einleitende Bemerkungen, in: Winkler, Heinrich August/Kaebele, Hartmut (Hg.), Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität, Industrielle Welt Bd. 53, Stuttgart 1993, S. 189-206, hier: S. 191.

34 Vgl. erstmals: Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Analysen und theoretische Probleme, Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Bonn, Bd. 33, München; Wien 1973.

35 Vgl. erstmals: Puchala, Donald J., Of blind Men, Elephants and International Integration, in: Journal of Common Market Studies 3/1972, S. 267-284. Eine Darstellung der unterschiedlichen Ansätze, die die EG als Verflechtungssystem, Mehrebenensystem und Konkordanzsystem analysieren, findet sich in: Hrbek, Rudolf, Nationalstaat und Europäische Integration. Die Bedeutung der nationalen Komponente für den EG-Integrationsprozeß, in: Haungs, Peter (Hg.), Europäisierung Europas?, Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) Band 6, Baden-Baden 1989, S. 81-108.

nur restriktiv, sondern auch integrationsfördernd wirken kann. Für die weitere Entwicklung des Integrationsprozesses wird dabei von der Koexistenz von Gemeinschaft und Nationalstaat ausgegangen und die Beziehungen zwischen ihnen als Komplementärverhältnis charakterisiert.[36] "Diese Koexistenz ist einmal dadurch gekennzeichnet, daß sich die Staaten die Gemeinschaft zur besseren und effizienteren Wahrnehmung ihrer spezifischen Funktionen geschaffen haben und die Gemeinschaft auch immer wieder im Sinne dieser staatlichen Interessen ausgestalten. Sie unterwerfen sich damit nicht der Gemeinschaft als einer mächtigen supranationalen Instanz. Wohl aber richten sie sich auf die Existenz der EG als komplementärer Handlungsebene aus. Autonome Politikgestaltung des Nationalstaats gehört damit der Vergangenheit an."[37]

Der dadurch vollzogene Paradigmenwechsel in der Integrationsforschung, der mit dem Verzicht auf die Entwicklung einer umfassenden Theorie verbunden ist und stärker deskriptiv orientiert ist, läßt jedoch in zweifacher Hinsicht die Frage nach den Beziehungen zwischen Nationalstaat und EG offen. So diskutieren Volker Schneider und Raymund Werle, inwieweit die EG Akteurseigenschaften besitzt und damit mehr ist als ein Handlungsrahmen, in dem die Summe der von den Nationalstaaten verfolgten Interessen in Politik umgesetzt wird.[38] In der von ihnen angestrebten Erweiterung des Regime-Ansatzes um das Konzept des korporativen Akteurs "ist die EG nicht passiver Empfehlsempfänger, sondern ihre Organe spielen eine aktive Rolle bei der Identifizierung und Formulierung, das heißt Definition der Gemeinschaftsinteressen. Als Akteur tendiert die EG dazu, ihren Zuständigkeitsbereich auszudehnen, neue Ressourcen zu akquirieren und sich Legitimation für neue Handlungsfelder zu beschaffen. Nicht nur die durch den Vertrag langfristig angelegten gegenseitigen ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch der Akteur EG selber, seine Machtposition und sein instrumenteller Nutzen sowohl in den Außenbeziehungen als auch bei internen Konflikten als potentieller Verbündeter einzelner Mitglieder bilden eine Austrittsbarriere, die auf Dauer immer weniger auf 'Loyalität' angewiesen ist."[39] Bei dem von Schneider/Werle genannten Beispielen für die Akteurseigenschaften der Kommission, im Bereich der Telekommunikations- und Industriepolitik, stellt die enge Verknüpfung von Kommission und den großen europäischen Elektronikkonzernen die zentrale Machtressource dar, die für Akteurseigenschaften unabdingbar ist. Als weiteres Beispiel für die Akteurseigenschaften der EG läßt sich die enge Verflechtungsstruktur zwischen europäischen und nationalen Verwaltungen zu einer "transnationalen Fusionsbürokratie"[40] nennen. Durch die in der institutionellen Struktur angelegte Verknüpfung von legislativen und exekutiven Funktionen bei der Kommision und die wegen der fehlenden Durchsetzungsbürokratie der EG-Institutionen entstandenen Netzwerke zwischen europäischen und nationalen Verwaltungen entsteht ein neuer Typus der öffentlichen Verwaltung. Sie leistet als korporativer Akteur einen "eigenen Beitrag zur Integration"[41]. Zusammenfassend ergibt sich daraus, daß die EG-Institutionen innerhalb des Mehrebenensystems -

---

36 Diese Kennzeichnung wird auch von der Regimetheorie vorgenommen. Vgl. Keohane, Robert O., After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton 1984, hier: S. 133 ff.

37 Hrbek, Rudolf, Nationalstaat und Europäische Integration, a.a.O., S. 108.

38 Vgl. Schneider, Volker/Werle, Raymund, Vom Regime zum korporativen Akteur. Zur institutionellen Dynamik der Europäischen Gemeinschaft, in: Kohler-Koch, Beate (Hg.), Regime in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden 1989, S. 409-434.

39 Ebd., S. 417.

40 Vgl. Bach, Maurizio, Eine leise Revolution durch Verwaltungsverfahren. Bürokratische Integrationsprozesse in der Europäischen Gemeinschaft, in: Zeitschrift für Soziologie 1/1992, S. 16-30.

41 Ebd., S. 28.

wenn auch in begrenztem Maße und unter Nutzung fremder Machtressourcen - Akteursqualitäten besitzen.

Daran anknüpfend stellt sich die Frage, ob diese Akteursqualitäten im Verlauf des Integrationsprozesses zunehmend einen staatlichen Charakter bekommen. Wolfgang Wessels kritisierte an der von Robert O. Keohane und Stanley Hoffmann vorgenommenen Beschreibung der EG als "network involving the pooling of sovereignty"[42], daß sie nur für einige Aspekte des EG-Systems, wie die Koordination der Außenpolitik im Bereich der EPZ, sinnvoll verwendet werden kann. "But the transfer of real powers to the EC and their extensive use by the Council (which in its decisionmaking and action style points at an amalgamation of national systems) make actual practice closer to a system of cooperative federalism such as that in the United States and the Federal Republic of Germany."[43] Bemerkenswert an der Argumentation von Wessels ist, daß er den Prozeß der Verschmelzung zwischen nationalen und europäischen Strukturen empirisch am Ministerrat untersucht, als derjenigen Institution, in der die nationalen Interessen am stärksten und unmittelbarsten vertreten sind und die daher bisher als Paradebeispiel für den intergouvernementalen Charakter des Integrationsprozesses galt. Einer Interpretation des Rates als klassischer intergouvernementaler Konferenz zwischen Diplomaten widersprechen seiner Ansicht nach die Prozesse der horizontalen und vertikalen Differenzierung, die neue Dynamik in der Entscheidungsfindung nach der EEA und der interaktive Stil innerhalb des Rates.[44] In einem späteren Aufsatz entwickelt Wessels, ausgehend von der wechselseitigen Verknüpfung der unterschiedlichen Ebenen des EG-Systems, seine Interpretation des Integrationsprozesses als Entwicklung hin zu einem "fusionierten Föderalstaat"[45]. Er bemüht sich dabei, Staats- und Integrationstheorie eng miteinander zu vermitteln und die Umgestaltungen der achtziger Jahre als evolutionäre Transformation des EG-Systems und der westeuropäischen Nationalstaaten zu kennzeichnen. "Die These, daß dieser fusionierte Föderalstaat als eine - nach Ausbildung des Territorial-, National-, Verfassungs-, und Wohlfahrtstaates - weitere Phase in der Entwicklung des westeuropäischen Staates verstanden werden kann, unterstreicht die enge wechselseitige Verknüpfung der inner- und zwischenstaatlichen Ebenen; der Einsatz staatlicher Handlungsinstrumente in der und durch die EG ist damit Indikator wie Faktor für die weitere Evolution westeuropäischer Staatlichkeit."[46] Als Motor der Integration werden die Interessen der westeuropäischen Staaten genannt, die vermittelt über ein Ebenen- und Entscheidungsdilemma und ergänzt durch die Eigendynamik der Gemeinschaft integrationsfördernd wirken.

Die enge Verbindung von Staats- und Integrationstheorie stellt zwar einen geeigneten Ausgangspunkt für die Analyse der westeuropäischen Staaten und des EG-Systems dar, deren Entwicklung erfolgt jedoch - im Gegensatz zu den modernisierungstheoretischen Grundannahmen Wessels - im Kontext der krisenhaften Transformation vom

---

42 Keohane, Robert O./Hoffmann, Stanley, Institutional Change in Europe in the 1980s, a.a.O., hier: S. 10.

43 Wessels, Wolfgang, The EC Council: The Community's Decisionmaking Center, in: Keohane, Robert O./Hoffmann, Stanley (eds.), The New European Community, a.a.O., S. 133-154, hier: S. 137.

44 Vgl. ebd., S. 148 f.

45 Wessels, Wolfgang, Staat und (westeuropäische) Integration. Die Fusionsthese, in: Kreile, Michael (Hg.), Die Integration Europas, PVS Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 36-61. Der Begriff fusionierter Föderalstaat enthält mehrere Aspekte: staatsähnliche Züge, Struktur eines Mehrebenensystems und einen Prozeßcharakter, der in einem fortdauernden Spannugsverhältnis zwischen den Begriffen föderal und fusioniert steht. Vgl. ebd., S. 41.

46 Ebd.

"keynesianischen Wohlfahrtsstaat" zum "schumpeterianischen Leistungsstaat"[47]. In den achtziger Jahren vollzog sich eben nicht die Evolution des Wohlfahrtsstaates auf die europäische Ebene - vielmehr erfolgte als Konsequenz der Deregulierung durch den Binnenmarkt eine tendenzielle Loslösung der Kapitalverwertung von den Kosten des Wohlfahrtsstaates. Nach Jessop beruht der sich herausbildende "schumpeterianische Wohlfahrtsstaat" auf der "Dominanz eines flexiblen und ständigen innovativen Musters der Akkumulation"[48]. Den zwei zentralen Funktionen des keynesianischen Wohlfahrtsstaats, der Anpassung der Nachfrage durch eine makroökonomische Regulierungspolitik an die Bedingungen der fordistischen Massenproduktion und der sozialen Staatsintervention, die auf die Verallgemeinerung des kollektiven Konsums zielt, entspricht im "schumpeterianischen Leistungsstaat" eine "angebotsorientierte Intervention zur Unterstützung von Innovationen" und die Unterordnung der Sozialleistungen unter die Marktkräfte.[49]

Im Gegensatz zu Wessels muß die Policy-Dimension des Integrationsprozesses stärker berücksichtigt werden. Ihre Analyse verdeutlicht, daß sich in den achtziger Jahren zentrale Tendenzen des "schumpeterianischen Leistungsstaates" auf europäischer Ebene herausgebildet haben. Diese Entwicklung ist von Ingeborg Tömmel als "Prozeß der System-Entwicklung sowie der Staatsbildung"[50] beschrieben worden, die sich vor allem wegen der "schwachen und unvollkommenen System-Struktur der EG"[51] durchsetzen konnte. Während innerhalb der einzelnen Nationalstaaten Formen des Makro-, Meso- und Mikrokorporatismus die Herausbildung neuer Strukturen erschwerten, ließen sich in der EG gerade wegen des geringen Grades der institutionalisierten Konfliktregulierung neue Methoden und Mechanismen staatlicher Regulierung durchsetzen. Im Zentrum der Integration stand dabei das Binnenmarktprojekt, das vor allem durch Formen der negativen Integration vorangetrieben wurde, mit dem Ziel, den Wirkungsbereich des Marktes auszuweiten. Nur ansatzweise wurde es durch Formen positiver Integration ergänzt, die zudem nicht auf die Kompensation, sondern die Stärkung der Marktprozesse ausgerichtet waren. Damit wurde nach Tömmel eine "grundlegende Transformation des Verhältnisses zwischen Staat und Ökonomie" eingeleitet: "Diese Sphären stehen sich nicht mehr länger als zwei gegensätzliche Pole gegenüber, sondern werden zunehmend aneinander gekoppelt: einerseits über die Einführung marktanaloger Steuerungsmechanismen und Politikstrategien im Staatsapparat; andererseits über den Einbezug der privaten Wirtschaft in den staatlichen Entscheidungsprozeß."[52]

Im Unterschied zu der von Wessels vermuteten Fusion nationaler und europäischer Strukturen hebt Tömmel den fraktionierten und offenen Charakter dieses Prozesses hervor. Die Ausdifferenzierung unterschiedlicher Formen staatlicher Regulierung wird ihrer Ansicht nach durch einen doppelten Dezentralisierungsprozeß begleitet: "einerseits vom nationalen auf das lokale und regionale Niveau; andererseits von staatlichen auf parastaatliche und (semi-)private Instanzen."[53] Als Ursache für diesen Prozeß gelten einerseits die fehlende Implementationsstruktur der EG und andererseits die aus regulations-

---

47 Vgl. Jessop, Bob, Regulation und Politik, a.a.O.

48 Ebd., S. 251.

49 Vgl. ebd., S. 253.

50 Tömmel, Ingeborg, System-Entwicklung und Politikgestaltung in der Europäischen Gemeinschaft am Beispiel der Regionalpolitik, in: Kreile, Michael (Hg.), Die Integration Europas, a.a.O., S. 185-208, hier: S. 186.

51 Ebd., S. 200.

52 Ebd., S. 202.

53 Ebd., S. 203.

theoretischer Sicht gewachsene Bedeutung des "lokalen Staates" für aktive Koordinations- und Steuerungsleistungen.[54] Die Prozesse der Internationalisierung und Dezentralisierung führen nach Tömmel nicht dazu, daß der "nationale" Staat Kompetenzen an die europäische und die lokale/regionale Ebene abgibt und dadurch an Bedeutung verliert. Sie müssen vielmehr als eine "Ausweitung und Diversifizierung staatlicher Interventionen"[55] betrachtet werden. Die Interaktion zwischen den einzelnen Ebenen ist ahierarchisch aber nicht konfliktfrei. Als weiteres wesentliches Merkmal der vertikalen Beziehungen wird von Tömmel der nicht formalisierte und "hochgradig pluralistisch organisierte Prozeß der Kompromiß- und Konsensfindung"[56] zwischen den einzelnen Ebenen genannt.

Entwickelt sich damit teilweise unabhängig von institutionellen Reformbestrebungen und hinter dem Rücken der Akteure eine neue Struktur regionaler, nationaler und europäischer Akkumulation und Regulation? Kommt es gar wie Edgar Grande behauptet zur Herausbildung einer "neuen Architektur des Staates" mit einer "variablen Geometrie, in der territoriale Zugehörigkeiten in ihrer Aussagekraft relativiert werden"[57]?

Aus der Perspektive von Grande vollzieht sich der Integrationsprozeß als eine Transformation der Staatlichkeit, in dessen Verlauf - so läßt sich schlußfolgern - die klassischen Fragen der europäischen Einigung, wie die der Machtbeziehungen zwischen den Staaten, die Auseinandersetzungen um die Finalität des Integrationsprozesses und die unterschiedlichen ordnungspolitischen Grundpositionen, in den Hintergrund treten. Diskutiert werden dagegen Probleme komplexer Verhandlungssysteme und die Auswirkungen von Politikverflechtung auf die Leistungsfähigkeit staatlichen Handelns. Diese Verschiebung der Fragestellung, wie sie typisch ist für die "postmoderne" Politikwissenschaft, wurde jüngst von Josef Esser scharf kritisiert, indem er darauf verweist, daß "die Analysen von Verhandlungssystemen sich bislang der Frage nicht gestellt (haben), wie in solchen Systemen Demokratie möglich gemacht werden könnte. (...) Eine Politikwissenschaft, die Verhandlungssysteme als positive Theorie des Politischen weiterentwickeln möchte, müßte sich ... Fragen zuwenden wie diesen: Wie lassen sich Verhandlungssysteme demokratisieren? Wie ist es möglich, die strukturelle Macht der TNCs darin zu brechen? Wie lassen sich darin Bedürfnisse und Interessen einbauen, die jetzt ausgegrenzt sind? Ist das überhaupt unter global-kapitalistischen Bedingungen möglich? Und wenn der souveräne Staat nicht dafür zuständig ist, wer oder was dann?"[58] Bezogen auf die Fragestellung von Grande müßten die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene thematisiert sowie eine Analyse der Machtstrukturen vorgenommen werden. Bei dem von ihm angeführten Politikfeld, der Forschungs- und Technologiepolitik, wäre dabei zumindest auf die eingeschränkten Gestaltungsspielräme auf regionaler Ebene und die doppelte hegemoniale Struktur europäischer Forschungs-

---

54 Vgl. Mayer, Margit, "Postfordismus" und "lokaler Staat", in: Heinelt, Hubert/Wollmann, Hellmut (Hg.), Brennpunkt Stadt: Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Stadtforschung aktuell Bd. 31, Basel/Boston/Berlin 1991, S. 31-51.

55 Tömmel, Ingeborg, System-Entwicklung und Politikgestaltung ..., a.a.O., S. 204.

56 Ebd., S. 205.

57 Grande, Edgar, Die neue Architektur des Staates. Aufbau und Transformation nationalstaatlicher Handlungskapazität - untersucht am Beispiel der Forschungs- und Technologiepolitik, in: Czada, Roland/Schmidt, Manfred G. (Hg.), Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit. Festschrift für Gerhard Lehmbruch, Opladen 1983, S. 51-71, hier: S. 67. Die "spezifische Architektur" ist zudem gekennzeichnet durch: "ein multidemensionales, hochgradig vernetztes Verhandlungssystem" (S. 64), eine "Verflechtung" und "Überschneidung" von Aufgaben, die nicht mehr "eindeutig modular getrennt sind" (S. 64) und durch eine "kulturelle, ethnische, konfessionelle und ökonomische Heterogenität" (S. 67).

58 Esser, Josef, Die Suche nach dem Primat der Politik, a.a.O., S. 425.

und Technologiepolitik einzugehen.[59] Die Verflechtungsprozesse vollziehen sich also nicht gleichgewichtig, es entstehen vielmehr neue Abhängigkeitsverhältnisse und Machtzentren, deren konkrete Formen und Strukturen innerhalb der einzelnen Politiknetzwerke einer weiteren empirischen Analyse bedürfen. Die Analyse der Machtbeziehungen darf sich dabei nicht auf die Beziehungen der Nationalstaaten zueinander beschränken[60], der Stellenwert ökonomischer Akteure und deren komplexe Verflechtungsstrukturen und Interaktionmuster mit politischen und administrativen Akteuren erfordern vielmehr ein neues Analyseinstrumentarium.

Im Gegensatz zu Grande werden bei Tömmel die Machtstrukturen innerhalb des EG-Systems berücksichtigt. Soziale Belange werden ihrer Ansicht nach durch die direkte Einbeziehung der Marktkräfte wirksam aus dem Integrationsprozeß ausgeklammert.[61] Dies dürfte wiederum den von ihr generell unterstellten effektiven und innovativen Charakter des EG-Systems stärken. Lassen sich daraus auch Rückschlüsse für die Entwicklung der Gemeinschaft in den neunziger Jahren ziehen?

4. Perspektiven der Integration in den neunziger Jahren

Die bisher getroffenen Aussagen über die Weiterentwicklung der EG beruhten auf Analysen die sich auf die neue Dynamik des Integrationsprozesses in den achtziger Jahren bezogen. Welche Konsequenzen ergeben sich nun aus der Post-Maastricht-Krise? Wird der Integrationsprozeß nach einigen Wirren und dem partiellen Scheitern einzelner Integrationsprojekte wieder an die Strategien der achtziger Jahre anknüpfen? Oder tritt an die Stelle einer evolutionären Weiterentwicklung der Beginn einer neuen Integrationstrategie? Lassen sich gar Parallelen zwischen der Post-Maasticht-Periode und dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (1954) ziehen?

Im Spannungsfeld von Kontinuität und Diskontinuität - so die hier vertretene These - werden in den neunziger Jahren die Bruchstellen deutlicher hervortreten. Einer evolutionären Weiterentwicklung stehen in mehrfacher Weise Widerstände entgegen:

"In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert" stehen nach Paul Kennedy die europäischen Staaten vor einer doppelten Herausforderung: "Sie müssen die zukünftige Gestalt der EG schmieden und zur selben Zeit mit den allgemeinen Trends fertig werden, welche jede Gesellschaft auf diesem Planeten berühren werden."[62] Die Verbindung von regionalen Aufgaben mit den transnationalen Veränderungen stellt eine grundlegend neue Handlungskonstellation dar, weil durch das Ende der Systemkonkurrenz eine fundamentale Revison der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen der Weltpolitik

---

59 Vgl. Felder, Michael, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, Studien der Forschungsgruppe Europäische Geeinschaften (FEG) Nr. 1, Marburg 1992.

60 Vgl. hierzu die an die französische Debatte um eine "économie dominante" anknüpfenden Arbeiten u.a.: Deubner, Christian/Rehfeld, Udo/Schlupp, Frieder, Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Interdependenz, Divergenz oder strukturelle Dominanz?, in: Picht, Robert (Hg.), Deutschland, Frankreich, Europa. Bilanz einer schwierigen Partnerschaft, München; Zürich 1978, S. 91-136; Schlupp, Frieder, Europa als Hegemonialprojekt. Bundesdeutsche Welt(macht)strategien und der EG-Binnenmarkt, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft H. 46 1989, S. 127-135; Deubner, Christian, Die Wiedervereinigung der Deutschen und die Europäische Gemeinschaft, in: Jakobeit, Cord/Yenal, Alparslan (Hg.), Gesamteuropa. Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993, S. 393-413.

61 Tömmel, Ingeborg, System-Entwicklung und Politikgestaltung ..., a.a.O., S. 205.

62 Kennedy, Paul, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1993, S. 350.

erfolgte.[63] Sowohl die internen als auch die externen Determinanten des EG-Systems haben sich dadurch gewandelt.

Die bisherigen Versuche, den Integrationsprozeß an das veränderte Machtgleichgewicht der EG-Staaten untereinander anzupassen, erweisen sich als unzureichend. Die deutsch-französische Zusammenarbeit, die in der Vergangenheit vielfach die Voraussetzungen - wenn auch in Verbindung mit wechselnden Koalitionen anderer Mitgliedstaaten - für Integrationsfortschritte bildete, droht durch das deutliche Übergewicht der Bundesrepublik aus dem Gleichgewicht zu geraten. "Das wahrscheinliche Ergebnis sind defensive Allianzen gegen die präsumtive Hegemonialmacht. Sie werden zwar die ohnehin unterentwickelte deutsche Bereitschaft, Führungsverantwortung zu übernehmen, leicht blockieren können, aber die gegen den stärksten Partner gerichteten negativen Koalitionen werden ihrerseits zu schwach und zu heterogen sein, als daß sie Europa erfolgreich gestalten können. Zu befürchten wäre also ein Rückfall in die europapolitische Stagnation der siebziger und frühen achtziger Jahre, wenn nicht sogar in den Politikstil der europäischen Staaten in der Zwischenkriegsperiode."[64] Obwohl durch die deutsche Vereinigung eine Vertiefung der Integration zunächst beschleunigt wurde, so wirkt sie mittel- und langfristig gesehen für weitere Integrationsfortschritte eher kontraproduktiv. Während die bundesdeutsche Politik zunehmend auf die Erhaltung ihrer eigenen Handlungsfreiheit bedacht ist, mehren sich bei den anderen Regierungen die Zweifel, ob eine Einbindung der Bundesrepublik durch eine Vertiefung erreicht werden kann.

Das veränderte weltpolitische Koordinatensystem stellt jedoch nicht nur die bisherigen Beziehungen der europäischen Staaten untereinander, sondern auch die Außenbeziehungen der EG und darin eingeschlossen die bisherige Integrationslogik in Frage. Während in den achtziger Jahren die Positionierung der EG innerhalb der Triade durch eine Steigerung der technologischen und ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit im Vordergrund stand, muß diese Strategie nun mit den neu entstandenen Aufgaben durch den Umbruch in Mittel- und Osteuropa in Übereinstimmung gebracht werden. Beide Anforderungen stehen zunächst in Widerspruch zueinander. Aus den Umbruchprozessen in Osteuropa ergibt sich die Forderung an den Integrationsprozeß, eine Abkehr von der einseitigen Ausrichtung an der Marktintegration vorzunehmen, um einen stärkeren Grad der Politikintegration zu schaffen, der vor allem die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft erhöhen soll. Die Konzentration auf die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa birgt jedoch die Gefahr in sich, daß die EG-Staaten - beispielsweise durch die Spezialisierung auf Märkte für "Massenkonsumgüter" - die technologische Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Triade aus den Augen verlieren. Bisher wurde die Prioritätensetzung eindeutig auf die Restrukturierungsprozesse innerhalb der Triade gelegt. So bleibt die technologische Wettbewerbsfähigkeit der EG auf dem Weltmarkt innerhalb der Forschungs- und Technologiepolitik der EG die dominante Zielstellung, während die technologische Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Staaten allenfalls eine Randstellung einnimmt.[65] Allgemein wurde durch die Beschlüsse von Maastricht eine weitere Verdichtung der Beziehungen zwischen den bisherigen Mitgliedstaaten angestrebt, ohne realistische Formen für eine schrittweise Öffnung gegenüber Osteuropa aufzuweisen. Die sich herausbildende hierarchische Arbeitsteilung zwischen der EG und den

---

63 Vgl. Deppe, Frank, Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg 1991.

64 Scharpf, Fritz W., Kann es in Europa eine stabile föderale Balance geben? (Thesen), in: Wildenmann, Rudolf (Hg.), Staatswerdung Europas?: Optionen für eine europäische Union, Baden-Baden 1991, S. 415-428, hier: S. 416.

65 Vgl. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Die Forschung nach Maastricht: Bilanz und Strategie, SEK (92) 682 endg.

osteuropäischen Staaten ergibt sich nicht nur aus dem Vorrang der Erweiterung vor einer Vertiefung, sondern darüber hinaus durch die Festungsmentalität, die sich beim zögerlichen Abbau von Protektionismus in den Sektoren Landwirtschaft, Textilien und Stahl zeigt.[66]

Die damit verfolgte Integrationsstrategie wurde von Gilbert Ziebura bereits vor dem Gipfel von Maastricht als Fortsetzung der "Nabelschau der Zwölf"[67] bezeichnet und als "kleinkariertes Puzzle-Spiel"[68] kritisiert. Eine Verschärfung der Krisenprozesse in Osteuropa, könnte jedoch einen Wechsel der Integrationsstrategie erzwingen - zumindest dann, wenn sie zu einem Sicherheitsproblem für Westeuropa eskalieren würden. Sicherheitspolitische Interessen würden dadurch erneut die zentralen Triebkräfte des Integrationsprozesses bilden und einen tiefgreifenden Wandel der durch die Erfordernisse der Weltmarktkonkurrenz geprägten Strukturen des EG-Systems erfordern.

Wie auch immer - fest steht, daß die bestehenden Strukturen und Institutionen in hohem Maße durch die Bedingungen des "ancien régime" geprägt sind und daß das Vertrauen in ihre Reformfähigkeit zunehmend schwindet. "Die These, daß mit der gesamteuropäischen Frage die westeuropäische Integration à la Monnet/Schuman an ihr Ende gelangt ist, sowohl hinsichtlich ihrer institutionellen Ausstattung wie ihrer Finalität, gewinnt an Plausibilität. Auch andere Institutionen aus dem "ancien régime" (NATO, WEU, KSZE) scheinen an Grenzen zu stoßen, sobald sie auf Entwicklungen treffen, die in ihrer Struktur nicht verankert sind."[69]

Die Frage nach der demokratischen Legitimation des Integrationsprozesses wirft einen weiteren Problemkomplex auf, der eine evolutionäre Weiterentwicklung der Integration in den neunziger Jahren behindert.

Sie entwickelte sich nach der Verabschiedung des Vertrages von Maastricht zu einem Dauerbrenner in der europapolitischen Diskussion. Der offensichtliche Mangel der demokratischen Qualität der Integration und die deutlich gewordenen Grenzen einer Strategie, die diesen Mißstand durch eine Ausweitung der Legislativ- und der Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments beheben will, prägen die Diskussion. Erschwert wird die Debatte dadurch, daß die "klassischen Legitimationstheorien" den Besonderheiten des EG-Systems nicht gerecht werden.[70]

Rainer M. Lepsius wies darauf hin, daß die Legitimitätsbasis europäischer Politik nicht alleine durch eine weitere Kompetenzakkumulation auf die Organe der EG erhöht werden kann, sondern auch künftig durch die Nationalstaaten gesichert werden muß.[71] Denn sie ist nicht nur von den zentralen Organen der Regierungsgewalt, sondern vor allem von den jeweils national geprägten Strukturen der intermediären Institutionen abhängig. "Es gehören dazu die Systeme der Tarifparteien und der Lohnfindung, der Gewerkschaften,

---

66 So wuchs alleine das Handelsdefizit Polens von 1990 bis 1992 von 0,3 auf 1,05 Milliarden ECU. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 6. 1993.

67 Ziebura, Gilbert, Europa neu denken, in: Leviathan 4/1991, S. 482-490, hier: S. 486.

68 Ebd., S. 488.

69 Bonder, Michael/Röttger, Bernd/Ziebura, Gilbert, Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft, a.a.O., S. 327-341, hier: S. 337.

70 Vgl. Bach, Maurizio, Vom Zweckverband zum technokratischen Regime: Politische Legitimation und institutionelle Verselbständigung in der Europäischen Gemeinschaft, in: Winkler, Heinrich August/Kaebele, Hartmut (Hg.), Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität, Industrielle Welt Bd. 53, Stuttgart 1993, S. 288-308.

71 Vgl. Lepsius, M. Rainer, Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft, in: Wildenmann, Rudolf (Hg.), Staatswerdung Europas?: Optionen für eine Europäische Union, Baden-Baden 1991, S. 19-40.

Industrie- und Berufsverbände, der Art nationaler Steuer- und Wohlfahrtspolitik, kommunale und regionale Kompetenzverteilungen und Ressourcenausstattungen, die Strukturierung der öffentlichen Meinung und das rechts- und Sicherheitssystem."[72] Anstelle einer Evolution der EG hin zum Modell des europäischen Nationalstaates fordert er daher, daß sich die nationalen Institutionen europäisieren, d.h. sich in stärkerem Maße im europäischen Kontext definieren. Der Perspektive eines europäischen Bundesstaates stellt er schließlich das Konzept des europäischen Nationalitätenstaates gegenüber. Europäische Politik, die kein prinzipiell übergeordnetes politisches Regime gegenüber den Nationalstaaten bilden soll, bliebe damit weitgehend auf intergouvernementale Zusammenarbeit begrenzt.

In Übereinstimmung mit Lepsius kann zunächst festgehalten werden, daß der europäische Nationalstaat des 19. Jahrhunderts als Modell für eine europäische Union untauglich ist und daß der Nationalstaat auch künftig wichtige Funktionen innerhalb des Integrationsprozesses wahrnehmen muß. Abzulehnen ist dagegen der Versuch, das Demokratie- und Legitimationsdefizit der EG durch eine "Renationalisierung" - als zwangsläufige Folge einer stärkeren intergouvernementalen Zusammenarbeit - zu lösen. Zwei Gründen sprechen gegen diese Strategie. Das Demokratiedefizit des Integrationsprozesses läßt sich schon allein deswegen nicht über eine Renationalisierung auflösen, weil die demokratische Qualität nationalstaatlicher Entscheidungen als Folge von Globalisierungsprozessen erodiert. David Held hat darauf hingewiesen, daß Globalisierungstendenzen in dreifacher Weise Konsequenzen für demokratische Politik und Demokratietheorie erfordern: "first, the way process of economic, political, legal and military interconnectedness are changing the nature of the sovereign state from above; secondly, the way local and regional nationalism are eroding the nation-state from below; and thirdly, the way global interconnectedness creates chains of interlocking political decisions and outcomes among states and their citizens which are altering the nature and dynamics of national political systems themselves. Democracy has to come to terms with all three of these developments and their implications for national and international power centres."[73] Die demokratische Qualität des Integrationsprozesses läßt sich folglich nicht durch einen Rückgriff auf den Nationalstaat lösen. Demokratie läßt sich innerhalb der Nationalstaaten und des EG-Systems nur mit neuen Konzepten verwirklichen.

Die Legitimation europäischer Politik ist darüber hinaus nicht nur von der institutionellen Struktur und der damit verbundenen konsenssichernden, sozialintegrativen Funktion, sondern auch von der Handlungsfähigkeit des politischen Systems und dessen Effizienz abhängig. Die beschriebene Legitimationskrise der westeuropäischen Staaten wurde als Folge des Niedergangs des keynesianischen Wohlfahrtsstaates gekennzeichnet. Zwar haben sich - auch auf europäischer Ebene - Elemente eines schumpeterianischen Leistungsstaates durchgesetzt, eine neue Kohärenz zwischen Akkumulation und Regulation hat sich dabei jedoch noch nicht herausgebildet. Beide Legitimationsquellen stützten in der Vergangenheit - wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß - die Integration. Wegen der geringen direkten Legitimation des EG-Systems stand vor allem in den achtziger Jahren die Rolle der EG bei der wirtschaftlichen und politischen Modernisierung Westeuropas im Vordergrund. Die neue Aktualität des Demokratiedefizites erklärt sich primär aus dem Bedeutungsverlust dieser Legitimationsgrundlage infolge der ökonomischen und politischen Krise der EG und erst in zweiter Linie als Folge der Weiterentwicklung des EG-Systems durch Maastricht. Ebenso wie die Sicherung der demokratischen Qualität

---

72 Ebd., S. 29.

73 Held, David, Democracy, the Nation-State and the Global System, in: Held, David (ed.), Political Theory Today, Polity Press, Cambridge 1991, S. 197-235, hier: S. 223.

des Integrationsprozesses neue Konzepte erfordert, so läßt sich auch die Auflösung des Teufelskreises zwischen der "Krise des Nationalstaates" und der "Krise des Integrationsprozesses" nur über eine neue Integrationsstrategie und nicht über eine evolutionäre Weiterentwicklung des EG-Systems denken. Überwunden werden müßten dadurch zwei Ungleichgewichte: das zwischen ökonomischer und politischer Integration und das zwischen politischer Verregelung und Demokratisierung europäischer Politik. Als neue Zielperspektive deutet sich an ein neues "europäisches Wachstumsmodell" zu schaffen und eine "Rekonstruktion der Politik" zu ermöglichen.[74] Beide Aufgaben müßten dabei in eine neue Balance zueinander gebracht werden, der Ausbau der Effektivität des EG-Systems kann nicht weiter auf Kosten der demokratischen Legitimation vorangetrieben werden.

In diese Überlegungen müssen auch Fragen nach der künftigen Struktur der EG einbezogen werden. Die informellen und unterentwickelten Formen des EG-Systems, die von Tömmel als Ursache für den innovativen Charakter europäischer Politik genannt wurden, stellen dabei zugleich eine Schranke für eine demokratische Entwicklung dar. So sind nach Maurizio Bach die Legitimationsprobleme der EG im "wesentlichen als Folgen des technokratischen Systemerfolgs und seiner spezifischen Effizienzbedingungen zu verstehen"[75]. Trifft dies zu, so sind Reformstrategien, die eine pragmatische und schrittweise institutionelle Weiterentwicklung der EG anstreben,[76] zum Scheitern verurteilt. Die Bedingungen, um die dazu bestehende Alternative einer radikalen konstitutionellen Veränderung durchzusetzen, sind momentan äußerst ungünstig. Die Verhandlungen um den Vertrag von Maastricht machten die Grenzen einer weiteren Integration deutlich. Die Befürworter einer föderalen Entwicklung der EG schätzen heute - verglichen mit 1990/91 - die Chancen, den "Schwebezustand zwischen funktional-unionistischer und föderaler Qualität der EG"[77] in ihrem Sinne beeinflussen zu können, als ungleich geringer ein.[78] Gleichwohl macht es Sinn, Strukturfragen zu diskutieren und das EG-System mit unterschiedlichen Föderalismusmodellen zu kontrastieren.[79] Die von Heidrun Abromeit vorgenommene Analyse des föderalen Charakters des Integrationsprozesses kommt zu dem Ergebnis: "Die werdende Union ist eine ungute Mixtur aus bündischen und einheitsstaatlichen Elementen sowie aus dem Bürokratie- und dem Politikverflechtungs-Modell. Es fehlt ihr an der demokratischen wie an der 'demokratisch-föderalistischen' Legitimation (denn wo bleibt die Zustimmung der Völker?); an ihrer Stelle steht eine fragwürdige funktionale oder auch 'Sachzwang'-Legitimation - fragwürdig nicht zuletzt deshalb, weil die Kommission scheinbar allein (tatsächlich jedoch 'gebrieft' von nationalen und übernationalen Interessengruppen) zu definieren vermag, wie der funktionale Imperativ jeweils aussieht. Kurz: Die kommende Union wird eine Mißgeburt."[80] Abromeit kritisiert, daß in den Debatten über eine föderale Entwicklung der EG die deutsche Bundesstaatlichkeit meist als Vorbild dient. Wegen ihrer Defizite, die sich in einem zunehmenden Unitarismus zeigen, kann sie kein Modell für eine Europäische Union darstellen.

---

74 Vgl. Bonder, Michael/Röttger, Bernd/Ziebura, Gilbert, Deutschland in einer neuen Weltära. Die unbewältigte Herausforderung, Opladen 1992.

75 Bach, Maurizio, Vom Zweckverband zum technokratischen Regime, a.a.O., hier: S. 290.

76 Vgl. Schäfer, Günther F., Die institutionelle Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft: Überlegungen zu neuen Strukturen der EG-Institutionen, in: Die Öffentliche Verwaltung 7/1991, S. 261-271.

77 Schneider, Heinrich, Europäische Integration: die Leitbilder und die Politik, in: Kreile, Michael (Hg.), Die Integration Europas, PVS Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 3-35, hier: S. 22.

78 Vgl. ebd., S. 25.

79 Vgl. Abromeit, Heidrun, Föderalismus: Modelle für Europa, in: Östereichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2/1993, S. 207-220.

80 Ebd., S. 216.

Zudem setzt die deutsche Bundesstaatlichkeit in einem hohen Maß gesellschaftliche Homogenität voraus. Sozioökonomische und soziokulturelle Heterogenität bilden jedoch nicht nur momentan, sondern auch in mittelfristiger Perspektive die Grundlagen des EG-Systems. Diesem Sachverhalt würde nach Abromeit ein dualistisches Föderalismusmodell, wie es in der Schweiz und in den USA verwirklicht ist, in höherem Maße gerecht werden. Sein Vorteil besteht darin, daß es "auf dem Bewußtsein der Differenz aufbauend, Heterogenität aushält"[81]. Die Grundlagen einer solchen symmetrischen Struktur wären die gleichberechtigte Vertretung der Gliedstaaten, ein demokratisch-föderalistischen Normen entsprechendes Entscheidungsverfahren und eine Begrenzung der Politikverflechtung.[82]

Ähnlich argumentiert Scharpf, indem er für eine "bipolare Kompetenzordnung" plädiert, in der sowohl die Kompetenzen der Gliedstaaten als auch des Zentralstaates verfassungsrechtlich normiert sind.[83] Bei Kompetenzkonflikten ginge es dabei um eine konkrete Interessenabwägung, da die Aufgaben und Funktionen einen gleich legitimen Charakter besitzen. "Die bipolare Kompentenzordnung, die auf die einfache Regel verzichtet, nach der jeder plausible Bezug auf eine Zentralkompetenz jedes gliedstaatliche Interesse aus dem Feld schlägt, wäre also eine spannungsreiche und in der Praxis vorraussetzungsvolle Verfassung, in der nicht nur die Gliedstaaten in Ausübung ihrer eigenen Kompetenzen Rücksicht auf den Kernbestand zentralstaatlicher Zuständigkeiten zu nehmen hätten, sondern auch der Zentralstaat in Ausübung seiner explizit zugewiesenen Kompetenzen deren Auswirkungen auf die Vorbehalts-Rechte der Gliedstaaten beachten müßte."[84] Damit wären sowohl der Interdependenz der Aufgaben der einzelnen Ebenen Rechnung getragen als auch die Verflechtungsstrukturen - die sich als Einfallstor vor allem für wirtschaftlicher Interessen erwiesen haben - begrenzt.

Als Alternative dazu wird die Transformation der EG zu einem Drei-Stufen-Modell und - vielfach in Zusammenhang damit - die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips als eine neue Form der Kompetenzaufteilung genannt.[85] Es lassen sich nur wenige Ansatzpunkte für eine institutionelle Entwicklung der EG zu einem Mehrebenensystem, in dem neben den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft die Regionen als weitere Ebene hinzutreten, finden. Der nach dem Vorbild des einflußlosen Wirtschafts- und Sozialausschusses gegründete Regionalausschuß wird kaum zu einer "Dritten Kammer" innerhalb einer künftigen Union werden. Allein die Vielfalt regionaler Erscheinungsformen innerhalb der europäischen Nationalstaaten verhindert dies.[86] Abromeit plädiert demgegenüber für eine striktere Kompetenztrennung zwischen nationaler und europäischer Ebene: "Eine europäische Union wird (in den bestehenden Bundesstaaten) unvermeidlich die Bundesebene stärken, indem in Europa die Nationalstaaten die Rolle der Länder im Bund übernehmen werden. (...) Die Regionen können ... ihre Interessen letztlich nicht anders als innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten durchsetzen. Ihre Durchsetzungschancen dürften aller-

---

81 Ebd., S. 212.

82 Vgl. ebd., S. 216.

83 Vgl. Scharpf, Fritz W., Kann es in Europa eine stabile föderale Balance geben?, a.a.O., insbes. S. 422 ff.

84 Ebd., S. 424.

85 Vgl. Renzsch, Wolfgang, Deutsche Länder und Europäische Integration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B28/1990, S. 28-39.

86 Vgl. Engel, Christian, Regionen in der Europäischen Gemeinschaft - Eine integrationspolitische Rollensuche, in: Borkenhagen, Franz H. U./Bruns-Klöss, Christian/Memminger, Gerhard/Stein, Otti (Hg.), Die Deutschen Länder in Europa. Politische Union und Wirtschafts- und Währungsunion, Baden-Baden 1992, S. 183-198.

dings um so besser sein, je größer der Autonomiebereich der Nationalstaaten und je transparenter die Aufgabenverteilung zwischen europäischer und Staaten-Ebene ist."[87]

In den politischen Diskussionen wird momentan das Leitbild einer föderalen Entwicklung der EG zunehmend durch den Begriff der Subsidiarität ersetzt. Dahinter verbirgt sich zunächst der allgemeine Trend einer Renationalisierung, die in Reaktion auf die Krise der EG nach Maastricht erfolgte.[88] Zugleich dient das Subsidiaritätsprinzip jedoch als Hoffnungsträger für eine neue Zielperspektive und Struktur des Integrationsprozesses. "Mit dieser von Herrschafts- und Zentralisierungskritik getragenen Zielsetzung führt das Subsidiaritätsprinzip zur 'bedingungslosen Beschränkung der Staatsgewalt' (R. Herzog) zugunsten der Selbstregulierung kleiner Einheiten. Konsequent angewandt, dürfte es nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Kompetenzabgrenzung zwischen Gemeinschaft, Staaten und Regionen im Entscheidungsverfahren der EG, beim Finanzausgleich sowie auf die Ziele der Gemeinschaft haben."[89] Durch das Subsidiaritätsprinzip würde dem allgemeinen Trend einer Devolution von Staatlichkeit Rechnung getragen, die Partizipationsansprüche regionaler und lokaler Einheiten berücksichtigt und trotzdem sozialer Ausgleich garantiert werden.

Dieser positiven Einschätzung des Subsidiaritätsprinzips stehen in mehrfacher Weise Einwände bezüglich seiner Anwendbarkeit gegenüber. Dem vorgelagert ist zunächst seine begriffliche Unschärfe, die sich in der Vielzahl seiner unterschiedlichen Definitionen zeigt. "It is a golden rule, a fashionable term, a concept with which anyone might agree in principle, because all can define for themselves what it means in any specific case."[90]

Die Praktikabilität des Prinzips wird vor allem durch die "Expansionstendenz wirtschaftsbezogener Kompetenzen"[91], die zu einer horizontalen und vertikalen Verflechtung der einzelnen Politikfelder führt, erschwert. Durch die einfache Norm des Subsidiaritätsprinzips ist eine Entflechtung und eine Aufgabenaufteilung nicht vorstellbar. Daraus ergibt sich der wichtigste Einwand gegen das Subsidiaritätsprinzip: es will politische Konflikte technisch lösen. "Wenn ... ein grundlegender Dissens darüber besteht, welche Entscheidungen von welcher Ebene unter welchen Bedingungen getroffen werden sollten, so wird dieser normative Streit zu einem nur scheinbar technischen darüber, welches denn die problemadäquate Handlungsebene nach den vorgegebenen Kriterien ist."[92] Damit führt das Subsidiaritätsprinzip zwar zwangsläufig zu einer Politisierung, es stellt jedoch zunächst den Versuch dar, bestehende Konflikte durch einen Formelkompromiß zu entpolitisieren.

Die Diskussionen um die künftige Struktur der Europäischen Union werden sicherlich im Vorfeld der bevorstehenden Revision der Verträge von Maastricht im Jahre 1996 verstärkt werden. Die Perspektiven des Integrationsprozesses werden jedoch nicht in erster Linie von der institutionellen Struktur, sondern von den "substantiellen" Fragen des Integrationsprozesses, also den sozialen, ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen

---

87 Abromeit, Heidrun, Föderalismus: Modelle für Europa, a.a.O., S. 217.

88 Die Kommission reagiert auf diese Entwicklung ihrerseits durch eine expansive Auslegung des Subsidiaritätsprinzips.

89 Zellentin, Gerda, Staatswerdung Europas? Politikwissenschaftliche Überlegungen nach Maastricht, in: Hrbek, Rudolf (Hg.), Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse, Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Bd. 34, Baden-Baden 1993, S. 41-63, hier: S. 50.

90 Schaefer, Guenther F., Institutional Choices. The rise and fall of subsidiarity, in: Futures 9/1991, S. 681-694, hier: S. 688.

91 Scharpf, Fritz W., Kann es in Europa eine stabile föderale Balance geben?, a.a.O., S. 420.

92 Jachtenfuchs, Markus, Die EG nach Maastricht. Das Subsidiaritätsprinzip und die Zukunft der Integration, in: Europa-Archiv 10/1992, S. 279-287, hier: S. 282.

Entwicklungsperspektiven der europäischen Staaten abhängen. Den Zusammenhang zwischen beiden Faktoren verdeutlicht Roger Morgan am Beispiel der Entstehung der Einheitlichen Europäischen Akte. "Diese Entwicklung zeigt, daß die Befürworter irgendeiner größeren Veränderung in den substantiellen Politikbereichen der Gemeinschaft nolens volens auch Veränderungen in ihrer institutionellen Struktur akzeptieren mußten (zumindest Anpassungen in der Funktionsweise der Institutionen), um ihre Ziele zu erreichen. Umgekehrt waren von den zahllosen Vorschlägen für institutionelle Reformen seit 1958 nur diejenigen erfolgreich, die mit dem Argument aufwarten konnten, sie würden die substantielle Politikbilanz der Gemeinschaft verbessern."[93]

In den achtziger Jahren bildete das Binnenmarktprojekt den "archimedischen Punkt" des Integrationsprozesses, der der Gemeinschaft ein "invariantes Ziel-Mittel-Gefüge"[94] sicherte. Es bot zugleich eine adäquate Antwort auf die internen und externen Herausforderungen der westeuropäischen Staaten, die überwiegend durch die neue Entwicklungsdynamik des triadisierten Kapitalismus geprägt waren. Die Angleichung der ordnungspolitischen Grundpositionen zwischen den einzelnen Staaten sowie die Erosion des Ost-West-Gegensatzes als zentraler Determinante der Weltpolitik schufen einen politischen Handlungsspielraum, der - abgesichert durch die Stärkung der Achse Bonn-Paris - von Jacques Delors und der Kommission genutzt wurde, um eine Strategie zur Überwindung der "Eurosklerose" einzuleiten.

Vergleicht man die Situation der achtziger Jahre mit der gegenwärtigen Integrationsphase, so erscheint zunächst das Fehlen einer kohärenten Strategie als wesentliches Hindernis für eine neue Integrationsdynamik. Die Krise des EWS im August 1993 und das Festhalten an der WWU sowie die Debatten um eine europäische Wachstumsinitiative unterstreichen, daß die europäische Politik momentan weder über eine realistische Krisenanalyse geschweige denn über eine politische Lösungsstrategie verfügt.

Nüchtern betrachtet stellt sich das Binnenmarktprojekt jedoch nicht nur als eine Erfolgsgeschichte dar. Die Erosion der Legitimationsressourcen der westeuropäischen Staaten, der Verlust nationalstaatlicher Handlungsfähigkeit und die deutlich hervortretenden negativen Folgen der Deregulierungspolitik müssen dem "Angebotseuropa" (Dahrendorf) politisch angelastet werden. Ausgehend von dieser Kritik wurde vielfach die Forderung nach einem Übergang von der Marktintegration zur Politikintegration, von der Deregulierung zur Re-Regulierung erhoben.

Inzwischen stellt sich jedoch - angesichts des rasanten Wandels der internen und externen Bedingungen der Integration und der Erosion ihrer traditionellen Leitbilder - die Frage, ob die angesprochene Problematik nicht grundlegender thematisiert werden muß. So fordert auch Ralf Dahrendorf in seinen Ausführung über Europa am Anfang der neunziger Jahre: "Wir brauchen nicht weniger als eine neue Stufe des Gesellschaftsvertrages."[95]

---

93 Morgan, Roger, Die Entwicklung der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft: der Fall der Einheitlichen Europäischen Akte, in: Winkler, Heinrich August/Kaebele, Hartmut (Hg.), Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität, Industrielle Welt Bd. 53, Stuttgart 1993, S. 207-223, hier: S. 210.

94 Schneider, Heinrich, Europäische Integration: die Leitbilder und die Politik, a.a.O., S. 27.

95 Dahrendorf, Ralf, Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, Stuttgart 1992, S. 259.

Literaturverzeichnis

Abromeit, H., Föderalismus: Modelle für Europa, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2/1993, S. 207-220.

Adenauer, K., Erinnerungen, 1953-1965, Frankfurt und Hamburg 1968

Albach, H., Dienstleistungen in der modernen Industriegesellschaft, München 1989.

Albert, M., Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt/New York 1992

Altvater, E., Sachzwang Weltmarkt, Hamburg 1987

Altvater, E., Die Enttäuschung der Nachzügler oder: Der Bankrott "fordistischer" Industrialisierung, in: Mahnkopf, B. (Hg.), Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster 1988, S. 144 ff.

Altvater, E., Die Zukunft des Marktes, Münster 1991

Altvater, E., Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, Münster 1992

Altvater, E./Mahnkopf, B., Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung, Münster 1993

Axt, H.J./Deppe, F., Europaparlament und EG-Erweiterung, Köln 1979

Axt, H.J., Modernisierung durch EG-Mitgliedschaft? Portugal, Spanien und Griechenland im Vergleich, in: Kreile, M. (Hg.), Die Integration Europas, PVS, Sonderheft 23/1992, S. 209 ff.

Bach, M., Eine leise Revolution durch Verwaltungsverfahren. Bürokratische Integrationsprozesse in der Europäischen Gemeinschaft, in: Zeitschrift für Soziologie 1/1992, S. 16-30.

Bach, M., Vom Zweckverband zum technokratischen Regime: Politische Legitimation und institutionelle Verselbständigung in der Europäischen Gemeinschaft, in: Winkler, H.A./Kaelble, H. (Hg.), Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 288 ff.

Baglioni, G., Industrial Relations in Europe in the 80s, in: ders./C. Crouch (Eds.), European Industrial Relations, London 1990

Baring, A., Deutschland - was nun?, Berlin 1991.

Beck, U., Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/Main 1993

Bell, D., Kulturkriege. Intellektuelle in Amerika, 1965-1990, in: Meyer, M. (Hg.), Intellektuellendämmerung, München 1992, S. 113 ff.

Bellers, J./Häckel, E., Theorien internationaler Integration und internationaler Organisationen, in: Rittberger, V. (Hg.), Theorien der internationalen Beziehungen, PVS-Sonderheft 21, Opalden 1990, S. 286 ff.

Beyme, K. v., Die politische Klasse im Parteienstaat, Frankfurt/Main 1993.

Bischoff, J./Detje, R., Massengesellschaft und Individualität, Hamburg 1989

Bischoff, J./Menard, M., Weltmacht Deutschland? Hamburg 1992

Bischoff, J./Menard, M., Weltwirtschaft ohne Schwung, in: Sozialismus, 1/1993, S. 20 ff.

Bobke, M. H., Soziale Grundrechte in der Gemeinschaft, in: Deppe, F./Weiner, K.P. (Hg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, FEG-Arbeitspapier, Nr. 4, Marburg 1991, S. 51 ff.

Bochum, U./Meißner, H.R., Das euro-flexible Unternehmen: Produktionsverflechtung, Logistiksysteme und neue Standorte im Binnenmarkt, in: Steinkühler, F. (Hg.), Europa '92, Hamburg 1989, S. 81 ff.

Bogdandy, A. v., Konturen des integrierten Europa. Stand und Perspektiven der europäischen Integration, in: Europa-Archiv 2/1993, S. 49-58.

Bonder, M., Die Nation schlägt zurück, in: perspektiven ds 4/1992, S. 240-251.

Bonder, M./Röttger, B./Ziebura, G., Deutschland in einer neuen Weltordnung, Opladen 1992

Bonder, M./Röttger, B./Ziebura, G., Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft. Kritik des globalen Institutionalismus, in: Prokla 91, 23. Jg., Juni 1993, S. 327 ff.

Borst, R. (Hg.), Das neue Gesicht der Städte, Basel 1990

Brand, D., Konsequenzen der regionalen Blockbildung für die Welthandelsentwicklung, in: ifo-Schnelldienst, 12/1992, S. 10-23.

Bredow, W. v., Der KSZE-Prozeß, Darmstadt 1992

Brock, L., Im Umbruch der Weltpolitik, in: Leviathan 2/1993, S. 163-173

Burstein, D., Weltmacht Europa. Die Öffnung des Ostens und der Europäische Binnenmarkt verändern das Kräfteverhältnis in der Welt, München 1991.

Busch, K., Die EG und die Architektur Europas nach dem Zerfall der Sowjetunion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 11/ 1991, S. 669 ff.

Busch, K., Die Krise der Europäischen Gemeinschaft, Köln-Frankfurt 1978

Busch, K., Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbewegung des Kapitals, Frankfurt/Main 1974.

Busch, K., Umbruch in Europa, Köln 1991

Calleo, D. P., Beyond American Hegemony, New York 1987.

Calleo, D. P., Die Zukunft der westlichen Allianz, Stuttgart 1989

Cecchini, P., Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden 1988.

Clesse, A./Vernon, R. (Eds.), The European Community after 1992: a new role in world politics? Baden-Baden 1991.

Club of Rome, Die globale Revolution, Spiegel-Spezial, Hamburg 1991

Cox, R. W., Production, Power and World Order, New York 1987

Czempiel, E. O., Weltpolitik im Umbruch, München 1991

Dahrendorf, R., Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, Stuttgart 1992.

Debray, R., Die Weltmächte gegen Europa, Reinbek bei Hamburg 1986

Delors, J., Das europäische Gesellschaftsmodell, in: ders., Das neue Europa, München/Wien 1993

Delors, J., Entwicklungsperspektiven der europäischen Gemeinschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B1/1993, S. 3 ff.

Demirovic, A. u.a. (Hg.), Hegemonie und Staat, Münster 1992

Deppe, F., Zur ökonomischen und politischen Struktur des Integrationsprozesses, in: Deppe, F. (Hg.), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration, Hamburg 1975, S. 175-284.

Deppe, F. (Hg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976

Deppe, F., Westeuropäische Integration als Krisenprozeß, in: ders. (Hg.), Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976

Deppe, F., Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92", FEG-Arbeitspapier Nr. 1, Marburg 1990

Deppe, F./Dörre, K., Klassenbildung und Massenklultur im 20. Jahrhundert, in: Tenfelde, K. (Hg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 726-771.

Deppe, F./Weiner, K.P. (Hg.), Binnenmarkt '92. Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa, Hamburg 1991

Deppe, Frank, Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung, Marburg 1991.

Deppe, F., Gestaltungskompetenz und Gegenmacht. Antworten auf die "Verschlankung" von Produktion und Gesellschaft, in: Sozialismus, 2/1993, S. 24 ff.

Deppe, F., Jenseits der Systemkonkurrenz, Marburg 1991

Deppe, F., Kapitalismus und Demokratie, in: Sozialismus, 9/1993.

Deubner, Chr./Rehfeld, U./Schlupp, F., Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Interdependenz, Divergenz oder strukturelle Dominanz?, in: Picht, R. (Hg.), Deutschland, Frankreich, Europa. Bilanz einer schwierigen Partnerschaft, München; Zürich 1978, S. 91-136.

Deubner, Chr., Die Wiedervereinigung der Deutschen und die Europäische Gemeinschaft, in: Jakobeit, C./Yenal, A. (Hg.), Gesamteuropa. Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993, S. 393-413.

Deutsch, K.W., Der Nationalismus und seine Alternativen, München 1972.

Dörre, K., Die Gewerkschaften im Risikokapitalismus, in: Deppe, F. u.a. (Hg.), Gewerkschaften im Umbruch, Köln 1989, S. 16 - 52.

Ehrenreich, B., Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, München 1992

Engel, Chr., Regionen in der Europäischen Gemeinschaft - Eine integrationspolitische Rollensuche, in: Borkenhagen, F.H. U./Bruns-Klöss, Chr./Memminger, G./Stein, O. (Hg.), Die Deutschen Länder in Europa. Politische Union und Wirtschafts- und Währungsunion, Baden-Baden 1992, S. 183-198.

Engels, W., Völker haben Interessen, in: Wirtschaftswoche Nr. 53 vom 24.12.1992, S. 130.

Esser, J., Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt/Main 1982.

Esser, J., Transnationale Unternehmen und politische Regulierung, in: Perspektiven (Frankfurt), Nr. 13, Juli '92, S. 30 ff.

Esser, J., Die Suche nach dem Primat der Politik, in: Unseld, S. (Hg.), Politik ohne Projekt? Frankfurt/Main 1993, S. 409 ff.

Europa-Wissenschaftler plädieren für Maastricht. Der Maastrichter Unionsvertrag: Ein zukunftsorientiertes Gesamtpaket, zit. n. Integration 4/1992, S. 241-245.

Europäische Gemeinschaft - Europäische Union. Die Vertragstexte von Maastricht; bearb. und eingeleitet von Läufer, T., Bonn 1992, S. 237 ff.

Felder, M., Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, FEG-Studie, Nr. 1, Marburg 1992.

Felder, M., Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI, FEG-Arbeitspapier, Nr. 8, Marburg 1993.

Feldmeyer, K., Kein Staatenbund, kein Bundesstaat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.10.1992.

Galtung, J., Deutschland und das Andere: Gibt es eine Therapie? in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 8/1993, S. 470 ff.

Geiss, I., Europa - Vielfalt und Einheit. Eine historische Erklärung, Mannheim 1993

Gilpin, R., The Political Economy of International Relations, Princeton 1987

Glotz, P., Manifest für eine neue europäische Linke, Berlin 1985

Glotz, P., Die Einheit und die Spaltung Europas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 6/1992, S. 50 ff.

Glotz, Peter, Europa am Scheideweg, in: Europa-Archiv 18/1992, S. 503-514.

Glyn, A., The costs of stability: the advanced capitalist countries in the 1980s, in: New Left Review, 195/1992, S. 71 ff.

Gnesotto, N., European Union after Minsk and Maastricht, in: International Affairs, Vol. 68, No. 2/1992, S. 223 ff.

Goldberg, J., Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Ökonomie? in: Deppe, F. u.a. (Hg.), 1992 - Projekt Europa, Köln 1989, S. 61 ff.

Gorbatschow, M., Perestroika, München 1987

Grande, E., Die neue Architektur des Staates. Aufbau und Transformation nationalstaatlicher Handlungskapazität - untersucht am Beispiel der Forschungs- und Technologiepolitik, in: Czada, R./Schmidt, M.G. (Hg.), Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit. Festschrift für Gerhard Lehmbruch, Opladen 1983, S. 51-71

Grün, J./Wiener, D., Global denken, vor Ort handeln. Weltmodelle von Global 2000 bis Hermann Kahn, Freiburg 1984.

Hallstein, W., Der unvollendete Bundesstaat, Düsseldorf und Wien 1969

Hans-Böckler Stiftung/IG Metall (Hg.), Lean Production. Kern einer neuen Unternehmenskultur und einer innovativen und sozialen Arbeitsorganisation?, Baden-Baden 1992

Harrop, J., The political economy of Integration in the European Community, Aldershot 1992

Held, D., Democracy, the Nation-State and the Global System, in: Held, David (ed.), Political Theory Today, Polity Press, Cambridge 1991, S. 197-235.

Hellmann, R., Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Baden-Baden 1972.

Herzog, Ph., Europe 92: construire autrement et autre chose, Paris 1989.

Hirsch, J./Roth, R., Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg 1986

Hirsch, J., Kapitalismus ohne Alternative, Hamburg 1989

Hirsch, J., Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus, in: Das Argument, 198, 35. Jg., 2/1993, S. 195 ff.

Hoffmann, S., Abschied von der Vergangenheit. Politik und Sicherheit im Europa der 90er Jahre, in: Europa-Archiv, Jg. 45 (1990), Heft 20, S. 595 ff.

Holman O./van der Pijl, K., Restructuring the Ruling Class and European Unification, University of Amsterdam, Department of International Relations, Working Papers No. 28. December 1992

Holman, O., Introduction: transnational class strategy and the New Europe, in: International Journal of Political Economy, Vol. 22, No. 1, Spring 1992, S. 3 ff.

Hrbek, R./Läufer, Th., Die Einheitlich Europäische Akte. Das Luxemburger Reformpaket: Eine neue Etappe im Integrationsprozeß, in: Europa-Archiv 6/1986, S. 173-184.

Hrbek, R., Nationalstaat und Europäische Integration. Die Bedeutung der nationalen Komponente für den EG-Integrationsprozeß, in: Haungs, P. (Hg.), Europäisierung Europas?, Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) Band 6, Baden-Baden 1989, S. 81-108.

Hrbek, R., Das Vertragswerk von Maastricht: Die EG auf dem Weg zur Europäischen Union, in: Wirtschaftsdienst 3/1992, S. 131-137.

Hrbek, R. (Hg.), Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse, Baden-Baden 1993.

Hübner, K., Theorie der Regulation, Berlin 1990

Hübner, K., Ein Marshall-Plan für Osteuropa: Pro und Contra, in: Vereinte Nationen, 2/1992, S. 51 ff.

Hübner, K., Entwicklungskoordinaten der Weltwirtschaft, in: Fuchs, K. u.a. (Hg.), Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik, Köln 1992, S. 41 ff.

Huffschmid, J., Überwindung oder Vertiefung der Spaltung Europas? Plädoyer für eine andere Integrationspolitik der EG, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1992, S. 316 ff.

Jachtenfuchs, M., Die EG nach Maastricht. Das Subsidiaritätsprinzip und die Zukunft der Integration, in: Europa-Archiv 10/1992, S. 279-287.

Jacobitz, R., Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, FEG-Arbeitspapier Nr. 5, Marburg 1991

Jessop, B., Regulation und Politik, in: Demirovic, A./Krebs, H.-P. (Hg.), Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster 1992, S. 232-262.

Jungnickel, R., Unternehmensstrategien im Binnenmarkt, in: Mayer, O.G. (Hg.), Der europäische Binnenmarkt, Hamburg 1989, S. 77 ff.

Junne, G., Der strukturpolitische Wettlauf zwischen den kapitalistischen Industriestaaten, in: PVS, 1984, S. 134 ff.

Kaelble, H., Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft, München 1987.

Kaelbele, H., Supranationalität in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Einleitende Bemerkungen, in: Winkler, H.A./Kaebele, H. (Hg.), Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität, Industrielle Welt Bd. 53, Stuttgart 1993, S. 189-206.

Kennedy, P., The Rise and the Fall of the Great Powers, New York 1987

Kennedy, P, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1993

Keohane, R.O., After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton 1984,

Keohane, R.O. (Ed.), Neorealism and its Critics, New York 1986

Keohane, R.O./Hoffmann, St., Institutional Change in Europe in the 1980s, in: Dies. (eds.), The New European Community. Decisionmaking and Institutional Change, Boulder; San Francisco; Oxford 1991, S. 1-39.

Kielmannsegg, P. Graf v., Ein Maß für die Größe des Staates. Europa fehlt die Zustimmung der Bürger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.12.1992.

Koch, C., Marktherrschaft. Von den kommenden Umwälzungen in Westeuropa, in: Merkur 1/1993, S. 1-14.

Kritik deutscher Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler an Maastricht, nachgedruckt in: Integration 4/1992, S. 236-240.

Krüger, S., Die Schaffung einer neuen Prosperitätskonstellation als Gestaltungsaufgabe der 90er Jahre, in: Schikoba, A. u.a. (Hg.), Politische Ökonomie im Wandel. Festschrift für Klaus Peter Kisker, Marburg 1992, S. 77 ff

Kurz, R., Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie, Frankfurt/Main 1991.

Kuttner, R., The end of Laissez-Faire. National purpose and the global economy after the Cold War, New York 1991

Läufer, D., Krisen in den Europäischen und Atlantischen Organisationen, Berlin 1974

Lepsius, R.M., Nationalstaat und Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft, in: Wildenmann, R. (Hg.), Staatswerdung Europas? Baden-Baden 1991, S. 19 ff.

Lindberg, L. N., Spannungen im Integrationsprozeß, in: Kohler, B. (Hg.), Erfolge und Krisen der Integration, Köln 1970, S. 67 ff.

Loth, W., Der Weg nach Europa, Göttingen 1990.

Mahnkopf B. (Hg.), Der gewendete Kapitalismus. Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster 1988

Mandel, E., Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, Frankfurt/Main 1968

Markovitz, A.S./Reich, S., Deutschlands neues Gesicht: über deutsche Hegemonie in Europa., in: Leviathan, 1/1992, S. 15 ff.

Maull, H.W., Germany and Japan: the new civilian powers, in: Foreign Affairs, Jg. 69 (1990), No. 5, S. 91 ff.

Maull, H.W., Zivilmacht Bundesrepublik? Das neue Deutschland in der internationalen Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1993, S. 934 ff.

Mayer, M., "Postfordismus" und "lokaler Staat", in: Heinelt, H./Wollmann, H. (Hg.), Brennpunkt Stadt: Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Stadtforschung aktuell Bd. 31, Basel/Boston/Berlin 1991, S. 31-51.

Meinhardt, U./Weiner, K.P., Deutsche Integration - Europäische Erosion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1992, S. 1419 ff.

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Die Forschung nach Maastricht: Bilanz und Strategie, SEK (92) 682 endg.

Morgan, R., Die Entwicklung der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft: der Fall der Einheitlichen Europäischen Akte, in: Winkler, H.A./Kaebele, H. (Hg.), Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität, Industrielle Welt Bd. 53, Stuttgart 1993, S. 207-223.

Morin, E., Europa denken, Frankfurt/New York 1988.

Müller-Jentsch, W., Eine neue Topographie der Arbeit, in: Leviathan, 8/1987, S. 159 ff.

Müller-Jentsch, W., Flexibler Kapitalismus und kollektive Interessenvertretung, in: Ders. (Hg.), Zukunft der Gewerkschaften, Frankfurt/New York 1988, S. 9 ff.

Nanz, K.P., Der "3. Pfeiler der Europäischen Union". Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik, in: Integration, 15. Jg., 3/1992, S. 126 ff.

Oehhlke, P. Zur gesellschaftspolitischen Ambivalenz der schlanken Produktionsstrategien, WSI-Mitteilungen, 2/1993, S. 97 ff.

Pfaff, W., Las consequencias de la política económicà europea, in: El Pais, 7. 8. 1993, S. 32.

Pradetto, A., Europa nach der Revolution. Ost und West vor säkularen Herausforderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 6/ 1992, S. 3 ff.

Prokla, Editorial, Heft 91, Nr. 2/1993, S. 178 ff.

Puchala, D.J., Of blind Men, Elephants and International Integration, in: Journal of Common Market Studies 3/1972, S. 267-284.

Regionale Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Analysen und theoretische Probleme, Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Bonn, Bd. 33, München; Wien 1973.

Renzsch, W., Deutsche Länder und Europäische Integration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B28/1990, S. 28-39.

Rittberger, V., Nach der Vereinigung - Deutschlands Stellung in der Welt, in: Leviathan, 2/1991, S. 207 ff.

Rode, R., Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon?, in: Schoch, B. (Hg.), Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt/Main 1992, S. 203 ff.

Rosecrance, R., Der neue Handelsstaat, Frankfurt/New York 1987

Rosenau, J. M., Turbulence in World Politics, Princeton N.Y. 1990

Röttger, B., D-Mark-Schlachten. Kritik der herrschenden Debatte zur Wirtschafts- und Währungsunion, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 11/1992, S. 1019-1027.

Rummel, R. (Ed.), Toward political union. Planning a common foreign and security policy in the European Community, Baden-Baden 1992.

Salmon, T.S., Testing times for European political cooperation: the Gulf and Yugoslavia, 1990 - 1992, in: International Affairs, Vol. 68, 2/1992, S. 233 ff.

Schaefer, G.F., Institutional Choices. The rise and fall of subsidiarity, in: Futures 9/1991, S. 681-694.

Schäfer, G.F., Die institutionelle Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft: Überlegungen zu neuen Strukturen der EG-Institutionen, in: Die Öffentliche Verwaltung 7/1991, S. 261-271.

Scharpf, F.W., Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt/Main-New York 1987.

Scharpf, F.W., Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des 20. Jahrhunderts, in: PVS, 1991, S. 621 ff.

Scharpf, F.W., Kann es in Europa eine stabile föderale Balance geben? (Thesen), in: Wildenmann, R. (Hg.), Staatswerdung Europas?: Optionen für eine europäische Union, Baden-Baden 1991, S. 415-428.

Scharpf, F.W., Einheitlicher Markt und kulturelle Vielfalt. Das Dilemma der europäischen Politik (Thesen), in: Hrbek, R. (Hg.), Die Entwicklung der EG zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion unter der Sonde der Wissenschaft, Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. Bd. 32, Baden-Baden 1993, S. 99-106.

Schlupp, F., Europa als Hegemonialprojekt. Bundesdeutsche Welt(macht)strategien und der EG-Binnenmarkt, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft H. 46 1989, S. 127-135.

Schmuck, O., Der Maastrichter Vertrag zur Europäischen Union, in: Europa-Archiv, 2/1992, S. 97 ff.

Schmuck, O., Der Gipfel von Edinburgh: Erleichterung nach einem europapolitisch schwierigen Jahr, in: Integration, 16. Jg., 1/1993, S. 33 ff.

Schneider, H., Europäische Integration: die Leitbilder und die Politik, in: Kreile, M. (Hg.), Die Integration Europas, PVS Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 3-35.

Schneider, V./Werle, R., Vom Regime zum korporativen Akteur. Zur institutionellen Dynamik der Europäischen Gemeinschaft, in: Kohler-Koch, B. (Hg.), Regime in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden 1989, S. 409 ff.

Schulten, T., In or out of Europe? Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Großbritannien, in: Deppe, F./Weiner, K.P. (Hg.), Binnemarkt '92, Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa, Hamburg 1991, S. 109 ff.

Schulten, T., Internationalismus von unten. Euro-Betriebsräte in transnationalen Konzernen, Marburg 1992

Schwarz, H.P., Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Suttgart 1985

Seitz, K., Die japanisch-amerikanische Herausforderung. Deutschlands Hochtechnologie-Industrien kämpfen ums Überleben, Bonn 1990.

Senger und Etterlin, S. v., Das Europa der Eurokraten. Zentralismus, Partikularismus und die Rolle des Nationalstaates, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 42/1992, S. 16-27.

Senghaas, D., Europa 2000. Ein Friedensplan, Frankfurt/Main 1990

Senghaas, D., Die ungleichen Partner der Triade. USA-Japan-Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1993, S. 1080 ff.

Servan-Schreiber, J.J., Die amerikanische Herausforderung, Reinbek bei Hamburg 1970.

Statz, A., Grundelemente einer politökonomischen Theorie der westeuropäischen Integration, Frankfurt/Main 1979

Statz, A., Zwischen neuer Machtpolitik und Selbstbeschränkung. Deutsche Außenpolitik am Scheideweg, in: Schoch, Bruno, Deutschlands Einheit und Europas Zukunft, Frankfurt a.M. 1992, S. 229-256.

Strauß, F. J., Erinnerungen, Berlin 1991

Thurow, L., Head to Head, New York 1992.

Timmermann, H., Zwischen Weltbewegung und regionaler Intgration - die Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien, in: Wessels, W. (Hg.), Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa, Bonn 1976

Tömmel, I., System-Entwicklung und Politikgestaltung in der Europäischen Gemeinschaft am Beispiel der Regionalpolitik, in: Kreile, M. (Hg.), Die Integration Europas, PVS Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 185 ff.

Tucker, R. W., 1989 and all that, in: Foreign Affairs, Jg. 69 (1990), No. 4, S. 93 ff.

Venturini, P., Ein europäischer Sozialraum für 1992, Luxemburg 1989

Vester, M., Eine neue Landkarte sozialer Milieus und Mentalitäten, in: Die Mitbestimmung, 7-8/1993, S. 18 ff.

Vilá Costa, B., La perplejidad de Europa: que camino seguir? in: El Pais, 4. 8. 1993, S. 6.

Weidenfeld, W., Nation oder Europa - Ein Mythos der westdeutschen Nachkriegspolitik, in: EG-Magazin 10-11/1981, S. 20.

Weidenfeld, W./Janning, J., Der Umbruch Europas: die Zukunft des Kontinents, Güterloh 1990

Weidenfeld, W./Hutterer, M., Der Westen und die Stabilisierung der Demokratie in Osteuropa, in: Europa-Archiv, 12/1992, S. 325 ff.

Weiner, K.P., Das Europäische Währungssystem suspendiert, in: Freitag. Ost-West-Wochenzeitung, 6. August 1993, S. 1.

Weiner, K.P., Europa am Scheideweg, in: Sozialismus, 7-8/1993, S. 76/77

Welsch, J., Branchenreport 1989/90, in: Kittner, M. (Hg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1990, Köln 1990, S. 193 ff.

Wessels, W., The EC Council: The Community's Decisionmaking Center, in: Keohane, R.O./Hoffmann, St. (eds.), The New European Community. Decisionmaking and Institutional Change, Boulder; San Francisco; Oxford 1991, S. 133-154.

Wessels, W., Maastricht: Ergebnisse, Bewertungen und Langzeittrends, in: Integration, 15. Jg., 1/1992, S. 2 ff.

Wessels, W., Staat und (westeuropäische) Integration. Die Fusionsthese, in: Kreile, M. (Hg.), Die Integration Europas, PVS Sonderheft 23, Opladen 1992, S. 36 ff.

Womack, J. P. u.a., Die zweite Revolution in der Automobilindustrie, Frankfurt 1992

Zellentin, G., Der Funktionalismus - eine Strategie gesamteuropäischer Integration?, in: Kreile, M. (Hg.), Die Integration Europas, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 23/1992, S. 62 ff.

Zellentin, G., Staatswerdung Europas? in: Hrbek, R. (Hg.), Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse, Baden-Baden 1993, S. 41 ff.

Ziebura, G., Europa neu denken, in: Leviathan 4/1991, S. 482-490.

Ziebura, G., Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration. Der Fall Frankreich, in: Winkler, H. A./Kaelble, H. (Hg.), Nationalismus - Nationalitäten - Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 34 ff.

Zinn, K. G., Die neue Qualität des Finanzkapitals. Deregulierung und Informationstechnologien veränderten in den 80er Jahren den Finanzsektor der Industrieländer, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 19 (1993), Heft 1, S. 59 ff.